

30. Sitzung

am Dienstag, dem 23. November 1999, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	1913	Fischer (CSU)	1925
Geburtstagswünsche für die Abg. Frau Staatsministerin Stamm, Staatsminister Dr. Wiesheu, Frau Biedefeld, Obermeier, Herbert Müller, Sinner, Freiherr von Rotenhan, Ranner, Staatsminister Dr. Beckstein, und Frau Helga Schmitt		Frau Helga Schmitt (SPD)	1926
		Breitschwert (CSU)	1926
		Straßer (SPD)	1928
		Beschluß	1929
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD		Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Arbeit für Nürnberg – Kompetenz und Arbeitsplätze in der Verkehrs-, Energie- und Produktionstechnik in Nürnberg und der Region erhalten		zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes und der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Drs. 14/1968)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Kellner, Dr. Runge, Christine Stahl u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		– Erste Lesung –	
		Staatsminister Dr. Schnappauf	1929
		Frau Biedefeld (SPD)	1931
		Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1932
		Frau Schweder (CSU)	1934
Unterstützung strukturschwacher Regionen (Drs. 14/2180)		Beschluß	1934
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dinglreiter, Dr. Söder u.a. u. Frakt. (CSU)		Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nürnberg und Region sichern (Drs. 14/2181)		zur Änderung des Gesetzes über die Forstrechte (Drs. 14/2152)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Renate Schmidt, Dr. Scholz, Dr. Jung u.a. u. Frakt. (SPD)		– Erste Lesung –	
Arbeit für Nürnberg – Kompetenz und Arbeitsplätze in der Verkehrs-, Energie- und Produktionstechnik in Nürnberg und der Region erhalten! (Drs. 14/2182)		Beschluß	1935
Frau Renate Schmidt (SPD)	1913	Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Dinglreiter (CSU)	1915	zur Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, geändert durch die Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 (Bayerisches UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz – BayUVPRLUG) (Drs. 14/994)	
Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1916, 1927	– Zweite Lesung –	
Dr. Scholz (SPD)	1918	Änderungsantrag der Abg. Kellner, Hartenstein, Paulig u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 14/1225)	
Dr. Söder (CSU)	1919		
Staatsminister Dr. Wiesheu	1920		
Dr. Kaiser (SPD)	1923		
Sackmann (CSU)	1924		
Dr. Jung (SPD)	1924		

12 Änderungsanträge der Abg. Werner-Muggendorfer, Boutter, Biedefeld u.a. u. Frakt. (SPD) (Drs.14/1279 bis 14/1290)

Beschlußempfehlung des Landesentwicklungsausschusses (Drs. 14/2122)

Boutter (SPD)	1935
Hartenstein (BÜNDNIS 90/1937 DIE GRÜNEN)1938	1937
Meißner (CSU)	1938
Staatsminister Dr. Schnappauf	1942

Beschluß 1942

Abstimmung 1942

Namentliche Schluß-
abstimmung 1942, 1949, 1951

Gesetzentwurf der Abg. Elisabeth Köhler, Paulig, Kellner u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur **Aufhebung des Gesetzes über die Rechtsstellung des Bayerischen Roten Kreuzes (Gesetz zur Entstaatlichung des Bayerischen Roten Kreuzes)** (Drs. 14/1385)

– Zweite Lesung –

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung des Bayerischen Roten Kreuzes** (Drs. 14/1451)

– Zweite Lesung –

Beschlußempfehlungen des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 14/2110, 14/2111)

Dr. Heinz Köhler (SPD)	1943, 1949
Ettengruber (CSU)	1944
Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1945
Staatssekretär Regensburger	1947
Wahnschaffe (SPD)	1948

(Abstimmung siehe Protokoll der 31. Plenarsitzung)

Schluß der Sitzung 1949

(Beginn: 15.07 Uhr)

Präsident Böhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 30. Vollsitzung des Bayerischen Landtags, zu der übrigens bereits ab 15 Uhr eingeladen war.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt; dabei habe ich Ihre Zustimmung vorausgesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich eine Reihe von Glückwünschen aussprechen. Halbrunde Geburtstage feierten am 29. Oktober Frau Staatsministerin Barbara Stamm, am 31. Oktober Herr Staatsminister Dr. Otto Wiesheu, am 2. November Frau Kollegin Susann Biedefeld, am selben Tag Herr Kollege Thomas Obermeier, am 15. November Herr Kollege Herbert Müller und am 20. November Herr Kollege Eberhard Sinner. Einen runden Geburtstag feierten am 1. November Herr Kollege Sebastian von Rotenhan und am 10. November Herr Kollege Josef Ranner. Heute feiern Herr Staatsminister Dr. Beckstein und Frau Kollegin Helga Schmitt Geburtstag. Ich gratuliere den Genannten im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg bei der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße als Gast in der Diplomatenloge die Abgeordnete aus dem Parlament Lettlands, Frau Viola Lāzo.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

„Arbeit für Nürnberg – Kompetenz und Arbeitsplätze in der Verkehrs-, Energie- und Produktionstechnik in Nürnberg und der Region erhalten!“

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde beantragt. In die Aktuelle Stunde beziehe ich folgende zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge mit ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Runge, Christine Stahl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützung strukturschwacher Regionen (Drucksache 14/2180)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dingreiter, Dr. Söder und anderer und Fraktion (CSU)

Zukunft des Wirtschaftsstandortes Nürnberg und Region sichern (Drucksache 14/2181)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Renate Schmidt, Dr. Scholz, Dr. Jung und anderer und Fraktion (SPD)

Arbeit für Nürnberg – Kompetenz und Arbeitsplätze in der Verkehrs-, Energie- und Produktionstechnik in Nürnberg und in der Region erhalten! (Drucksache 14/2182)

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen; dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zeit der Dauer der Aussprache zu sprechen. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Renate Schmidt. Frau Schmidt, Sie haben zehn Minuten.

Frau Renate Schmidt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Ältestenratssitzung habe ich auf die Frage nach dem vorgeesehenen Thema für die Aktuelle Stunde geantwortet, es stehe noch nicht fest, schließlich solle es aktuell sein. Die heutige Aktualität hätte sich allerdings nicht ergeben müssen. Ich wünschte mir, daß sich die Kolleginnen und Kollegen bei Adtranz, ABB Alstom-Power und Cebal keine Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen müßten. Ich wünschte mir, daß meine Heimatstadt Nürnberg nicht erneut von mehreren beinahe gleichzeitigen Hiobsbotschaften überrascht worden wäre. Wir haben diese Aktuelle Stunde nicht beantragt, um unter dem Motto „Wer ist schuld daran?“ das übliche Schwarzer-Peter-Spiel zu spielen. Dies hilft den Beschäftigten in Nürnberg auf keinen Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen und um zu zeigen, daß der Bayerische Landtag auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der von der Schließung bedrohten Betriebe steht und mit ihnen gemeinsam um ihre Arbeitsplätze kämpft.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich dazu eine grundsätzliche Vorbemerkung machen. Die Ereignisse bei Adtranz, bei ABB Alstom-Power und Cebal führen dazu, daß die Politik zunehmend zum Anhängsel ökonomischer Interessen wird. Die Politik gestaltet nicht mehr, sie kann nur mehr

oder weniger gut reagieren. Damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen unseren Gestaltungsspielraum nicht nur behaupten, sondern wir müssen ihn erweitern, und dies auch durch internationale Regelungen.

Im Fall der in Nürnberg betroffenen Betriebe ist die Politik längst zum Reparaturbetrieb von Shareholder-Entscheidungen geworden. Diese Einschätzung gilt gleichermaßen für alle politischen Ebenen. Durch die „Fusionitis“ der letzten Jahre werden immer mehr lokale Betriebe von Aufsichtsräten und Vorständen im besten Fall irgendwo in Deutschland, im schlechteren Fall irgendwo in Europa und im schlechtesten Fall irgendwo in Asien oder in den USA abhängig.

Schon viel zu lange sind große Teile der Betriebe Frankreichs und insbesondere Nürnbergs nur noch ausführende Organe weit entfernter Konzernzentralen und nicht mehr selbständige und selbst entscheidende Betriebe. Besonders bedauerlich ist, daß dies vollkommen unabhängig von ihrer Kompetenz, von der Qualität ihrer Produkte und von ihrer Gewinnsituation ist. Die Gewinnsituation wird längst nicht mehr für den einzelnen Betrieb berechnet, sondern weltweit. Da sieht es bei Adtranz nicht gut aus. Wenn man aber sieht, wie es bei Adtranz Deutschland oder bei Adtranz Nürnberg sein könnte, dann merkt man, wohin eine solche Berechnungsart führt. Die örtlich eingesetzten Manager haben meist wenig zu sagen und noch weniger zu entscheiden.

Die wirklichen Entscheidungen bei den von Schließungsplänen betroffenen Betrieben in Nürnberg werden von „Verantwortlichen“ in den USA, in Frankreich oder in Belgien gefällt. Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Verantwortliche habe ich in Anführungszeichen gesetzt; denn Verantwortung für die Arbeitsplätze, für die Menschen kennen diese Kostenrechner nicht – ich setze dies in Gegensatz zu Unternehmern im wirklichen Sinne. Da wird dann von Vernichtung von Kapazitäten – ich zitiere einen dieser Manager – gesprochen; gemeint ist mit Vernichtung von Kapazitäten die Vernichtung der Existenzgrundlage von 800 Menschen in Nürnberg. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen; dagegen müssen wir gemeinsam antreten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Vertrauen in eine solche Art von Verantwortlichen zu setzen, die keinerlei Bindung an die Region haben – die ihre Entscheidungen aber ausbaden muß –, ist verfehlt. Zusicherungen dieser – ich wähle das Wort bewußt – heimatlosen Gesellen über den Bestand der Betriebe, noch vor wenigen Wochen der Stadt-Regierung gegeben, sind wertlos und sollen beruhigen, um dann um so ungestörter abwickeln zu können. Ich sage aber in aller Deutlichkeit: Die Nürnberger Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden nicht tatenlos zusehen, wie ihre Arbeitsplätze vernichtet werden. Sie werden stören, und zwar diejenigen, die zukunftssträchtige Arbeitsplätze zerstören, um sich für die nächste Fusion fit zu machen. Die eingeflogenen Pseudo-Unternehmer verschwinden meist genauso schnell, wie sie gekommen sind, um an anderer Stelle dann wiederum Kapazitäten zu vernichten

und dadurch Aktienkurse zu steigern. Ihre Familien leben meist ganz woanders, und ihre Kinder laufen nicht Gefahr, in der Schule gesagt zu bekommen: Dein Papa ist daran schuld, daß mein Papa arbeitslos wird.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich schildere das deshalb so ausführlich, weil wir uns mit diesen Verhaltens- und Verfahrensweisen nicht abfinden dürfen, wenn wir die Demokratie letztendlich nicht gefährden wollen. Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf – ich gehe nach Ihrer heutigen Pressekonferenz, Herr Wiesheu, davon aus, daß dies bereits beginnt –, Gespräche mit den wirklich Verantwortlichen und nicht nur mit ihren Statthaltern zu suchen. Im Falle von Adtranz sind das nicht nur die Herren von Chrysler in den USA, sondern auch von Daimler in Deutschland, also Herr Schrempf. Der ist für uns ja wohl erreichbar. Weder bei Adtranz noch bei den anderen Unternehmen darf es dazu kommen, daß es nur noch darum geht, die Grundstücke möglichst günstig zu versilbern oder Mini-Belegschaften zur Abwicklung des Services, wie bei ABB/Alstom, aufrechtzuerhalten.

Die von der Schließung bedrohten Betriebe sind nicht marode. Wir setzen uns nicht für Betriebe ein, die keine Überlebenschance haben – da bleibt einem ja häufig nichts anderes übrig. Es handelt sich um Betriebe mit Zukunftschancen. Dort werden High-Tech-Produkte im wahrsten Sinne des Wortes hergestellt, und es besteht die Chance, in absehbarer Zeit wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Sie, Herr Wiesheu, haben heute in Ihrer Pressekonferenz gesagt: Die wesentliche Ursache besteht darin, daß die Auftragslage im gesamten Fahrzeugbau schlecht ist. Sie haben sicherlich recht, aber ich glaube, daß wir die Chancen nutzen sollen und müssen und für unsere Standorte im Freistaat Bayern kämpfen müssen.

Zusätzliche Chancen bestehen: Die DB AG schreibt insgesamt 50 Fahrzeuge neu aus. Chancen gibt es im Straßenbahn- und U-Bahn-Bau. Chancen bestehen, wenn wir es genauso machen wie zum Beispiel die Schweizer, wie es zum Beispiel in Hennigsdorf geschehen ist, wie es zum Beispiel die Franzosen bei ABB gemacht haben. Ich sage noch einmal: Wir müssen uns gemeinsam mit aller Kraft für die unbestrittene Qualität unserer Standorte im Freistaat Bayern einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, bei aller Euphorie über neue Dienstleistungsberufe und neue Dienstleistungsbetriebe dürfen wir nämlich nicht vergessen, daß wir in Deutschland und auch im Freistaat Bayern nicht von Dienstleistungen allein leben können. Moderne Produktionsarbeitsplätze sind weiterhin ein Muß für jeden zukunftssträchtigen und -fähigen Standort. Gerade solche Arbeitsplätze sollen aber jetzt in Nürnberg zerstört werden.

Wir fordern deshalb in unserem zur Aktuellen Stunde eingereichten Antrag zum ersten, daß Gespräche mit den zuständigen Konzernleitungen geführt werden. Wir werden im übrigen über Berlin unseren Teil dazu beizutragen versuchen.

Wir fordern zum zweiten, daß in diese Verhandlungen die Zustimmung zur Weiterführung der Betriebe entweder durch die Konzerne selbst oder durch Management-Buyout unter Beteiligung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder durch andere Konsortien oder Joint Ventures sichergestellt werden kann. Um solche MBOs oder andere Weiterführungen der Betriebe abzusichern, müssen sie für einen Übergangszeitraum finanziell, organisatorisch und personell unterstützt werden. Wir stellen uns vor, daß die Mittel dafür sowohl über einen Finanzierungsfonds der LfA als auch über Teile der Privatisierungserlöse der zahlreichen bayerischen Offensiven aufgebracht werden können. Wir halten es nämlich für dreimal wichtiger, Geld in die zukunftssträchtigen Industriearbeitsplätze in Nürnberg zu stecken, als fast alles in die auch ohne staatliche Hilfe boomende Kommunikations- und Informationsbranche. Wir müssen nicht, wie man auf gut bayerisch sagt, einer fetten Sau den Hintern auch noch mit Speck einschmieren. Wir brauchen nicht die Förderung boomender Industrie- und Wirtschaftsbereiche, sondern wir müssen dort helfen, wo Hilfe angebracht ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten zum dritten, daß für die entfallenden Arbeitsplätze, aber vor allem für die durch die beabsichtigte Schließung gefährdeten kleinen und mittelständischen Unternehmen ein regionaler Risikofonds mit bayerischen Mitteln gegründet wird, um Existenzgründungen und Konsolidierungen solcher Betriebe zu ermöglichen.

Zum vierten möchten wir, daß die Fördermöglichkeiten, die der Nürnberger Südstadt im Rahmen der Ziel-2-Förderung der EU zustehen, ausgeschöpft werden. Auch hier sind bayerische Mittel zur Kofinanzierung dringend notwendig.

Fünftens und letztens: Nürnberg ist Kompetenzzentrum für die Verkehrs- und Energietechnik. Diese gilt es zu stärken. Leider ist dies in den regionalen High-Tech-Projekten vernachlässigt bzw. sind diese finanziell zu mager ausgestattet worden. Jetzt muß dies nachgeholt und in die vorhandenen Konzepte eingebaut werden.

Handeln für Nürnberg, meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, ist überfällig. Wir weisen hierauf in diesem Landtag seit 1986, seit dem berühmten Insel-Gutachten, permanent hin.

Wir behaupten nicht, daß seither nichts geschehen sei, sondern sind dankbar dafür, daß ein Betrieb wie Grundig auch dank Ihres Einsatzes, Herr Wiesheu, gerettet werden konnte. Wir sagen aber auch: Das reicht nicht. Denn seit 1978 sind im Raum Nürnberg in der verarbeitenden Industrie 62 000 Arbeitsplätze vernichtet worden, davon über 46 000 in den Jahren 1992 bis 1997. Es reicht nicht, mit dem Finger auf den noch nicht vollständig bewältigten Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zu zeigen und gleichzeitig bei den viel kleineren Dimensionen in Bayern die Antwort schuldig zu bleiben. Ich glaube, daß Nürnberg eine Stadt mit Zukunft ist. Zu dieser Zukunft gehören die Arbeitsplätze von Adtranz, von ABB Alstom, von Cebal und von vielen anderen. Ich

bitte um Ihre Hilfe, damit die Erhaltung dieser Arbeitsplätze gelingt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Nächster Redner: Herr Kollege Dingreiter.

Dingreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Nürnberg beginnt sich in der Tat eine dramatische Situation abzuzeichnen, die den ganzen Einsatz der Politik, insbesondere der Staatsregierung, erfordert, um wenigstens das Machbare zu retten. Dazu muß Staatsminister Wiesheu allerdings nicht aufgefordert werden. Denn er steht immer an vorderster Front, wenn es um die Sicherung von Unternehmen und die Rettung von Arbeitsplätzen geht. Sie selbst, Frau Schmidt, haben gesagt, daß die Firma Grundig – und wohl auch die Firma Brochier – dafür ein Beispiel ist. Deshalb sollten wir dem Wirtschaftsminister in dieser schwierigen Stunde die Unterstützung des ganzen Hauses mit auf den Verhandlungsweg geben.

Adtranz entstand im Januar 1996 durch die Fusion der entsprechenden Unternehmensbereiche von Daimler-Benz und ABB Brown-Boveri. Fast alle im Landtag waren damals der Meinung, daß dieses stolze Unternehmen im Bereich Bahnausrüstung Zukunft hätte. Denn insbesondere mit Blick auf die Entwicklung im Nah-, Fern- und Güterverkehr der Bahn schien das für die Arbeitsplätze eine sichere Sache zu sein. Adtranz bietet Bahnsysteme im Hochgeschwindigkeits- und Intercitybereich an, angefangen von Elektro- und Diesellokomotiven über Triebzüge, U- und S-Bahnen, Straßenbahnen bis hin zu Güterverkehrssystemen und Signaltechnik.

Heute stellt sich die Frage, warum eine Entscheidung, die vor einigen Wochen noch ganz anders angekündigt worden war, nun so getroffen worden ist. Hängt das damit zusammen, daß wir wesentliche Kürzungen bei Bahninfrastrukturmaßnahmen zur Kenntnis nehmen mußten, oder damit, daß die Deutsche Bahn AG nach dem Stopp des Ausbaus der Schnellbahntrassen keine neuen Bestellungen für ICE-Garnituren abgegeben hat? Das wäre für Nürnberg in der Tat dramatisch. Denn dort werden Mittel- und Steuerwagen für den ICE gebaut. Würde mehr in Güterverkehrssysteme und Signaltechnik investiert, wären andere Standorte meiner Meinung nach so ausgelastet, daß sie die eingeschränkte Nürnberger Produktion nicht übernehmen könnten. Wir sollten uns darauf einstellen, daß der jetzt verursachte Investitionsstau bei Straße und Schiene noch mehr Arbeitsplätze kosten wird. Würde die Bundesregierung wenigstens einen Teil dessen, was sie den Verkehrsteilnehmern zusätzlich abnimmt, in die Verkehrsinfrastruktur, auch in die Schiene, investieren, hätten wir das Problem Adtranz in der jetzigen Form sicher nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das schlimmste an der sogenannten Ökosteuer ist, daß sie nicht zur Gänze, wie vom Bundeskanzler versprochen, in die Absicherung der Rentenbeiträge und damit

in die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. Der heute in Berlin verhandelte Haushalt weist aus, daß, die Mehrwertsteuer eingerechnet, über 40% dieser Einnahmen zur Deckung von allgemeinen Haushaltslücken verwendet werden. So entstehen weder neue Arbeitsplätze noch werden bestehende gesichert.

Allerdings kann man auch der Firma Adtranz und ihren Vorgängerfirmen den Vorwurf nicht ersparen, daß ihre Entwicklungsabteilungen die Marktchancen im Schienenpersonennahverkehr nicht ausreichend und schnell genug wahrgenommen haben. Auf vielen Strecken brauchten wir längst neue, leichte, energiesparende und bequeme Fahrzeuge. Wir bekommen sie aber nicht. Die S-Bahn München wartet seit langem auf den Einsatz neuer Fahrzeuge. Sie sind nicht lieferbar. Jetzt werden die ausgelieferten neuen Modelle sogar noch nach Hannover abgegeben, weil dort die Expo Vorrang hat. Das muß man der Firma Adtranz und anderen schon ins Stammbuch schreiben. Nicht alle Firmen sind so modern, fortschrittlich und zukunfts zugewandt, wie sie immer tun.

Betroffen von der Situation bei Adtranz sind auch die Mitarbeiter der Firma ABB Alstom. Dieses Unternehmen will den Turbinenbau reduzieren und den Servicebereich dafür etwas ausbauen. Auch hier muß man fragen, ob das Unternehmen, das ebenfalls kurzfristig eine Entscheidung getroffen hat, für den Turbinenbau im Kraftwerksbereich heute keine Chancen mehr sieht. Denn durch eine kaum mehr nachvollziehbare Ausstiegsdiskussion hinsichtlich der Kernenergie schadet man deutschen Exportmärkten für den weltweiten Einsatz derartiger Turbinen. Betroffen von der Situation bei Adtranz ist aber auch die Firma Cebal. Denn aufgrund der Fusion der französischen Muttergesellschaft mit der schweizerischen Algroup wird eine Produktbereinigung vorgenommen, die in Nürnberg Arbeitsplätze kostet.

Der im Zuge der Globalisierung verschärfte Wettbewerb wird noch in vielen anderen Bereichen und Unternehmen Probleme mit sich bringen, wenn es in Deutschland nicht gelingt, Rahmenbedingungen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu schaffen. Wir brauchen niedrigere Steuern, geringere Kosten und weniger Regulierung. Das darf nicht nur versprochen, sondern muß jetzt umgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auch von Berlin aus müßte der Strukturwandel in der Wirtschaft besser als bislang begleitet werden. Hier täte energischer Einsatz der bayerischen Grünen und der bayerischen SPD not. Bayern hat viel für eine zukunftsorientierte Begleitung des Strukturwandels getan und für die Region Nürnberg eine Menge geleistet. Im Rahmen der Offensive Zukunft Bayern sind mit der ersten und zweiten Tranche rund 650 Millionen DM in die Region Nürnberg geflossen. Hinzu kommen der Ausbau des Messeplatzes mit 75 Millionen DM sowie der Ausbau der Infrastruktur des Flughafens und der S- und U-Bahn, und die Förderung von Call-Centern im Raum Nürnberg hat zu 10 000 zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen geführt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie sollten das nicht abwerten; auch diese Arbeitsplätze brauchen wir dringend. Für die Mikroelektronik und die Förderung von Anwenderzentren wurden rund 230 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Ich denke, es ist viel getan worden, um neue Arbeitsplätze anstelle vorhandener zu schaffen, die leider Gottes wegzubrechen drohen. Aus diesem Grunde meine ich, daß wir sagen können, daß die Mittel, die wir jetzt auch in der High-Tech-Initiative Bayern für eine Reihe von Zukunftsprojekten einsetzen, dazu beitragen werden, diesen Raum zukunftssicherer zu machen, so problematisch die Situation im Moment auch ist.

Wir verstehen, daß nicht nur Zukunftsprogramme helfen können, wenn im Augenblick Not am Mann ist. Aus diesem Grunde bemühen wir uns auch darum, die Staatsregierung zu unterstützen und mit unserem Dringlichkeitsantrag nachdrücklich darum zu bitten, daß sie sich dafür einsetzt, den Industriestandort Südstadt Nürnberg zu erhalten und diese Arbeitsplätze zu sichern, die heute gefährdet sind. Wir ersuchen die Staatsregierung auch, die High-Tech-Initiative zügig umzusetzen, damit wir den Strukturwandel, der notwendig ist, möglichst bald bewerkstelligen.

In diesem Antrag ersuchen wir die Staatsregierung ebenso, bei der Bundesregierung tätig zu werden, um sie dazu zu bringen, daß sie in den Kompetenzfeldern Verkehr etwas mehr unternimmt, um so einschlägige Unternehmen und Arbeitsplätze gerade im Raum Nürnberg zu sichern. Daher bitten wir Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächste hat Frau Kollegin Stahl das Wort. Frau Kollegin Stahl, Sie sprechen auch zehn Minuten.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ein altes Dilemma, es betrifft nur leider immer wieder neue Betriebe. Die Abwicklung des Industriestandorts Nürnberg hat uns in den vergangenen Wochen wieder sehr beschäftigt, obgleich wir – das sage ich voraus – die Hoffnung für die Sicherung des Standorts, wenngleich dies auch mit Arbeitsplatzabbau verbunden sein mag, noch nicht aufgegeben haben; denn ich glaube, es ist noch zu früh, hier schon die Hände in den Schoß zu legen.

Wir hüten uns in dieser Diskussion davor, einfach Schuldzuweisungen vorzunehmen, aber im Gegensatz zu Frau Schmidt kann ich so ganz vornehm das Nachkarten doch nicht lassen; denn ich habe aus meiner Stadtratszeit und auch aus meiner Tätigkeit hier im Landtag einfach zu gut in Erinnerung, wie hier im Hohen Hause diskutiert wurde, wenn man die Stärkung von Verkehrsprojekten oder des öffentlichen Personennahverkehrs gefordert hat. Ich erinnere mich an unsere Anträge zum Haushalt, auch jetzt zum Nachtragshaushalt, wobei

man immer wieder versucht, uns in eine sehr eigenartige Ecke der Ewiggestrigen zu schieben, weil Verkehrs- und Energietechnologie nicht Ihren Vorstellungen von High-Tech entsprochen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist, denke ich, heute an dieser Stelle ganz klar festzustellen, auf welcher Seite wir stehen. Es sind die Familien, es sind die Arbeitnehmer, die betroffen sind. Das sind keine Krokodilstränen, sondern das ist im Gegensatz zu Ihnen ernst gemeint. Es sind sicherlich nicht die Leute aus dem Management, mit denen wir äußerst schlechte Erfahrungen gemacht haben. Wir waren auch in der Diskussion mit der Unternehmensleitung äußerst vorsichtig und haben die Bekundungen, die von dieser Seite kamen, nie besonders ernst genommen, im Gegensatz zum CSU-Wirtschaftsreferenten der Stadt Nürnberg und auch im Gegensatz zu Herrn Wiesheu.

Wir haben erlebt, wie in einer Sitzung der Abgeordneten der Stadtratsspitze und der Fraktionen en passant von diesem Management mitgeteilt wurde, daß hier ein paar Arbeitsplätze wegfallen werden. Man hat sicherlich noch ein gewisses Bedauern ausgedrückt, aber man hat letztlich an der Sache nichts ändern wollen. In dieser Sitzung gab es meines Erachtens keinerlei Aufklärung darüber, wieso die Auftragsbücher voll sind und wieso gleichzeitig die Kosten in diesem Unternehmen anscheinend das Unternehmen selbst in die roten Zahlen getrieben haben. Wir haben keine Aufklärung darüber bekommen, wieso es dem Management nicht möglich war, zum Beispiel die Aufträge für die Expo 2000 zu erfüllen, also 40 Wagen zu produzieren und zu liefern. Ich bitte Sie, sich das einmal vorzustellen. Da gibt es Aufträge, und die Leitung ist nicht in der Lage, eine entsprechende Planung vorzunehmen, um diesen Aufträgen gerecht zu werden.

Eine Woche zuvor noch mußte sich meine Kollegin im Nürnberger Stadtrat auch von einem Kollegen aus der CSU auf eine sehr dümmliche und chauvinistische Art und Weise vorhalten lassen, daß sie als Frau und noch dazu als GRÜNE von Wirtschaft sowieso nichts verstehe.

(Zuruf von der CSU)

– Ich habe es gehört. Das ist völlig falsch. Darüber können wir uns gern noch einmal unterhalten. Als sie darauf hingewiesen hat, daß der Standort für die Adtranz noch lange nicht gesichert ist, hat sie sich anhören müssen, man müsse sich nur mit den richtigen Leuten unterhalten. Ich frage mich: Wer hat sich hier mit den richtigen Leuten unterhalten? Es war sicherlich nicht die CSU!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß man ferngesteuerten und bezahlten Schönrednern lieber glaubt als den Fachleuten, die in diesen Betrieben tätig sind.

Nun könnte man ja Mitleid mit der Stadtspitze und auch mit Herrn Wiesheu haben, die selbst getäuscht wurden;

denn tatsächlich gab es aus dem Unternehmen heraus die Versicherung, der Standort werde erhalten bleiben, und das noch zwei Wochen oder eine Woche vor der Mitteilung, daß der Standort nun doch wegfallen solle. Aber das ist genau der Punkt. Ich sehe eigentlich nicht ein, warum ich Mitleid haben sollte, denn man hat bisher, egal ob bei der Stadtspitze oder hier, pompös auf den Tisch gehauen, Wirtschaft immer zur Chefsache erklärt und muß nun sehr kleinlaut eingestehen, daß das nicht ganz so gelaufen ist, wie man sich das vorgestellt hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und ich sage Ihnen auch: Verbale Imagepflege rettet weder Arbeitsplätze noch sichert sie diese. Ich denke, das hat sich mit dem Schock, den wir hier erlitten haben, vielleicht endlich auch bis zu Ihnen herumgesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Seit Jahren drängen wir, meine Kollegen und Kolleginnen im Stadtrat und im Landtag, darauf, die Kompetenz der Energie- und Verkehrstechnologie endlich ernst zu nehmen. Ernst nehmen heißt für uns, Verkehrspolitik und -technologie vom Odeur der Miefigkeit zu befreien, denn es handelt sich hier tatsächlich um High-Tech-Bereiche. Wenn ich mir aber die Förderlisten anschau, wie sie herausgegeben worden sind, ist bei der Staatsregierung von diesem Bewußtsein noch nicht allzuviel zu spüren.

Ich frage Sie: Welche funktionierende Verkehrstechnologieprojekte im Verkehrskompetenzbereich gibt es denn in Nürnberg? Da ist die VINA übriggeblieben. Sie beschäftigt sich aber mit den Zulieferern der Automobilindustrie. Was ist denn aus der Initiative „Neuer Adler“ geworden? Was aus den anderen Betrieben geworden ist, das haben wir ja jetzt mitbekommen.

Es ist einfach nicht so, daß wir zu den Nostalgikern der Dampfbahn gehören, die im Keller die kleine Lok stehen haben und sich in der dritten Etage irgendeines Buchladens den technischen Kick holen, wo wir uns dann über die Eisenbahnfreunde austauschen oder vielleicht am Stammtisch die Verbindungspläne diskutieren, sondern es geht hier wirklich um Sicherheit, Schnelligkeit und Bequemlichkeit, um Projekte wie „Intelligenter Bahnsteig“ bis hin zum modernen Wagenkastenbau.

Hier haben Sie bei der Verteilung der Privatisierungserlöse sehr wohl geschlafen. Ich habe das gerade ausgeführt. Statt dessen investieren Sie in Bereichen – das wurde von meinem Kollegen Dinglreiter auch angesprochen – wie das Call-Center, wobei uns die Fachkonkurrenz versichert, daß man der Nürnberger Versicherung – ich nehme an, das liegt einfach auch an den guten Beziehungen, die die Nürnberger Versicherung zur CSU hinein hat –, ein Call-Center finanziert, das sie ohnehin selbst aufgebaut hätte. Und da frage ich mich schon: War das besonders sinnvoll?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ernst nehmen heißt zum zweiten aber auch, die entsprechenden Weichenstellungen vor Ort vorzunehmen. Da muß ich sagen, der Antrag der CSU enthält lediglich lauter Bekundungen, aber leider keine konkreten Handlungsaufforderungen. Allein auf die Bundesverantwortung abzustellen, indem man auf die privatisierte – wohl-gemerkt privatisierte – Bahn abstellt, ist auch ein bißchen dünn; denn ich habe auch immer wieder erlebt, daß man zum Beispiel in Nürnberg bereit ist, 1,2 Millionen DM allein für ein Gutachten zum Ausbau des Franken-Schnellweges auszugeben, statt in moderne Verkehrstechnologiebereiche zu investieren. Die Fixierung auf ein einziges Verkehrsmittel im ÖPNV, die U-Bahn, hat dazu geführt, daß hier Weichenstellungen versäumt wurden. Ich erinnere nur daran, daß 1 Kilometer U-Bahn so viel wie 10 Kilometer Straßenbahn oder Stadtbahn kosten. Sie können sich ausrechnen – ich weiß nicht, ob Sie es können, aber Sie könnten es sich ausrechnen –, wie viele zusätzlichen Wagen das bedeuten würde.

Auch den Energietechnologiebereich nehmen Sie nicht sonderlich ernst. Sie setzen hier auf die alten Technologien, auf die Dinosaurier-Technologien. Wir haben darüber bei der Haushaltsberatung ausreichend diskutiert. Die Mittel, die hier für das energietechnologische Innovations-, Gründer- und Anwenderzentrum bereitgestellt worden sind, sind schlichtweg zu gering.

Ich möchte auf die Anträge eingehen. Den von der CSU – wen wundert's – lehnen wir ab. Es ist ein Schaufensterantrag wie so viele ohne konkrete Vorschläge. Er wird den Beschäftigten vor Ort schlichtweg nicht weiterhelfen. Sie verweisen hier einfach auf die Verantwortung des Bundes, und da, muß ich sagen, haben Sie verkannt, was eigentlich alles vor Ort möglich ist und was auch dem Land zu tun möglich wäre.

Wir verweisen auf unseren Antrag, in dem wir vorschlagen, aus den Erlösen der Veräußerung staatlicher Beteiligungen 500 Millionen DM zielgerichtet für die Unterstützung der von besonderer Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen Nürnberg, Hof und Schweinfurt einzusetzen.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir schon seit längerem erkannt, daß die Strukturkrise – wenn man auch mit dem Gebrauch dieses Wortes vorsichtig sein muß – noch lange nicht bewältigt ist. Daher rührt auch der Mittelansatz im Nachtragshaushalt. Ich befürchte, daß die Strukturkrise auch mit Ihren Vorschlägen nicht zu bewältigen sein wird.

Dem Antrag der SPD können wir zustimmen, wenn auch an der einen oder anderen Stelle, zum Beispiel bei Nummer 2, Anmerkungen anzubringen wären. Eventuell wird der Antrag in den Ausschuß verwiesen, und dann könnten wir noch einmal detaillierter darüber diskutieren. Wenn auch in Nummer 6 die Höhe der zusätzlichen Gelder nicht beziffert wurde, so gehe ich davon aus, daß dieser Punkt deckungsgleich mit unserem Antrag ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Scholz das Wort.

Dr. Scholz (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Dringlichkeitsantrag beginnt ganz bewußt mit den Worten:

Die Produkte und Dienstleistungen bei Schienenfahrzeugen und in der Energietechnik in der Region Nürnberg bei den Firmen Adtranz, ABB und Alstom sind High-Tech-Produkte und Kompetenzen der Zukunft auf den Weltmärkten.

Es geht nicht nur um Arbeitsplätze in der gewerblichen Produktion, sondern es geht darum, die Fähigkeiten zu erhalten, solche Schienenfahrzeuge zu entwickeln, zu fertigen und zu verkaufen. Die Firma Adtranz und Herr Wiesheu sagen, daß die Märkte wegbrechen, und sie verweisen auf den deutschen Binnenmarkt. Das ist eine sehr kurzfristige Betrachtung, die noch dazu auf den engen deutschen Binnenmarkt fixiert ist.

Diese Produkte haben auf dem Weltmarkt Zukunft. Die Amerikaner überlegen zur Zeit wegen ihrer Gesetze zur Null-Emission, wie sie die gesetzlichen Vorgaben in den Städten erfüllen können. Es gibt Signale, daß im innerstädtischen Verkehr mehr und mehr U-Bahnen und Straßenbahnen zum Einsatz kommen sollen. Ich war stolz, als ich seinerzeit in Pittsburgh mit einem City-mover vom Flughafen in die Stadt gefahren bin; denn dieser kam aus Nürnberg. Die Firma in Nürnberg war die einzige, die so etwas anbieten konnte.

Im Bereich der Energietechnik ist die Firma ABB sehr kompetent. Sowohl in der Entwicklung, der Konstruktion und im Verkauf von kleinen Dampfkraftwerken, die sehr umweltfreundlich sind, hat die Firma eine hervorragende Stellung. In diesen Anlagen können alle möglichen Materialien verbrannt werden, was bei Gasturbinen nicht der Fall ist.

Das Problem liegt nicht in kurzfristigen Auftragsengpässen. Es zeigt sich vielmehr, daß Konzerne zukunfts-trächtige Strukturen nach lang angelegten Plänen systematisch zerstören. Die Firma Adtranz hat erklärt, die Produktion laufe im Jahr 2000 aus, aber das Engineering müsse weitergehen, da dies an anderen Standorten nicht machbar sei. Das ist ein Beleg dafür, daß der Standort gehalten werden kann.

Ich bin der Meinung, daß auch das Argument der Preise einer genauen Prüfung nicht standhält. Der Beweis für diese minus 40%, Herr Wiesheu, ist noch nicht erbracht. Die Wagenkastenfertigung ist nach Portugal verlegt worden. Die ersten Wagenkästen sind zur Montage nach Nürnberg gekommen. Die Qualität ist unter aller Kritik. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Preis und Qualität. In dieser Beziehung ist der Beweis für die Funktionsfähigkeit der Billigprodukte noch nicht erbracht.

Aus Ihren Äußerungen auf der Pressekonferenz entnehme ich, daß Sie wieder den Submanagern glauben, nicht aber den Fähigkeiten der Mitarbeiter in Nürnberg vertrauen, die bereit sind, sich in allen Bereichen voll einzubringen. Es ist wert, diese Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen. Das Ziel unseres Antrags ist es, durch Druck auf die Konzerne eine Chance zu wahren, die Qualifikationen, die Kompeten-

zen und die hochwertigen Arbeitsplätze von Ingenieuren, Technikern, Facharbeitern und Verkäufern zu erhalten.

Herr Kollege Dinglreiter, ich finde es unmöglich, daß Sie immer wieder auf die Call-Center verweisen. Diese Call-Center sind wichtige Dienstleistungseinrichtungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Call-Center bieten in ganz Bayern zwar 10000 Arbeitsplätze, sie sind aber kein Ersatz für die anderen Arbeitsplätze. Deshalb ärgere mich die Ausführungen in Ihrem Antrag, in dem Sie die Staatsregierung auffordern, mit den Mitteln der High-Tech-Offensive in Nürnberg andere Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Kompetenzen und Fähigkeiten, die es in Betrieben von Nürnberg gibt, sind schnell kaputt gemacht. Es wird aber sehr schwer sein, solche Strukturen wieder aufzubauen.

Präsident Böhm: Herr Kollege Dr. Scholz, Sie haben Ihre Redezeit schon erheblich überzogen.

Dr. Scholz (SPD): Wir müssen jetzt geschlossen Druck ausüben. Wir dürfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verträsten, sondern wir müssen Vertrauen zu Ihnen haben. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Söder das Wort.

Dr. Söder (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe die Erregtheit insofern, als die Situation außerordentlich schwierig ist für uns in Nürnberg und für den Industriestandort Nürnberg-Südstadt. Wir hatten seit Beginn der neunziger Jahre einen tiefgreifenden Strukturwandel, der die Region mit ihren altindustriellen Bereichen besonders stark erfaßt hat. Wir haben uns alle sehr gefreut, daß wir seit 1998 einen Aufschwung erlebt haben und sich die Arbeitslosenzahlen verringerten. Wir haben geglaubt, den Strukturwandel auch mit der Unterstützung der Staatsregierung und des Bayerischen Landtags zum Teil zu bewältigen. Darum ist die jetzige Situation um so schwieriger und ärgerlicher.

Was sind die Gründe für diese Entwicklung? Die Gründe für die Schwierigkeiten der Firmen Adtranz, Alstom und Cebal – ich bitte den Tippfehler im SPD-Dringlichkeitsantrag zu berichtigen – liegen zum einen in der Entwicklung des Weltmarktes. Das betrifft zum Beispiel den Turbinenbereich. Die Gründe liegen auch in der Fremdbestimmtheit der Konzerne und natürlich in den Signalen, die von der Bahnpolitik der rot-grünen Bundesregierung ausgehen. Es gibt eine klare Entscheidung gegen eine ICE-Trasse.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Entscheidung gegen den Transrapid trägt nicht dazu bei, die Produktion von Schienenfahrzeugen auszubauen. Die Diskussion über die Fördersatzte im Osten spielt ebenfalls eine Rolle. Wenn in anderen Landesteilen Zuschüsse gezahlt werden, dann tun wir uns in unserem Land äußerst schwer. Nichtsdestoweniger müssen wir uns überlegen, was wir machen können. Es könnten die Arbeitsplätze von zirka 2000 Menschen auf der Kippe stehen. Bei allen Bemühungen, die wir unternehmen, müssen wir uns klarmachen: Der Staat kann kein Ersatzunternehmer sein. Der Staat kann die Märkte nicht neu strukturieren. Der Staat braucht, wenn er Gespräche führt, auch Partner in den Unternehmen. In dieser Beziehung hat uns ehrlich gesagt die Führung der Firma Adtranz sehr enttäuscht. Es bestand die Zusage, daß der Nürnberger Bereich zum Ausbau eines Weltkompetenzzentrums für Straßenbahnen wird. Daß dieses nun nicht geschieht, ist mehr als ärgerlich und beschämend.

Was kann die Politik tun? Es geht hier übrigens nicht um eine Stadtratssitzung in Nürnberg, Frau Stahl, sondern wir sind hier im Bayerischen Landtag. Das sollten wir künftig beachten.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Nürnberg wurde eine Task-force „Industriestandort Nürnberg“ einberufen. Diese umfaßte alle Beteiligten, übrigens auch die IG Metall. Auch das Wirtschaftsministerium ist eingebunden. Es wäre im übrigen auch hilfreich, wenn sich der Bundeskanzler und die Bundesregierung einbringen würden. Der Bundeskanzler hat doch als „Genosse der Bosse“ entsprechende Kontakte. Diese Kontakte sollte er nutzen.

Wir werden versuchen, die in unserem Antrag angesprochenen Punkte umzusetzen, Gespräche zu führen und Konzepte zu entwickeln. Im übrigen wird die High-Tech-Offensive helfen. Es tut mir in der Seele weh, wenn hier gesagt wird, man solle die High-Tech-Offensive fallen lassen und Geld in die Region Nürnberg pumpen.

Gerade weil Sie in Nürnberg früher immer nur Geld in alte Geschäftsfelder anstatt in neue Technologien investiert haben, stehen wir vor dem Dilemma des Strukturwandels.

(Beifall bei der CSU)

Wer heute sagt, der IuK-Bereich trage sich selbst, verkennt die Situation auf dem Weltmarkt. Auf diese Weise tut man jungen Menschen keinen Gefallen, die dort die entscheidende Zukunftsperspektive für unsere Region sehen. Die Aussage, Call-Center könnte man auch woanders einrichten, ist sicher zutreffend. Aber wir wollen solche Call-Center in Nürnberg haben. Darum unterstützen wir hier alle Bemühungen. Bitte reden Sie Nürnberg als Call-Center-Standort nicht immer schlecht.

Frau Schmidt, Ihr Stadtratskollege, Herr Schönfelder, hat in einem Gespräch gesagt, Adtranz braucht keine Marktförderung, eine Förderung wolle man gar nicht. Vielleicht

kann man sich bezüglich dieses Themas in der SPD abstimmen. Den GRÜNEN sei gesagt: Ihre Rathauspolitik der letzten 15 Jahren hat dazu beigetragen, daß viele Unternehmen weggegangen sind. Das muß man nüchtern bemerken.

Was bleibt uns also übrig? – Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um das Know-how der Mitarbeiter und alle Kapazitäten zu nutzen. Wir von seiten der CSU werden dabei jede Unterstützung gewähren. Das steht auch in unserem Antrag. Alles, was getan werden kann, tun wir. Das Wirtschaftsministerium wird insoweit von uns unterstützt. Mir wäre auch wichtig, daß wir versuchen, nicht zu sehr im Parteiengezänk zu verharren.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es nützt nichts, immer nur zu brüllen und aufzuschreien. Versuchen Sie doch einmal, in der Debatte über Wirtschaftspolitik Gemeinsamkeiten zu entdecken und nicht immer nur Trennendes hervorzuheben. Ich finde das schade. Mein Appell an die Verantwortlichen in den Unternehmen lautet: Erhalten Sie die Arbeitsplätze, erhalten Sie die Standorte, und nutzen Sie das Kapital der Mitarbeiter. Der Standort Nürnberg ist ein hervorragender Standort. Unser Antrag will dafür die Grundlagen legen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Um das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Wiesheu gebeten.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Die Situation der Betriebe ist bekannt. Sie wurde in den Zeitungen, Nachrichten, Medien und in der Öffentlichkeit nachhaltig erläutert. Die Aufforderung, tätig zu werden, nehme ich zur Kenntnis. Ich bin bereits seit längerem aktiv.

Zur Situation darf ich aus meiner Sicht sagen, ich weiß nicht, wer von uns bei Adtranz in den letzten Monaten bzw. im letzten Jahr auf den Putz gehauen haben soll. Wir hatten von Adtranz die Zusage, daß zwar nicht alle Arbeitsplätze erhalten bleiben, aber immerhin über 600. Es sollte einen Abbau von ungefähr 200 Arbeitsplätzen geben; der Standort sollte aber erhalten bleiben. Noch im September dieses Jahres habe ich von Herrn Eckrodt einen Brief erhalten, in dem diese Zusicherung bestätigt wird. Auf die Zusage haben sich viele verlassen und eingestellt. Sie hat die ganze Zeit gegolten. Ich habe das Thema schon vor einigen Jahren, als Herr Wagner noch Vorsitzender der Adtranz in Deutschland war, behandelt, weil wir in der Angelegenheit vorankommen wollten. Wir haben uns darum bemüht, daß ein Betrieb aus einem anderen Land in Deutschland, der von Adtranz verkauft wurde, zu einer bayerischen Firma kommt, weil das für die gesamte Zulieferung von Vorteil gewesen ist. Wir haben den Ankauf dieses Betriebes mit unterstützt, um am Standort Bayern ein komplettes Angebot machen zu können.

Das sind Themen, die uns bereits seit ein paar Jahren beschäftigen. Jeder weiß, daß Herr Eckrodt bei einer Sitzung in Amerika dazu veranlaßt worden ist, ein deutlich verschärftes Restrukturierungsprogramm aufzulegen. Es gab die Auflagen, zügig 300 Millionen Euro einzusparen, die Kosten um 30% zu reduzieren und den Export um 30% zu steigern, weil der europäische Markt das, was produziert wird, nicht allein aufnehmen kann. Außerdem wurden Auflagen betreffend die Projektorganisation und die Konzentration von Standorten gemacht. Adtranz verfügt über eine Menge von Standorten, weil das Unternehmen ein Konglomerat von mehreren Konzernen darstellt. Marketing-, Entwicklungs- und Produktionsstätten befinden sich in 60 Ländern. Wie jeder weiß, hat Adtranz in den letzten Jahren massive Verluste eingefahren. 1998 handelte es sich um 760 Millionen DM.

(Dr. Scholz (SPD): Nicht in Nürnberg!)

– Ich weiß; ich will das Vorgehen der Firma auch nicht rechtfertigen. Uns wird zum Beispiel unter die Nase gehalten, daß man in Berlin bei der technischen Endmontage über ein Kapazität von 1 Million Fertigungsstunden verfügt. Die Auslastung liegt bei 50%. In Nürnberg verfügt man über eine Fertigungskapazität von 640 000 Fertigungsstunden. Die Auslastung liegt bei 40%. Man hat mit Aufträgen der Bahn kalkuliert, die nun nicht vergeben werden. Beim ICE gab es 50 Bestellungen und 50 Optionen. Die Bahn hat die 50 Optionen auf 13 reduziert, weil der Streckenausbau nicht weitergeführt wird. Diejenigen, die das bejubelt haben, hätten sich überlegen sollen, daß das Konsequenzen für die Bestellung von Fahrzeugen hat.

(Beifall bei der CSU)

Die Aussage, daß das Defizit durch Bestellungen von anderer Fahrzeugen ausgeglichen wird, stimmt nicht, denn auch die Zahl von Optionen für U-Bahnen und Regionalzüge ist leider zurückgegangen. Ich behaupte nicht, daß die Preise für alle Fahrzeuge um 40% gesunken sind, aber für bestimmte Fahrzeugtypen wurde der Preis bis zu 40% reduziert.

Schauen Sie sich die Lage an. Es tut mir leid, ich muß die Situation darstellen. Ich habe bei Siemens nachgefragt, was los ist, weil mit Bombardier verhandelt wird. Bombardier baut in Deutschland 1000 Arbeitsplätze ab, weil Defizite gemacht werden. Siemens ist seit Jahren in der gleichen Lage. Ich habe mit den Verantwortlichen darüber geredet, ob man nicht zu einer gänzlich neuen Ordnung kommen kann. Ich will ein Stichwort nennen. Ich habe gemeint, vielleicht sollten sich die drei Firmen Bombardier, Siemens und Adtranz zusammenschließen, um einen bestimmten Fahrzeugtyp in Nürnberg zu realisieren. Siemens hat geantwortet, wenn man dies täte, müßte man in Nordrhein-Westfalen ein Werk schließen. Das ist problematisch, weil dort sowieso ein Werk mit 400 Leuten zugemacht wird. Auch in Nordrhein-Westfalen muß Siemens also ein Werk mit 400 Leuten schließen. Daran kommt man nicht vorbei.

Meine Empfehlung, ein bestimmtes Produkt in Nürnberg herzustellen, hätte bedeutet, daß ein zweites Werk geschlossen werden muß. Das kann Siemens nicht so

einfach tun, weil auch in Nordrhein-Westfalen das Argument gilt, daß Produkt ist nicht zu beanstanden und es kann nicht sein, daß man wegen eines Problems in Bayern ein Werk in Nordrhein-Westfalen schließt.

Ich bin auf der Suche nach anderen Konzepten. Gott sei Dank kenne ich ein paar Leute aus der Wirtschaft, die bereit sind, mit mir Konzepte zu entwickeln. Ich habe heute keine Veranlassung, diese Konzepte auf den Tisch zu legen, denn ich weiß noch nicht, was daraus wird. Über ungelegte Eier zu reden, macht wenig Sinn. Wenn wir die Situation bewältigen wollen, brauchen wir gute Konzepte.

Wir brauchen aber auch Aufträge. Es führt kein Weg daran vorbei, daß bei einem Mangel an Aufträgen die Zahl der Beschäftigten nicht gehalten werden kann. Bei einem Rückgang der Preise und einem Rückgang der Zahl der Bestellungen wird auch die Zahl der Beschäftigten zurückgehen. Das kann man durch Appelle oder High-Tech-Mittel nicht ausgleichen. Das ist unser Thema. Wir verhandeln weiter. Ein MBO von 80 Leuten wurde aus dem Betrieb heraus verlagert und finanziell unterstützt. Dazu brauchen wir nicht aufgefordert zu werden, obwohl es mich nicht stört. Natürlich haben wir das unterstützt. Ich habe mit Herrn Eckrodt darüber geredet, daß diese Einheit ausgelastet werden muß, denn man kann kein MBO durchführen und Aufträge abziehen. Das muß gesichert werden.

Wir führen Gespräche darüber, ob es möglich ist, nicht nur die Ingenieurkapazität zu halten. Ich habe hierzu einen Vorschlag gemacht. Ich sage das jetzt einmal, aber ich weiß nicht, ob etwas daraus wird. Nach meiner Überzeugung kann Adtranz nicht an jedem seiner vielen Standorte Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufbauen. Bestimmte Bereiche müssen dort vorhanden sein, weil die Produktion dort läuft. Es wäre jedoch denkbar, in der Weise vorzugehen wie Bosch in Immenstadt. Man könnte für den Bereich der Innovation jeweils für spezielle Entwicklungen weltweit Leute für ein halbes Jahr, ein Jahr oder länger zusammenfassen. Bei Bosch läuft das hervorragend. Vielleicht könnte man auch in Nürnberg die Potentiale zusammenholen, denn es ist ein gutes Potential an Ingenieuren vorhanden. Man könnte auch den Modellbau und gewisse Serviceeinrichtungen dazunehmen.

Der nächste Schritt ist, daß man darüber redet, ob es nicht sinnvoll ist, daß städtische Betriebe – ich weiß, das ist ein Problem – ihre Servicekapazitäten hier zentralisieren. Das müßte nicht nur Nürnberg sein, sondern es können auch andere sein. Darüber wäre zu reden. Wir müssen Auftrags- und Arbeitspotentiale schaffen. Anders kommen wir nicht zu einer Beschäftigung. Darüber müssen wir reden. Ich rede ungern in der Öffentlichkeit darüber, weil ich nicht weiß, ob unsere Bemühungen zum Erfolg führen. Falsche Hoffnungen zu machen, ist immer ein gefährliches Spiel.

Wir haben die gleiche Situation bei ABB und Alstom. Als sich die beiden Unternehmen im Juli zusammengetan haben, war jedem klar, um was es geht. Das Stichwort heißt „Synergie“.

Und Synergie heißt Verlust von Arbeitsplätzen.

(Dr. Kaiser (SPD): So ist es!)

– Ja, das ist die Erfahrung.

Was ist das Thema? – Ich habe mit den Deutschland-Chefs von ABB Alstom-Power darüber gesprochen, was getan werden könnte; denn sie sind daran interessiert, daß möglichst viel erhalten bleibt. Thema war leider auch der eingebrochene Markt. Bei uns werden fast keine Turbinen mehr gekauft. In den nächsten zehn bis zwölf Jahren wird in Deutschland kein größeres Dampfkraftwerk errichtet. In Europa sieht es nicht viel anders aus. Der internationale Markt ist eingebrochen. In Asien tut sich zur Zeit nichts. Was hat die Delegationsreise von Schröder nach China an Erkenntnissen gebracht? – Ich kritisiere das nicht. Zum Thema Kraftwerksverkauf haben Teilnehmer berichtet, daß in den nächsten paar Jahren fast kein neues Kraftwerk bestellt werde. Sie haben zwar eine Menge Kohle in China, wollen aber derzeit keine neuen Kohlekraftwerke, weil die Leitungsnetze Verluste von 20 und mehr Prozent haben. Sie sanieren jetzt das Leitungsnetz, weil sie damit das benötigte Strompotential schaffen. Das ist plausibel. Dem läßt sich nicht widersprechen. Aber sie kaufen keine Turbinen.

(Dr. Kaiser (SPD): Die wollen Kernenergie!)

– Sie geben das Stichwort. Bei uns wird nur über Wind- und alternative und regenerative Energien geredet. Dagegen habe ich nichts. Dafür werden aber keine Turbinen benötigt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser (SPD))

– Reden Sie mit den Leuten.

Übriggeblieben ist in der Diskussion der Industrieturbinenbau. Doch dort sind die Aufträge zurückgegangen. Diesen Block hat ABB betreut. Es ging beim Gespräch darum, ob nicht nur das Engineering, der Service, die Betreuung, sondern auch die Produktion bleiben. Das ist der Kernpunkt. Nun gibt es die Tendenz, die Produktion dort zu belassen, aber die arbeitsintensiven Teile in Richtung Brunn zu verlagern. Das gefällt mir nicht. Aber wenigstens würde die Produktion in Nürnberg verankert werden. Das ist nötig, weil man bei der Produktion lernt, was man für den Service braucht. Ohne sich in der Produktion auszukennen, kann man nicht dauerhaft den Service bieten. Das ist ein essentieller Teil des Themas. Darüber wird geredet.

In der nächsten oder Anfang übernächster Woche wird weitergeredet. Ich habe den Chef von ABB Deutschland eingeladen. Er war zu einem privaten Besuch bei mir. Er kam von Berlin. Wir haben darüber geredet, was getan werden kann. Ich bin froh, daß ABB Deutschland abgeschlossen ist. Sie sind über die Fusion oder Nicht-Fusion so „erfreut“ wie wir, weil viel Management-Kapazität weggenommen wird, die eigentlich dem Betrieb und den innerbetrieblichen Prozessen gewidmet werden müßte. Die Situation von Alstom in Nürnberg ist schlecht, weil sie dort Großturbinen bauen. Das Großturbinenzentrum in Mannheim ist zu wenig ausgelastet. Ich habe gebeten,

daß andere Möglichkeiten überlegt werden sollen, welche neuen Produktionen in Nürnberg durchgeführt werden könnten, wenn schon Kapazitäten verlagert werden müssen. Ich habe in jedem Gespräch folgende Devise: Entweder man kann eine Menge an Arbeitsplätzen erhalten oder man muß sich neue Arbeitsplätze überlegen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Zustimmung!)

Diese beiden Strategien müssen geprüft werden: Entweder man kann die Arbeitsplätze erhalten oder die Firmen sind auch in der Verantwortung für neue Themen; denn sie bauen nicht nur Turbinen oder ein paar Produkte, sondern es gibt bei ihnen eine breite Produktpalette. Es muß etwas geschaffen werden, was in den Raum Nürnberg paßt.

Meiner Meinung nach gilt gleiches für den Mutterkonzern von Adtranz. Der Mutterkonzern kann nicht nur Betriebsteile schließen. Mercedes expandiert nicht nur in der Produktion von Fahrzeugen, sondern genauso bei den Dienstleistungen. Man muß sich also überlegen, wie man ein paar hundert Arbeitsplätze in diesen Sparten in Nürnberg aufbaut. Mit diesen beiden Strategien verhandle ich. Ich weiß nicht, ob es ein Erfolg wird. Ich hoffe es. Zumindest bin ich hinterher und greife auch auf die oberste Konzernspitze zu, weil das gar nicht anders geht und weil ich weiß, wie zentralistisch dort manche Dinge organisiert sind.

Für Cebal Verpackungen GmbH gilt das gleiche. Das waren keine vergnüglichen Gespräche mit den beiden Chefs. Sie haben erklärt, daß bei Cebal nichts mehr gehe und warum ihre Entscheidung fest sei. Sie belassen 30 Leute im Vertrieb, behalten zwar die Firma in Oberfranken, aber nicht die in Nürnberg. 60 Leuten wird ein Arbeitsplatz an ausländischen Standorten angeboten. Dorthin wird aber kaum jemand gehen. Darüber muß man sich keine Illusionen machen. Wenn daran nichts zu ändern ist, müssen Alternativen aufgezeigt werden. Cebal gehört inzwischen zu einem Konzern. Dieser besteht aus einer Schweizer Firma, die vor einigen Monaten mit Viag fusionieren wollte, und einer kanadischen Firma mit einem Gesamtumsatz von 40 Milliarden DM. Da muß doch Ersatz möglich sein. Um das Thema geht es.

Noch einmal: An bestimmten wirtschaftlichen Veränderungen kommt man nicht vorbei. Ich habe über die Erlöse geredet. Allerdings stimmt auch, daß die Adtranz Aufträge angenommen hat, die nicht kostendeckend waren. Ich gebe Ihnen recht, daß der Wagenkastenbau sich in Portugal nicht bewährt hat. Vielen Firmen, die mir über die Stundenlöhne in Tschechien berichten, halte ich die mangelnde Qualität der Produkte entgegen und die nötige Nacharbeit.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Die sollen sich die Qualität ansehen!)

Die Firmen müssen sich die Situation insgesamt ansehen und beobachten, ob sich ihre Produkte auf dem Markt behaupten können. Man muß das im Zusammenhang sehen. Es gibt einige Firmen, die inzwischen reu-

mütig zurückgekehrt sind. Warum? – Entweder haperte es an der Qualität oder der Lieferpünktlichkeit oder sonstigen Dingen. Auf jeden Fall verloren sie Kunden. Die Gesamtsituation im Verkehrsbereich sieht folgendermaßen aus: Alle drei Firmen, Siemens, Adtranz und Bombadiere, machen in Deutschland große Verluste. Wir schauen nun, ob es aus diesem Gefüge etwas Neues gibt, was für Nürnberg interessant sein könnte.

Nun noch etwas zur Klarstellung: Frau Schmidt, ich glaube, Sie sagten, daß von 1990 bis 1998 die Arbeitsplätze in der gewerblichen Industrie um 60 000 zurückgegangen seien.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Von 1978 bis 1997!)

Ich habe mir die Zahlen von 1990 bis 1998 geholt. Es sind um die 46 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Insgesamt betrug der Rückgang an Arbeitsplätzen 24 000. Das bedeutet, daß 22 000 neue Arbeitsplätze hinzukamen. Gleichzeitig gab es 2500 Selbständige mehr, so daß es in den acht Jahren 26 500 neue Beschäftigte gab.

– Ich habe Ihr Lichtsignal gesehen, Herr Präsident, aber ich muß das ausführen.

Das bedeutet, daß die Bemühungen, einerseits Arbeitsplätze zu halten und andererseits neue zu ermöglichen, vorangebracht werden müssen. Man muß in beide Richtungen gehen. Die Call-Center haben schon ihre Bedeutung. Die Meinung, daß diese Arbeitsplätze simple, einfache Arbeitsplätze wären, ist falsch. Call-Center werden in Universitäts- und Fachhochschulstädten angesiedelt, weil sie dort die Fachleute, wie Ingenieure, die Betriebswirte und andere Fachleute, bekommen, die entsprechend eingesetzt werden können. Den Großteil setzen sie hauptamtlich ein. Im übrigen: Das Call-Center haben wir nicht für die Nürnberger Versicherung gebaut – wie haben gar keines gebaut –, sondern es war klar, daß bei der hohen Nachfrage und dem hohen Angebot Nürnberg eine vernünftige Schulungs- und Fortbildungseinrichtung braucht, sowie eine Einrichtung, die Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt akquiriert. Das wurde gefördert.

(Dr. Scholz (SPD): Das ist gut!)

Anfangs waren Quelle und einige andere interessiert. Quelle ist ausgestiegen. Das ist bedauerlich. Ich war froh, daß die Nürnberger Versicherung eingestiegen ist und das Ausbildungszentrum mitträgt. Ich sage ausdrücklich: Ich bin sehr froh gewesen, daß die Nürnberger Versicherung eingestiegen ist und daß wir einen wirtschaftlichen Träger haben, der die Schulungseinrichtungen betreibt und entsprechend voranbringt.

Noch etwas, meine Damen und Herren: Ich verstehe die Verärgerung über den Ausspruch „ferngesteuerte Entscheidungen“. In Nürnberg haben wir das leider mehrfach erlebt. Ich bitte Sie aber, nicht zu sagen, das waren zum Beispiel Chrysler oder auch andere, denn wir sind sehr froh, wenn ausländische Firmen nach Deutschland kommen.

(Dr. Scholz (SPD): Nehmen Sie auf den Kollegen Söder Bezug?)

– Herr Söder sagte nicht, er würde keinen Chrysler mehr kaufen.

(Maget (SPD): Sie sollen keinen mehr kaufen!)

Ich sage ganz sachlich: Ich warne davor, auf „ferngesteuerte Entscheidungen“ Richtung USA oder andere zu schimpfen. Wir sind froh, daß Microsoft da ist und nun für 100 Millionen DM in Schleißheim investiert. Wir sind froh, daß Xiliux, Sun präsent sind und daß der Automobilzulieferer Magna ein paar Firmen übernommen hat, die es sonst nicht mehr gäbe.

Ich war froh, daß bei der Firma Rosenthal ein Engländer eingestiegen ist. Andernfalls hätte ich nicht gewußt, wie es weitergehen soll. Die Firma Lucent hat die Firma PKI damals mit 1600 Beschäftigten übernommen. Auch diese Firma ist „ferngesteuert“. Bis heute hat Lucent die Firma auf 2400 Beschäftigte aufgestockt. Außerdem investiert die Firma 100 Millionen DM. Warum tut die Firma dies? Weil dort eine gute Ingenieurskapazität, eine gute Entwicklungs- und Forschungsleistung vorhanden ist. Daran sollte sich die Firma Adtranz ein Beispiel nehmen. Ich bin froh, daß wir diese Firmen haben. Deshalb sollten Sie mit Ihren Formulierungen vorsichtiger sein.

(Hofmann (CSU): Sehr gut! Sehr richtig!)

Wenn heute eine Firma Bereitschaft zeigen würde, die Firma Adtranz zu übernehmen, wäre es mir ziemlich egal, wo diese Firma herkommt. Ich bitte Sie noch einmal, mit Ihren Formulierungen vorsichtiger zu sein, damit keine falschen Signale nach außen gegeben werden. Ich darf sagen, ich bin seit einiger Zeit an diesen Themen dran. Ich bitte um Verständnis, daß ich nicht alles, was besprochen wird, an die Öffentlichkeit tragen kann. Wo eine Möglichkeit besteht, etwas zum Positiven zu wenden, werde ich dies mit allem Nachdruck versuchen. Wir werden auch alle finanziellen Möglichkeiten nutzen, um die Situation zum Besseren zu wenden. Trotz aller Probleme kann ich auf einige Erfolge verweisen. Ich verspreche nicht, daß alles wieder gut wird. Ich verspreche nur, daß alles, was möglich ist, getan wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Heinz Kaiser.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dinglreiter, Herr Kollege Dr. Söder und – mit Abstrichen – Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, Sie machen es sich zu leicht, wenn Sie die Schuld für die wirtschaftlich schwierige Situation in Nürnberg in erster Linie auf die Bundesregierung schieben.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich ist die Situation in Nürnberg in erster Linie auf das Versagen der Staatsregierung in der regionalen Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen.

(Unruhe bei der CSU – Hofmann (CSU): Das ist ein wenig geistlos gewesen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie müssen sich schon an den großmäuligen und großspurigen Ankündigungen messen lassen, die im Jahre 1996 nach der erfolgreichen Kommunalwahl erfolgt sind. In der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 2. August wird von einem Zukunftskongreß berichtet. Auf diesem Kongreß hat der Ministerpräsident ausgeführt:

Ich bin zuversichtlich, daß sich die geballte Kraft der vier Städte und der vier Landkreise zu einem Treibsatz für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Industrieregion Mittelfranken entwickeln wird. Die Formel „Vier und vier“ könnte weit über Bayern hinaus zum Markenzeichen für Fortschritt und Innovation werden.

Wenn man die heutige Situation betrachtet, muß man fragen, wo der Fortschritt und die Innovation bleiben. Oberbürgermeister Scholz hat gesagt:

Auch im Bereich der Verkehrstechnik, wo in 200 Betrieben rund 50 000 Menschen beschäftigt sind, wird die Entwicklung vorangetrieben. Neue Schienenfahrzeuge für den Regionalverkehr erfordern Referenzstrecken, wo Unternehmen wie Siemens oder Adtranz neue Techniken und Steuerungen präsentieren könnten.

Wo bleiben die Referenzstrecken, die damals von den Kommunalpolitikern versprochen worden sind?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, da Sie sich eben so aufgeregt haben, möchte ich einmal auf Ihre Versäumnisse hinweisen. Ich befinde mich in der guten Gesellschaft des bekannten IG-Metall-Beauftragten von Nürnberg, Gerhard Loboda, der vor wenigen Tagen in der Presse gesagt hat:

Es bringt wenig, wenn Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu wie ein Feuerwehrmann mit der Geldspritze durchs Land läuft und da und dort zu löschen versucht, aber keine regelrechte Strukturpolitik betreibt.

Dieses Urteil sagt alles. Meine Damen und Herren, trotz der High-Tech-Offensive hat die Region Nürnberg Standortdefizite. Wir haben im Landtag immer wieder Anträge mit dem Ziel eingereicht, daß eine regionale Arbeitsmarktpolitik aus einem Guß gemacht wird. Diese Anträge haben wir bereits im Jahre 1985 im Landtag eingereicht. Hier muß endlich geklotzt und nicht nur gekleckert werden, wie dies bei dem Arbeitsmarktfonds der Staatsregierung geschehen ist. Wenn man sich die Arbeitsmarktbilanz ansieht, stellt man fest, daß es in Nürnberg auch an Innovationen fehlt. Die geplanten Maßnahmen der High-Tech-Offensive reichen nicht aus. Zwischen dem Regionalteil und dem Teil für die internationalen Kompetenzzentren besteht ein Gefälle. Man braucht sich nur einmal anzusehen, wieviel Mittel aus den Privatisierungserlösen für die Region Mittelfranken

zur Verfügung gestellt wurden. In Nürnberg heißt es immer wieder, daß Gewerbeflächen fehlten. Wer hat eigentlich den gemeinsamen Gewerbepark verhindert? Das war die CSU-Stadtratsfraktion in Fürth. Eine unzureichende regionale Kooperation ist immer ein Problem. Diese Kooperation ist erst in der letzten Zeit besser geworden.

Auch das Image der Stadt Nürnberg ist ein Standortproblem. In den letzten Tagen habe ich mir einmal die An siedelungswerbung der Bayerischen Staatsregierung im Internet angesehen, die den Titel „Invest in Bavaria“ trägt. Diese Seite ist eine einzige Lobhudelei für die Staatsregierung. Der Standort Bayern wird global gelobt. Die bayerischen Regionen kommen in dieser Standortwerbung überhaupt nicht vor. Dies ist ein Versäumnis der Standortwerbung der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Investitionen für die Infrastruktur und für die Unternehmen: Das 70-Millionen-DM-Programm für die drei Industriestandorte, das vor ein paar Jahren aufgelegt worden ist, hat nicht entsprechend gegriffen. Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, Sie haben auch Herrn Kollegen Dr. Söder – ohne seinen Namen zu nennen – vor zu starken Tönen und Boykottaufrufen gegenüber den Firmen gewarnt. Ein gewisser Druck wäre jedoch nicht verkehrt. Ich halte es für skandalös, wenn die Bayerische Landesbank einerseits den Kirch-Konzern mit einer Bürgschaft von 1,56 Milliarden DM rettet, andererseits Herr Kirch seine Decoder bei Nokia und nicht bei Grundig bauen läßt. Hier könnte die Politik Einfluß nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt auch für die Anschaffungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Bayern ist das größte Flächenland. Dies wirkt sich auch auf den öffentlichen Personennahverkehr aus. Meine Damen und Herren, die „Süddeutsche Zeitung“ hat vor zwei Jahren, bezogen auf Nürnberg, geschrieben: „Warten auf das Wunder der zweiten Renaissance“. Es hilft nichts, auf Wunder zu warten. Die Bayerische Staatsregierung sollte endlich energisch handeln.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Sackmann.

Sackmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Kaiser, wir kommen zwar beide nicht aus der Region Nürnberg. Dennoch haben Sie soeben dargestellt, daß die Region Nürnberg bei der High-Tech-Offensive schlecht weggekommen sei. Das ist ein Treppenwitz der Geschichte. Herr Kollege Dinglreiter hat zu Recht darauf hingewiesen, die Region Nürnberg hat eine Menge an Initiativen erfahren. Ich nenne beispielhaft die „Offensive Zukunft Bayern“, „Bayern Innovativ“, die Messeerweiterung, die Universität und das Universitätsklinikum. Auch im Rahmen der High-Tech-Offensive werden z. B. Gründerzentren errichtet und die Medizintechnik ausgebaut. Die

Staatsregierung hat gehandelt und frühzeitig reagiert. Dafür sind wir dankbar.

Herr Kollege Dr. Kaiser, die Staatsregierung hat dafür gesorgt, daß der Brennpunkt „Südstadt“ als Ziel-2-Gebiet in die Förderung aufgenommen wurde. Das war ein Riesenerfolg. Daß das Fördergefälle zwischen den neuen Bundesländern, wo kleine und mittlere Unternehmen zu 50% gefördert werden können, und der Region Nürnberg, wo diese Unternehmen nur zwischen 7% und 15% an Fördermitteln erhalten können, problematisch ist, ist bekannt. Die Bundesregierung muß dafür sorgen, daß diese Förderung innerhalb der Europäischen Union vergleichbar gestaltet wird.

Deswegen möchte ich drei Punkte herausstellen und bitte Sie, von der SPD, an deren Umsetzung mitzuwirken.

Punkt eins. Das Beispiel Nürnberg mit dem dort für das Jahr 2000 zu erwartenden Verlust von Arbeitsplätzen zeigt, daß wir den Zentralismusbestrebungen aus Brüssel gemeinsam Einhalt gebieten müssen. Der Freistaat Bayern muß weiterhin Strukturförderung und Regionalförderung in eigener Regie betreiben können. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Erweiterung der Struktur- und Regionalförderung, und nicht etwa deren Reduzierung.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt, bei dem ich Sie um Ihre Unterstützung bitte, betrifft die Osterweiterung. Ich nenne folgende Stichworte: Neue Bundesländer, Europäische Union, Ziel-1-Gebiet, möglicher EU-Beitritt Tschechiens. Wir müssen stets darauf bedacht sein, daß sowohl unser ehemaliges Grenzland als auch der Nürnberger Raum nicht in den Windschatten der Osterweiterung der EU gelangen.

Drittens dürfen bei der Osterweiterung nicht die bestehenden Kriterien erweitert bzw. verwässert und damit verschlechtert werden. Für uns alle muß gelten, daß die Qualität vor der Zeit kommt. Deshalb sollten nur diejenigen Länder in die EU aufgenommen werden, die einen wirklich vergleichbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standard aufweisen.

Wenn wir die drei vorgenannten Punkte entschlossen umsetzen, können wir auch künftig regional und strukturell eingreifen. Besonders herzlich bitte ich deshalb die Kolleginnen und Kollegen der SPD, bei der Bundesregierung in diesem Sinne vorstellig zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Jung das Wort.

Dr. Jung (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Sackmann, ich will gleich an Ihre Ausführungen anknüpfen. Sie haben eingangs die Aufnahme von Nürnberg und Fürth in die Förderung der Ziel-2-Gebiete als großen Erfolg bezeichnet.

Als Kollege Scholz und ich im Jahre 1994 erstmals einen entsprechenden Antrag mit dem Ziel eingebracht haben, sich angesichts der schon damals erkennbaren Probleme um eine Aufnahme Nürnbergs und Fürths in die Ziel-2-Gebiete zu bemühen, reagierten Sie darauf noch mit Hohngelächter und Ablehnung. Ich freue mich aber, daß Sie unser Anliegen heute teilen.

Gleichzeitig muß ich Ihnen jedoch auch sagen, daß Nürnberg und Fürth faktisch kein Geld mehr haben. Wenn Sie bei der Kofinanzierung hinsichtlich der hohen Anteile, die für Projekte aufzubringen sind, nicht nachbessern, wird auch die Ziel-2-Förderung wenig helfen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sprechen heute über die High-Tech-Offensive; vor Jahren sprachen wir über die „Offensive Neuer Adler“. Ich will durchaus anerkennen, Herr Minister Wiesheu, daß inzwischen sehr viel auch mit Erfolgskontrollen und Plausibilitätskontrollen unternommen wird. Ich will auch nicht beklagen, daß jahrelang zu wenig getan wurde. Jetzt rächt sich aber, daß Sie ganze Industrie- und Kompetenzbereiche in unserer Region Nürnberg/Fürth einfach ignoriert und Ihnen keine Zukunftsperspektive gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hilft auch nichts, mit der Gießkanne über das Land zu ziehen. Die Bereitstellung von 50 Millionen DM für jede Region ist nur formal gerecht. An sich bräuchten nämlich diejenigen Regionen mit besonderen Schwierigkeiten und besonders hoher Arbeitslosigkeit mehr Mittel als die anderen Regionen. Dies fordere ich für Mittelfranken ein. Wenn wir Sie jedoch bitten, aus der letzten Tranche der Privatisierungserlöse in Höhe von 2,2 Milliarden DM noch einmal 50 Millionen DM zusätzlich für großartige Projekte des Regionalbereichs in Mittelfranken bereitzustellen, verschließen Sie sich diesem Wunsch. Hier sind nicht nur Worte, sondern Taten in Gestalt der Bereitstellung von 50 Millionen DM für die Ihnen vorliegenden Regionalprojekte gefordert.

Der „Weltökonom“ Dr. Söder hat heute zu erkennen gegeben, nicht in die Niederungen der Stadtratsarbeit und der Diskussionen der Stadträte von Nürnberg und Fürth hinabsteigen zu wollen. Ich verstehe das, weil es ihm unangenehm sein kann. Das ursprünglich idealisierte Großprojekt eines gemeinsamen Gewerbeparks wurde nämlich binnen dreier Jahre an die Wand gefahren. Die von Minister Wiesheu stets angebotenen Gelder für Gewerbeparks wurden bis heute nicht abgerufen. Auch die Fehlleistungen der Rathäuser von Nürnberg, Fürth und Erlangen sollten in diesem Zusammenhang einmal thematisiert und diskutiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Aufgabe im Bayerischen Landtag besteht nämlich auch darin, die Verantwortlichen in der Region zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Region Nürnberg/Fürth/Erlangen kann nur mit gemeinsamen Anstrengungen wieder vorangebracht werden. Voraussetzung ist dafür aber das Zusammenwirken aller Beteiligten. Unser Angebot dazu steht. Ich hoffe, daß es nicht bei Worten bleibt, sondern endlich die Taten folgen, auf die wir in Mittelfranken warten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Fischer.

Fischer (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Viele sind gefordert, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen geht. Dies hat sicherlich auch der Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg gemeint, als er in der Presse ausführte: „Die Stadt setzt in der Krise von Nürnbergs Metallbranche auf die schon oftmals erprobte Kooperation von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.“ Ich denke aber, Herr Dr. Kaiser, Sie hat er damit nicht gemeint. Ihre Ausführungen waren nämlich für einen gemeinsamen Appell in dieser Aktuellen Stunde nicht hilfreich, und zudem inhaltlich falsch.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle nicht nur namens der Sozialpolitiker meiner Fraktion, sondern für die gesamte CSU-Fraktion fest, daß wir solidarisch auf der Seite der Arbeitnehmer stehen, an den Konzern appellieren und uns hinter die Bemühungen unseres Wirtschaftsministers stellen.

Bei fragwürdigen Konzernentscheidungen wird immer wieder von der Machtlosigkeit der Länder und staatlichen Stellen gesprochen. Dies vor allem dann, wenn Arbeitsplätze bedroht sind. Frau Kollegin Schmidt fordert dringend ein Eingreifen des Freistaates Bayern. Die Staatsregierung ist in der Vergangenheit jedoch immer wieder von sich aus initiativ geworden; eine Aufforderung durch die SPD ist deshalb überflüssig. Sinnvoller und besser wäre es gewesen, wenn die SPD die Bundesregierung aufgefordert hätte, mehr für den Wirtschaftsstandort Nürnberg zu unternehmen.

(Beifall bei der CSU)

Es darf in dieser Aktuellen Stunde jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, als würde für die Region Nürnberg zu wenig getan. Der Arbeitsamtsbezirk Nürnberg gehört zwar sicherlich zu unseren bayerischen Problemregionen. Die Arbeitslosenquote beträgt etwa 7,5%. Dies ist aber gleichzeitig der niedrigste Oktoberstand seit 1995 mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 6,9%. Mit diesen Zahlen liegt die Region Nürnberg über den Quoten des gesamten Freistaates Bayern.

Im Bundesvergleich sehen die Nürnberger Zahlen noch wesentlich besser aus. Der Begriff „Problemregion Deutschland“ ist deshalb für Nürnberg keineswegs immer angebracht. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg liegt mit 9,5% deutlich über der Entwicklung im übrigen Bayern mit minus 6,7%. Besonders deutlich ist der Rückgang erfreulicherweise bei den arbeitslosen Jugendlichen.

Das hängt meines Erachtens sicherlich auch damit zusammen, daß der Arbeitsamtsbezirk Nürnberg einer der insgesamt 14 Schwerpunktarbeitsamtsbezirke des Arbeitsmarktfonds ist. Für 25 Projekte in der Region Nürnberg werden die meisten Mittel aus dem Arbeitsmarktfonds eingesetzt. Aus Zeitgründen kann ich nicht alle Projekte aufführen. Ich nenne nur die Einrichtung eines Netzwerkes Arbeit als regionale Koordinierungsstelle. Dort arbeiten die Stadt Nürnberg, das Arbeitsamt, die IHK und der DGB zusammen. Ich nenne auch die Dienstleistungszentren im regionalen Ausbildungsverbund Fürth und die Ausbildungsplatzoffensive Nürnberg.

Aus dem Sozialhaushalt sind seit 1997 allein für Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg über 70 Millionen DM eingesetzt worden. High-Tech-Offensive und Privatisierungserlöse kommen noch hinzu. Sie können diese Maßnahmen nicht so leicht wegschieben. Sie waren ganz entscheidend für die positive Entwicklung in Nürnberg. Aus dem, was der Freistaat Bayern für die Region Nürnberg getan und für sie auf den Weg gebracht hat, können die Menschen dort sehen, daß uns der Wirtschaftsstandort Nürnberg und damit auch die Arbeitsplätze an diesem Standort am Herzen liegen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Frau Kollegin Schmitt.

(Unruhe)

Frau Schmitt, Sie haben das Wort. Wer sich meldet, muß sich zur Rede auch bereithalten.

Frau Helga Schmitt (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es lag nicht an mir, daß ich nicht gleich an das Rednerpult kommen konnte. Mir wurde gesagt, ein anderer Kollege würde sprechen, deshalb habe ich mich nicht bereitgehalten.

Nachdem es bei dieser Debatte im wesentlichen um die Region Mittelfranken geht, ist es mir wichtig und ein Bedürfnis, die eine oder andere Bemerkung der Vorredner richtigzustellen. Soeben wurden die Arbeitsmarktzahlen des Arbeitsamtsbezirks Nürnberg genannt. Die sind natürlich besser als die Zahlen aus dem Stadtgebiet Nürnberg alleine, denn das Nürnberger Land und die Stadt Schwabach, die sehr gute Ergebnisse vorzeigen, sind in die Daten des Arbeitsamtsbezirks Nürnberg mit einbezogen. Die Stadt Nürnberg selbst hat zweistellige Arbeitslosenquoten, sie liegen über 10% und werden weiter ansteigen, wenn für die Betriebe der Südstadt keine Lösung gefunden und die Arbeitsplätze dort nicht gehalten werden können.

Nürnberg war lange Zeit Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Region Mittelfranken. Wenn wir nicht in der Lage sind, diese Veränderungen zurückzunehmen, wird Nürnberg nicht mehr dieser Motor sein, und das wird Auswirkungen auf den Großraum Nürnberg, wenn nicht sogar auf ganz Mittelfranken haben.

Auch nach der jetzigen Debatte scheint mir guter Rat teuer zu sein. Einige der Vorredner haben sich nur mit Schuldzuweisungen aufgehalten, letztlich aber haben sie doch gefordert, daß wir gemeinsam handeln müssen. Dieses gemeinsame Handeln möchte ich auch ansprechen. Sie sollten aber auch von dem hohen Roß heruntersteigen, auf dem Sie sitzen, wenn Sie meinen, Lösungen zu wissen. Ich glaube, die Lösungen, die bisher angesprochen wurden, sind fehlgeschlagen; sie waren also nicht richtig. Deshalb ist es an der Zeit, Parteipolitik hintanzustellen und über die Parteigrenzen hinweg Verantwortung wahrzunehmen.

Als in der letzten Woche die Firmenleitung von Adtranz bekanntgegeben hat, daß sie den Firmenstandort Nürnberg schließen will, war ich mit den Kollegen dabei. Dort habe ich auch den Wirtschaftsreferenten der Stadt Nürnberg darauf angesprochen, daß es höchste Zeit wäre, über Parteigrenzen hinweg Lösungen für den Standort Nürnberg zu finden, was bisher nicht getan wurde. Wenn ein Wirtschaftsreferent neu im Amt wäre, könnte man es ihm noch verzeihen, daß er auf Äußerungen blind vertraut, obwohl sie bei der Belegschaft zumindest auf Skepsis stoßen. Er darf nicht darauf vertrauen, daß die Arbeitsplätze sicher sind, wenn seit Monaten bezweifelt wird, daß der Standort Nürnberg für Fahrzeug- und Maschinenbau bei der Firma Adtranz bestehen bleibt.

Gemeinsames Vorgehen ist deswegen notwendig. Unser Antrag enthält einige Punkte, die uns einen Schritt weiterbringen könnten. Hinzu kommt, daß wir auch die Gefahr eines möglichen Grundstücksverkaufs durch die Firma Adtranz erkennen. Deshalb sollten der Landtag und das Wirtschaftsministerium versuchen, daß das Grundstück vom Freistaat Bayern unter Umständen aufgekauft wird, damit Adtranz-Mitarbeiter am Standort Nürnberg weiterarbeiten und weiter produziert werden kann.

Darüber hinaus sollte auch überlegt werden, ob nicht bayernweit – nicht nur in Nürnberg, sondern auch in München – Fahrzeugbestellungen bei Adtranz wenigstens zurückgestellt werden, um auf die Unternehmensleitung einen gewissen Druck auszuüben. Jedenfalls wird in der Schweiz, wo Adtranz auch ihren Standort schließen möchte, so verfahren, wie ich gestern aus der Presse erfahren habe. Ich bitte, alle Möglichkeiten gemeinsam auszuloten, um für den Standort und für die Arbeitsplätze in Nürnberg noch etwas zu erreichen. Wir sollten aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten Schuldzuweisungen vornehmen und dabei die Arbeitsplätze am Standort Nürnberg verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat jetzt Herr Kollege Breitschwert.

Breitschwert (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst eine kurze Bemerkung zum Dringlichkeitsantrag, den die CSU eingebracht hat. Unser Antrag konzentriert sich auf das, was politisch möglich ist. Es macht keinen Sinn, wenn wir bei den Betroffenen einen falschen Eindruck

erwecken, weil wir sie anschließend gar nicht zufriedenstellen können. Dadurch entsteht die sogenannte oft zitierte Politikverdrossenheit, die immer dann eintritt, wenn wir den Leuten zuvor etwas vorgaukeln, obwohl wir selbst schon wissen, daß wir es anschließend nicht realisieren können.

(Beifall bei der CSU) – Dr. Scholz (SPD): Also passiert nichts!)

Lassen Sie mich weitere Bemerkungen machen. Wir dürfen auch nicht den Eindruck erwecken, daß die Politik alles lösen könnte. Wir dürfen uns vor allem nicht Ihrem Irrglauben, meine Damen und Herren von der Opposition, hingeben, daß mit Subventionen alle Probleme gelöst werden könnten. Ob es Ihnen paßt oder nicht, der Markt hat andere Gesetze.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Und was ist dann mit Holzmann?)

Mit den Gesetzen des Marktes müssen wir uns auseinandersetzen. Alles andere wäre den Betroffenen gegenüber nicht redlich.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist auch nicht redlich, wie man mit den Betroffenen umgeht! – Dr. Scholz (SPD): Wo steht denn etwas von Subventionen?)

Ein dritter Punkt. Wir dürfen den Standort Nürnberg nicht schlechtreden. Die öffentliche Meinung über den Standort Nürnberg hat sich in den letzten Jahren zum Positiven geändert. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die jetzt verantwortliche Stadtregierung der Wirtschaft wieder den Stellenwert einräumt, den sie benötigt.

(Dr. Scholz (SPD): Die schütteln doch nur den Kopf!)

Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen setzen. Daran sind Sie aber auch beteiligt. Wenn Sie die Wirtschaft ständig mit Steuer- und Abgabenerhöhungen mehr belasten, wie es die jetzige Bundesregierung tut, brauchen Sie sich nicht darüber zu wundern, daß wir solche negativen wirtschaftlichen Ergebnisse erzielen.

Lassen Sie mich aber auch erklären, weshalb ich einmal mehr von der Mittelstandspolitik überzeugt bin. Gerade die kleineren und mittleren Unternehmen schaffen nicht nur Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, sondern sie erhalten sie auch. In der Mehrzahl kommen sie dabei ohne jegliche Subventionen und ohne Eingriffe der öffentlichen Hand aus und sind dennoch leistungsfähig. Sozial sind nicht jene, die anderer Leute Abgaben und Steuern möglichst großzügig verteilen, sondern sozial sind die, die durch Leistung dazu beitragen, daß es im Ergebnis überhaupt etwas zum Verteilen gibt.

(Dr. Scholz (SPD): Hättest du geschwiegen, wärest du Philosoph geblieben!)

Unternehmen werden im übrigen von den dort Verantwortlichen gegründet und geschlossen. Wir können die Gesetze der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft

nicht außer Kraft setzen. Auch Sie tragen für die jetzige Situation eine politisch nicht unerhebliche Mitverantwortung. Mit der Gefährdung der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt ist auch die S-Bahnstrecke Nürnberg – Forchheim gefährdet, um nur ein Beispiel zu nennen. Geradezu abenteuerlich ist es aber, was Sie zu den Vergabeverfahren gesagt haben. Wir haben eine Vergaberichtlinie, nach der das wirtschaftlichste Angebot angenommen werden muß. Wir können die Aufträge doch nicht dorthin vergeben, wo es gerade nötig ist. Dadurch würden andere Standorte akut benachteiligt.

Angesprochen wurden auch die Gewerbeflächen in Nürnberg. Wir hatten Nürnberg mit dem Wirtschaftsausschuß besucht und festgestellt, daß es in Nürnberg neuerdings eine sehr übersichtliche Darstellung der angebotenen Gewerbeflächen gibt. Als Nachbar aus dem westmittelfränkischen Raum kann ich feststellen, daß wir früher manchen Betrieb, der sich in Nürnberg nicht richtig behandelt fühlte, aufnehmen konnten.

Dies ist jetzt seltener geworden, weil vor Ort wieder eine ordentliche Wirtschaftspolitik gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Vertrauen in das, was der Wirtschaftsminister vorhin ausgeführt hat, daß wir gemeinsam mit der Nürnberger Stadt-Regierung die Kommunal-, Landes- und Bundespolitik beeinflussen können. Sorgen Sie dafür, daß auch die Bundespolitik positiv auf die Entwicklung in Nürnberg Einfluß nimmt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Stahl das Wort.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Eine verblüffende Rede, Herr Kollege Breitschwert. Herr Söder würde Ihnen sagen: Wir sind nicht im Bundestag. Ich maße mir aber nicht an, Herrn Söder zu karikieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Thema zurück. Da ging es nicht um Abgaben und Steuern, sondern um einen Industriestandort. Herr Dr. Wiesheu und die GRÜNEN sind sich in einem einig: Der Industriestandort Nürnberg und die Industrieregion Mittelfranken leiden sehr stark unter ihrer Monostruktur. Deshalb ist es in der Vergangenheit durchaus sinnvoll gewesen, und deswegen konterkarieren Sie mit Ihrem Beitrag, Herr Breitschwert, eigentlich die Bemühungen der Staatsregierung und Ihres Kollegen, Herrn Wiesheu, Privatisierungserlöse einzusetzen, um diese Monostrukturen aufzubrechen. Da waren wir d'accord. Dies heißt: In Forschung, Entwicklung und Dienstleistung muß dringend investiert werden, um die reinen Produktionsstädte etwas anders zu gestalten. Darüber sind wir uns im klaren.

Die Frage ist aber: In welche Projekte investieren wir vor Ort? Eine weitere Frage lautet: Wenn in Projekte Geld

gesteckt wird, werden unter Umständen Mitnahmeeffekte gefördert, die gar nicht nötig wären; könnte man das Geld also nicht lieber für andere Dinge verwenden? Ich nenne hier die Call-Center. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese eigentlich der Unterstützung nicht bedürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Begriff „ferngesteuert“ bezog sich darauf, daß vor Ort das eigene Management anscheinend nicht wußte, welche Pläne das Management ganz oben hatte. Insofern nehme ich für mich schon die Freiheit in Anspruch, von ferngesteuert zu sprechen. Ich betone gleichzeitig, daß wir durchaus froh sind, daß ausländische Unternehmen auch in den Industriestandort Nürnberg investieren – das ist gar keine Frage. Ich wäre aber ein bißchen glücklicher, wenn die Unternehmensleitung vor Ort wüßte, was eigentlich die Unternehmensleitung auf hoher Ebene bezweckt; denn sonst kann ich mir nämlich jeglichen Austausch vor Ort sparen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem hat Herr Dr. Wiesheu in seiner Rede den Widerspruch nicht ganz aufklären können, wieso einerseits Aufträge vorhanden sind – ich verweise auf die Information bezüglich des Wagenkastenbaus für die Expo 2000 –, andererseits die Auslastung aber lediglich 40% beträgt. Wahrscheinlich ist weder Ihnen noch mir klar, wo die Fehler in der Unternehmensleitung liegen, die zu einem solchen Mißmanagement geführt haben. Wir sind immer noch der Meinung – dies hat auch die heutige Kabinettsitzung dargelegt –, daß die öffentliche Hand zusätzlich Nachfrage schaffen muß, um eine höhere Auslastung zu erreichen. So verstehe ich auch das Papier, das ich heute aus der Kabinettsitzung heraus in die Hand bekommen habe. An dieser Stelle muß ich feststellen, daß Herrn Dr. Söder vernetztes und abstraktes Denken in diesem Fall völlig fremd ist; denn sonst hätte er verstanden, daß sowohl die Nachfrage und die Unterstützung von Landesseite als auch die Nachfrage von kommunaler Seite notwendig sind, um die Auftragsbücher entsprechend zu polstern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu muß ich sagen, daß der mittelfristige Investitionsplan der Stadt Nürnberg noch einiges hergibt. Das ist eine Frage der Schwerpunktsetzung. Über den übrigen Kommunalhaushalt hat mein Kollege Thomas Jung schon gesprochen; dazu brauche ich nichts mehr zu sagen; er ist in Fürth und Nürnberg ähnlich problematisch. Der MIP aber gibt einiges her, und die Investitionen, die damit getätigt werden können, kommen nicht nur der Verkehrstechnologie und damit Adtranz zugute, sondern auch den mittelständischen Unternehmen, also den Bauunternehmen, den kleinen Unternehmern usw. Genau deswegen macht man auch einen MIP.

Meine Einschätzung wurde durch den Beitrag von Herrn Söder bestätigt: Er weiß nicht, was High-Tech eigentlich bedeutet. Ich frage Sie: Wissen Sie eigentlich, was sich hinter dem Projekt „Intelligenter Bahnsteig“ verbirgt? Ich glaube, Sie wissen es nicht; denn sonst würden Sie nicht

solch eigenartige Ausführungen dazu machen. Meine Befürchtungen sind dahin gehend bestätigt worden, daß die CSU und auch die Staatsregierung eine andere Definition und Interpretation von High-Tech haben. Ich sage Ihnen ganz klar: Ihre Interpretation von High-Tech wird nicht ausreichen, um die Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als letztem Redner erteile ich Herrn Kollegen Straßer das Wort.

Straßer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist soviel von gemeinsamen Appellen die Rede gewesen. Wenn man dann aber die Ausführungen von Herrn Breitschwert und Herrn Fischer verfolgt hat, hat man wenig von gemeinsamen Appellen erlebt. Herr Fischer, Sie haben von 7% Arbeitslosigkeit gesprochen. Ich habe gedacht: 7%, gut, das geht. Ich frage natürlich nach, Herr Fischer, wie es wirklich ist. Und das schockiert. Von meiner Kollegin Helga Schmitt habe ich gehört, daß in Nürnberg über 10% und in der Innenstadt von Fürth sage und schreibe 20% Arbeitslosigkeit herrscht. Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, wenn jetzt zusätzlich 2000 Menschen ohne Arbeit sind? Dies muß uns kalt den Buckel hinunterlaufen; das können wir nicht einfach so wie Sie hinnehmen.

Herr Breitschwert, Sie treten hier als Verfechter des Mittelstandes auf. Ich glaube, Sie haben die Entwicklung gar nicht verfolgt. Sie sprechen hier vom Vorgaukeln. Wer war es denn, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der im Landtag diskutiert hat, als es um die Fusionen bei MBB und einigen anderen ging? Wer hat denn den Fusionen immer wieder das Wort geredet?

Sie waren es doch, die immer wieder größere Fusionen wollten. Jetzt wundern wir uns, wenn das eine oder andere nicht mehr stimmt. Wir waren es doch, die auf die Probleme hingewiesen haben, gerade was den Mittelstand betrifft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Wirtschaftsminister, wir haben von der großen Zahl 2000 im Nürnberger Raum gehört. Ich bin Vertreter des Landkreises Donau-Ries. Ich glaube, es gibt über Nürnberg hinaus ebenfalls Probleme mit der Firma Adtranz. In Donauwörth sind hochqualifizierte Arbeitsplätze betroffen. Das kann nicht spurlos an uns vorübergehen, und zwar deshalb nicht, weil man damals bei den Fusionen den Menschen versprochen hat, daß diese hochqualifizierten Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich mache nur eine Randbemerkung, Herr Wirtschaftsminister: Wir sind nicht nur in Donauwörth von den Problemen in Nürnberg betroffen gewesen; wir haben vor kurzem etwas anderes bei der Druckerei Wagner und bei Triumph in Nördlingen mit 200 Arbeitsplätzen erlebt. So kann eine Region sehr schnell von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Dies soll man bedenken, wenn es um Strukturprobleme einer größeren Region geht. Sie ziehen kleinere Regionen mit, die auch Anspruch auf Erhalt der Arbeitsplätze haben.

Herr Sackmann hat auf Europa hingewiesen. Die Äußerungen über den Zentralismus waren interessant. Lieber

Herr Sackmann, die CSU muß sich einmal orientieren, was sie überhaupt will. Ich habe heute in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ einen Bericht des CSU-Europaabgeordneten Markus Ferber gelesen, der auf dieses Problem hinweist, aber anders als Sie. Das müssen Sie in Ihrer Fraktion oder Ihrer Partei einmal regeln. Wenn Markus Ferber erklärt, daß nicht mehr das Europäische Parlament oder Europa Politik macht, sondern die Landesregierungen als ausführende Organe, dann müssen Sie schon wissen, ob die Landesregierung – das ist die CSU-Regierung – vielleicht versagt hat. Ich zitiere die „Augsburger Allgemeine Zeitung“:

Ferber mahnte, sich rechtzeitig in europäische Entscheidungsprozesse einzumischen. Bis Regelungen vor Ort ankommen, seien sie bei den Europapolitikern schon längst abgehakt.

Sie müssen sich fragen, ob Sie sich als CSU und Staatsregierung rechtzeitig in diesen Zentralismus, den Sie beklagt haben, eingeschaltet haben.

Mit einseitigen Schuldzuweisungen gibt es keine Lösungen. Sie passen auch nicht zu den gemeinsamen Appellen, von denen Sie immer sprechen. Es geht um Arbeitsplätze, und hier sind wir gefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt immer wieder Gegenargumente; man kann immer auch auf andere Konzepte verweisen. Ein Hinweis auf die Bundesregierung paßt aber nicht. Lieber Herr Dingreiter, Sie wissen genau, daß es auch andere Strecken gibt, für die man Fahrzeuge beschaffen kann. Sie waren dabei, als vor kurzem von der Deutschen Bahn AG die gesamte Problematik erläutert wurde. Wir brauchen uns also nicht gegenseitige Schuldzuweisungen zu machen.

Unser Anliegen ist es, daß die Regionen bei der Arbeitsmarktpolitik entsprechend berücksichtigt werden, weil, wie es im Landkreis Donau-Ries der Fall ist, auch dort hochqualifizierte Arbeitsplätze erhalten werden müssen, wir aber Gefahr laufen, in den Sog der großen Unternehmen zu geraten und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen wie Donauwörth und Nördlingen zu verlieren. Das ist unsere Bitte aus der Region, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Vielen Dank Herr Kollege Straßer. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Die in die Beratung einbezogenen Anträge werden im Einvernehmen mit den Fraktionen dem Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Technologie überwiesen. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2 a

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes und der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Drucksache. 14/1968)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird seitens der Staatsregierung begründet. Dazu erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf das Wort.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bedanke mich herzlich für die Möglichkeit, den vorliegenden Gesetzentwurf im Landtag erläutern zu können. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 2. Februar 1999 beschlossen, besonders wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte, die für Bayern und seine Weiterentwicklung von entscheidender Bedeutung sind, als Ziele der Raumordnung im Landesentwicklungsprogramm zu verankern. Damit soll auch einem eventuellen Ausstieg der Bundesregierung aus diesen Projekten von seiten Bayerns alles entgegengesetzt werden, was planungsrechtlich möglich ist, um die Interessen des Landes zu wahren.

In seiner Sitzung am 2. März 1999 hat der Ministerrat den vorgelegten Fortschreibungsentwurf gebilligt. Das notwendige Beteiligungsverfahren wurde von März bis Juli dieses Jahres durchgeführt. Für die zusätzlich aufgenommene Schienenverbindung München – Augsburg – Ulm erfolgte ein ergänzendes Beteiligungsverfahren von August bis Oktober.

In Ergänzung der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms wurde ein Gesetzentwurf vorbereitet, der neben redaktionellen Änderungen des Landesplanungsgesetzes die seit 1. Januar 1998 erweiterte rahmenrechtliche Vorschrift des § 12 des Raumordnungsgesetzes zur Untersagung raumordnungswidriger Planungen und Maßnahmen in Landesrecht umgesetzt. Damit soll insbesondere die im Raumordnungsgesetz eröffnete Möglichkeit einer unbefristeten Untersagung raumordnungswidriger Planungen und Maßnahmen eingeführt werden. Beide Änderungen wurden wegen des engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhangs in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt.

Mit der geplanten Änderung des Landesentwicklungsprogramms wird erstmals eine Teilfortschreibung zu projektbezogenen Zielen in Bayern durchgeführt. Solche projektbezogenen Ziele können in das Landesentwicklungsprogramm aufgenommen werden, wenn sie Planungen oder Maßnahmen betreffen, die für das gesamte Staatsgebiet oder größere Teile davon raumbedeutsam sind. Dies trifft gerade bei den von uns ausgewählten Bundesverkehrsprojekten zu. Denn ohne deren Verwirklichung würde die Entwicklung Bayerns, das Zusammenwachsen mit den neuen Ländern und damit letzten Endes der innereuropäische Verkehr gefährdet – oder auf lange Sicht zumindest in seiner Entwicklung behindert.

Da zum notwendigen Ausbau des bayerischen Schienennetzes differenzierte Aussagen im geltenden Landesentwicklungsprogramm enthalten sind, reicht es aus, die besondere Dringlichkeit des einzigen bayerischen Schienenverkehrsprojekts Deutsche Einheit, die Ausbau- bzw. Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt sowie den Ausbau der Strecke München – Augsburg – Ulm in die Teilfortschreibung aufzunehmen. Diese Strecken sind Teile von transeuropäischen Magistralen, die Bayern in alle vier Himmelsrichtungen mit den deutschen Nachbarländern und mit seinen Partnern im europäischen Ausland verbindet. Damit beide Strecken ihre volle Wirkung entfalten können, ist ein zeitnaher leistungsfähiger Neu- bzw. Ausbau unverzichtbar. Die Schiene wird aber selbst bei einem verstärkten Netz- und Kapazitätsausbau nur Teile des Verkehrszuwachses im Personen- und Güterverkehr bewältigen können. Deshalb kommt dem Ausbau des Fernstraßennetzes nach wie vor große und wachsende Bedeutung zu. Bundesweit werden im Personenverkehr rund 90% aller Verkehrsleistungen auf der Straße erbracht, beim Güterverkehr sind es rund zwei Drittel.

In der jetzt vorgelegten Fassung des Landesentwicklungsprogramms sind projektbezogene Zielsetzungen zu den Fernstraßen festgelegt, soweit es sich um Maßnahmen mit besonderer Priorität handelt. Vorrang genießen die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit: der sechsstreifige Ausbau der A 9 Nürnberg – Hof, der Bau der A 71 Schweinfurt – Suhl – Erfurt und der A 73 Lichtenfels – Suhl. Von herausragender Bedeutung sind auch die noch erforderlichen Lückenschlüsse im bestehenden Autobahnnetz. Für sie müssen Planung und Bau zügig weitergeführt werden. Ich nenne beispielhaft die A 6 Amberg – Waidhaus, die A 94 München – Simbach – Pocking und die A 99, den Autobahnring München.

Die zentrale Lage Bayerns in Europa bringt es mit sich, daß mehrere europäische Transversalen durch unser Land führen. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit müssen Strecken wie beispielsweise die A 3 Nürnberg – Würzburg – Aschaffenburg vorrangig sechsstreifig ausgebaut werden. Auch zweibahnige Bundesstraßen könnten erheblich dazu beitragen, das Verkehrsaufkommen in Bayern zu bewältigen. Deshalb sind die wichtigsten Strecken wie die B 15 neu Regensburg – Rosenheim, insbesondere im Abschnitt Regensburg, A 94, oder auch die B 173 Lichtenfels – Kronach rasch zu verwirklichen. Die Festlegung projektbezogener Ziele der Raumordnung im Landesentwicklungsprogramm dient der planerischen Verfestigung der genannten Verkehrsinfrastrukturprojekte. Sie richtet sich gegen eine Streichung der Vorhaben im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Für die Aufnahme in das Landesentwicklungsprogramm spricht vor allem die bundesgesetzliche Regelung. Das Raumordnungsgesetz wurde 1998 neu gefaßt. Danach ist es möglich, Ziele der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einer Beachtungspflicht aller öffentlichen Stellen zu unterwerfen. Diese Pflicht zur Beachtung der Ziele gilt auch für die Behörden des Bundes – und damit auch für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bei der

anstehenden Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans.

Ziele der Raumordnung lösen nach dem Raumordnungsgesetz eine strikte Pflicht zur Beachtung aus, die auch durch planerische Abwägung nicht überwunden werden kann. Das ist für Bayern das Mittel der Wahl, seine planerischen Vorstellungen auch seitens der Planungen des Bundes einer Beachtungspflicht zu unterwerfen.

Ein etwaiger Widerspruch des Bundes nach § 5 des Raumordnungsgesetzes ließe diese Bindungswirkung nur unter bestimmten materiellen Voraussetzungen fallen, nämlich nach § 5 Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes im Falle von fehlerhafter Abwägung bei der Ziel aufstellung oder bei fehlender Vereinbarkeit des Ziels mit der Zweckbestimmung des Bundesvorhabens. Diese Voraussetzungen liegen hier allerdings nicht vor, und zwar allein schon deshalb nicht, weil alle Vorhaben, auf die sich die Ziele beziehen, im derzeit gültigen Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 1992 sowie den Bedarfsplänen zu den Ausbaugesetzen enthalten sind.

Bereits im jetzigen Stadium, seit der erstmaligen Billigung durch den Ministerrat bis zum Inkrafttreten der Änderung, handelt es sich um in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung. Das hat Konsequenzen. Zum einen sind in Aufstellung befindliche Ziele als sogenannte sonstige Erfordernisse der Raumordnung von öffentlichen Stellen in der Abwägung oder bei Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Zum anderen kann das Landesentwicklungsministerium als oberste Landesplanungsbehörde im Einvernehmen mit den anderen Ministerien zur Sicherung dieser Ziele eine befristete Untersagung raumordnungswidriger Planungen und Maßnahmen aussprechen.

Nach Inkrafttreten sind die Ziele auch von den Behörden des Bundes strikt zu beachten. § 12 des Raumordnungsgesetzes eröffnet nunmehr rahmenrechtlich die Möglichkeit – und das ist eben neu –, raumordnungswidrige Planungen und Maßnahmen ab diesem Zeitpunkt unbefristet zu untersagen.

Die Neufassung des Artikels 24 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes führt in sinnvoller Ergänzung zur LEP-Fortschreibung die Möglichkeit einer unbefristeten Untersagung bereits jetzt in Landesrecht ein, um das raumordnerische Instrumentarium zur Sicherung und Durchsetzung von Zielen umfassend nutzen zu können. Die Teilfortschreibung und die damit verknüpfte Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes erfolgen damit nicht grundlos.

Zum einen sprechen aus den fachlichen Notwendigkeiten heraus neben wirtschaftlichen und verkehrlichen Erfordernissen auch umwelt- und landesentwicklungspolitische Gründe für den Ausbau der Verkehrswege. Dies dient der Umwelt, indem wachsende Verkehrsmengen flüssig bewältigt werden können, es dient der Landesentwicklung, indem ein Beitrag zu gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen geleistet wird.

Zum anderen ist die Teilfortschreibung auch angesichts der gegenwärtigen politischen Situation geboten. Und ich denke, daß auch Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, dieser Vorgehensweise Ihre Zustimmung nicht werden verweigern können, denn wenn ich den Kampf zum Beispiel des Münchner Oberbürgermeisters für die Umfahrung Münchens über die A 99 sehe, dann stelle ich mir die Frage: Wie will die Opposition im Landtag gegen die landesplanungsrechtliche Festschreibung der Umfahrung Münchens über die A 99 sein, wenn der eigene Oberbürgermeister dafür kämpft?

(Zuruf von der CSU: Er kämpft leider vergeblich!)

– Er kämpft vergeblich.

Wir wollen unsere landesplanungsrechtlichen Ziele auch mit den uns gegebenen Möglichkeiten festschreiben. Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, für die Entwicklung der Infrastruktur Bayerns die Weichen mit stellen wollen, dann dürfen Sie diesem Vorschlag der Staatsregierung Ihre Zustimmung nicht verweigern; denn letzten Endes ist das auch eine Nagelprobe dafür, was die Oppositionsparteien im Bayerischen Landtag für die Entwicklung der Infrastruktur Bayerns für notwendig halten.

Es zeichnet sich eine doppelte Gefahr ab. Die Koalition könnte versucht sein, dem politisch gänzlich anders ausgerichteten Freistaat, wie es schon einmal hieß, Steine statt Brot zu geben, indem wichtige Verkehrsprojekte auf Eis gelegt oder sogar aufgehoben werden. Und im Binnenverhältnis wiederum könnte die SPD den auf anderen Gebieten gebeutelten grünen Koalitionspartner im Verkehrswegebau ein vermeintlich ökologisches Sonderopfer bringen wollen. Hier haben wir in den letzten Wochen und Monaten schon vieles erlebt.

Der Bundesverkehrswegeplan wird derzeit entsprechend der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überarbeitet. In dieser Legislaturperiode werden die Grundlagen für den Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplanes geschaffen. Bis zu seiner Erstellung werden alle laufenden Vorhaben bei Straße, Schiene und Wasserstraße in einem Investitionsprogramm 1999 bis 2002 zusammengefaßt. Im Rahmen der Fortschreibung können auch Vorhaben, die bayernweit von herausragender Bedeutung sind, in Frage gestellt werden.

Gegen eine solche Entwicklung, die für Bayern abträglich wäre, wollen wir mit dem vorliegenden Entwurf der Fortschreibung des LEP die notwendigen Pflöcke einschlagen, um für Bayern wichtige Projekte vor dem roten Zugriff zu sichern.

Der Ministerrat hat unter anderem in dem Entwurf auch beschlossen, das LEP-Ziel zum Standortsicherungsplan für Wärmekraftwerke so zu ändern, daß dieser fortzuschreiben ist mit der Maßgabe, daß auf die Sicherung neuer Standorte verzichtet wird.

(Frau Biedefeld (SPD): Endlich! Das sind alte SPD-Forderungen!)

Im Senatsgutachten vom 7. Oktober 1999 hat sich der Senat mit dem vorliegenden Gesetzentwurf abschließend befaßt. Seine gutachtliche Stellungnahme enthält volle Zustimmung. Die dort vorgeschlagene Ergänzung der Teilfortschreibung um eine Ost-West-Straßenverbindung von Bayreuth über Kernath und Erbdorf zur A 93 konnte allerdings nicht berücksichtigt werden. Die entsprechenden Voraussetzungen sind nicht erfüllt, denn diese Verbindung ist derzeit nicht im vordringlichen Bedarf des Bedarfsplanes für Bundesfernstraßen enthalten, stellt keine zweibahnige Bundesfernstraße dar und ist auch nicht für das gesamte Staatsgebiet raumbedeutsam.

Insofern, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf; denn wir wollen damit an der Nahtstelle vom 20. zum 21. Jahrhundert die für Bayern wichtigen Verkehrsprojekte planungsrechtlich sichern. Es gibt keinen Grund, von dem neu in das Raumordnungsgesetz aufgenommenen Instrumentarium, daß wir Ziele ausweisen und gegenteilige Vorstellungen mit dem Mittel der Unter-sagung bekämpfen, keinen Gebrauch zu machen.

Lassen Sie uns selbstbewußt unsere Vorstellungen, unsere Ziele des Landes in eine Fortschreibung des Landesplanungsrechts aufnehmen, um deutlich zu machen, was wir in Bayern für die weitere Entwicklung Bayerns für notwendig halten.

Ich bin jetzt schon auf die Debatten in den kommenden Sitzungen gespannt, auf die Haltung auch und gerade der Opposition zu Fragen bezüglich der A 99 und der A 73. Wer die Interessen Bayerns, wer die Interessen der künftigen Entwicklung des Landes vor Augen hat, kann sich dieser Fortschreibung nicht verweigern. – Herzlichen Dank.

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt fünf Minuten. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Biedefeld das Wort.

Frau Biedefeld (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte die Sonderfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms, über die wir heute reden, längst beschlossen sein sollen. Sie persönlich, Herr Umweltminister, haben im Februar vollmundig landauf, landab über die Presse verkünden lassen, die Sonderfortschreibung solle noch vor dem Sommer erfolgen. Herr Minister Schnappauf meint damit nicht den Sommer 2000; denn im Sommer 2000 soll dann ja schon die Gesamtsfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms beraten werden.

Wir haben damals schon gesagt, daß diese Zeitplanung völlig utopisch ist; denn schon die dafür notwendigen Anhörungen und Fristen machten den Zeitplan völlig unrealistisch. Das wußten auch Sie, Herr Minister, das wußte auch die Staatsregierung.

Wir hatten vorgeschlagen, beides, also die Sonderfortschreibung und die Fortschreibung des LEP, in einem

Aufwasch zu erledigen. Aber das paßte Ihnen nicht in Ihr PR-Konzept.

Das führte dazu, daß sich alle Kommunen in Bayern, alle kommunalen Verwaltungen auf allen Ebenen, alle kommunalen Parlamente mit dieser Sonderfortschreibung beschäftigen mußten. Ich selbst als Kommunalpolitikerin habe dies mitgemacht. Ein gigantischer, wirklich gigantischer Aufwand, verursacht von einer Staatsregierung, die in ihren Schaufensterreden ständig die Verwaltungsvereinfachung predigt.

(Beifall bei der SPD)

Und warum wurde das so gemacht? Es wurde so gemacht, weil sich die Staatsregierung hiervon eine Profilierungsmöglichkeit in ihrer Oppositionsrolle gegen die Bundesregierung versprach. Zu nichts anderem sollte diese Sonderfortschreibung dienen. Aber das ist Gott sei Dank gründlich schiefgegangen und wird weiterhin schiefgehen. Sie haben die bayerische Landesplanung mißbraucht und diskreditiert. Das ist etwas, was mich persönlich ganz besonders ärgert.

Wenn Sie von der Entwicklung Bayerns reden, dann muß ich sagen: Ich meine, daß eine fachübergreifende querschnittsorientierte Planung vom Ansatz her der richtige Weg für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung Bayerns ist. Das Landesentwicklungsprogramm ist kein Instrument, aber wirklich kein Instrument parteipolitischer Interessen der CSU. Sie hat der mittel- und langfristigen Entwicklung des Freistaats zu dienen. Ich fordere daher dringend dazu auf, bei den Beratungen zur regulären Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zu dieser Grundhaltung zurückzufinden, sonst riskiert die bayerische Landesentwicklungspolitik den Verlust jeder Glaubwürdigkeit. Das LEP lebt – da erzähle ich ja nichts Neues – von der Überzeugungskraft, die es entfaltet, und damit von seiner Glaubwürdigkeit.

Es gibt auch etwas Erfreuliches in dieser Sonderfortschreibung. Der Herr Minister hat es selbst angeschnitten. Ich begrüße die Bayerische Staatsregierung an der Eingangstür zum Club der energiepolitischen Vernunft. Das kann ich hier feststellen. Endlich, aber auch endlich ist der entscheidende erste Schritt zur Streichung der neuen Standorte für Atomkraftwerke auf dem Standortsicherungsplan für Wärmekraftwerke getan.

Es gibt somit keine planungsrechtliche Handhabe mehr, um Standorte für neue Atomkraftwerke der kommunalen Planungshoheit zu entziehen. Die Staatsregierung möchte das jetzt gern herunterspielen und schon gar nicht als Signal zu einer richtigen Energiepolitik verstanden wissen.

(Hofmann (CSU): Träumen Sie weiter!)

Es scheint, daß Sie plötzlich der Mut verlassen hat und es nur noch darum geht, ein Wahlversprechen, das der Ministerpräsident leichtfertig gemacht hat, einzuhalten. Das soll uns recht sein. Wir haben einen sehr langen Weg hinter uns. Die SPD fordert seit vielen Jahren die Streichung dieses Standortsicherungsplans. Wir haben diese Streichung immer wieder angemahnt, eingefordert

und entsprechende Anträge gestellt. Lange hat sich nichts getan. Die CSU braucht nun einmal einige Zeit, bis die Erleuchtung kommt.

(Beifall bei der SPD)

In der Hauptsache geht es der Staatsregierung darum, die Bundesregierung bei bestimmten Verkehrsprojekten des Bundes unter Druck zu setzen. So wurde es zumindest nach außen dargestellt. Darauf war die gesamte Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums ausgerichtet. Wir haben es auch soeben vom Herrn Minister gehört.

Ich will zu diesen Verkehrsprojekten in Anbetracht der Zeit nicht viel sagen. Eines muß aber klar sein: Die jetzige Bundesregierung ist nicht gewählt worden, um den verkehrspolitischen Wunschkatalog ihrer Vorgängerin abzuarbeiten. Es ist inzwischen allgemein bekannt, daß die Verkehrswegeplanung der alten Bundesregierung hoffnungslos unterfinanziert war. Es fehlten rund 70 Milliarden DM. Dies muß immer wieder festgestellt werden. Jetzt kommt dieselbe Partei, die dieses finanzielle Desaster zu verantworten hat und verlangt, daß die neue Bundesregierung jetzt die Projekte finanziert, die die alte Regierung damals nicht auf die Reihe bekommen hat.

Besonders interessant ist die rechtliche Seite. Es geht nicht darum, ob wir dieses oder jenes Verkehrsprojekt wollen oder nicht wollen, sondern es geht um die rechtliche Seite und die Konsequenzen, die aus dem folgen, was Sie veranlaßt haben. Künftig müßten demnach auch die Kommunen vorschreiben können, wo Staatsstraßen in Bayern verlaufen. Sie greifen eindeutig in die Fachplanung des Bundes ein. Sie kennen doch das Raumordnungsgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Das wird noch Konsequenzen haben. Ich hoffe nur, daß Sie sich damit nicht durchsetzen können. Insgesamt bleibe ich bei meiner anfänglichen Vermutung: Das ganze Projekt der Sonderfortschreibung des LEP ist unausgegoren, übereilt und sachlich unhaltbar. Es war ein Schuß in den Ofen. Sie von der CSU können das schlecht zugeben. Ich fordere Sie zum Schluß auf: Finden Sie den Weg zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, wenn es um Verkehrsprojekte geht. Lassen Sie uns zu einer ernsthaften Diskussion über das LEP 2000 übergehen, und lassen Sie uns gemeinsam die Streichung des Standortsicherungsplans beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächster Redner hat Herr Kollege Hartenstein das Wort.

Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern demonstriert die Bayerische Staatsregierung ein hohes Maß an Hilfs- und Einfaltlosigkeit. Im Wege der Teilfortschreibung sollen bestimmte projektbezogene Ziele zur planerischen Ver-

festigung in das LEP aufgenommen werden, deren Realisierung nach eigener Auffassung nicht gesichert erscheint, nämlich die Errichtung des Forschungsreaktors München II sowie verschiedene Straßen- und Schienenbauprojekte. Dabei weiß jeder, daß der Bund an bayerische Vorstellungen letztendlich nicht gebunden sein wird.

(Frau Biedefeld (SPD): Er hat Einwendungen erhoben!)

– So ist es.

Kritisiert werden muß ferner auch die Tatsache, daß die Staatsregierung zum Instrument der Sonderfortschreibung des Landesentwicklungsplans greift, anstatt Zeit und Energie in die Vorbereitungen der bereits angekündigten LEP-Gesamtfortschreibung fließen zu lassen.

(Kaul (CSU): Dann warten wir ewig, Herr Hartenstein!)

Mit dieser Verfahrensweise wird deutlich, daß es dem bayerischen Umweltministerium nach wie vor nicht um vernetztes Denken und Handeln geht. Völlig losgelöst von der immer wieder selbst geforderten Nachhaltigkeit künftiger Entwicklungen sollen Einzelprojekte gestützt werden, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Mensch, Tier, Natur und Umwelt stark umstritten sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin beurteile ich die Streichung der sogenannten neuen Standorte für Atomkraftwerke aus dem Standortsicherungsplan anders. Es wird nämlich deutlich, daß dieses Streichen voraussichtlich nicht sehr viel bringen wird. Eine Leistungserhöhung an den alten Standorten – ich erinnere an die aktuellen Bestrebungen in Grundremmingen – bis hin zum Zubau eines weiteren Reaktorblocks wäre selbstverständlich nach wie vor möglich. Mehr haben die Atomkraftwerkbetreiber in den nächsten Jahren sicherlich ohnehin nicht im Sinn. Mit Gas- und Dampfturbinenkraftwerken läßt sich bei deutlich niedrigeren Investitionssummen bereits heute billiger als mit neuen AKWs Strom erzeugen.

In einem liberalisierten Elektrizitätsmarkt ist folglich für Atomkraftwerke an neuen Standorten, also an Standorten ohne bereits vorhandene Infrastruktur, kaum mehr eine Realisierungschance gegeben. Wir begrüßen dies.

(Kaul (CSU): In Deutschland. Deshalb beziehen Sie den Strom aus anderen Ländern!)

– Herr Kaul, wenn Sie an der Sitzung der Enquete-Kommission teilgenommen hätten, dann wüßten Sie, daß selbst von den Vertretern, die derartige Kraftwerke bauen, eindeutig gesagt wird, daß unsere Netzstruktur nicht dazu geeignet ist, größere Strommengen aus Frankreich oder den östlichen Nachbarländern Deutschlands zu beziehen.

(Kaul (CSU): Ich brauche dafür keine Enquete-Kommission. Sie täuschen sich auf der ganzen Linie!)

Herr Kaul, fragen Sie doch einmal die Experten. Sie werden die gleiche Auskunft bekommen.

(Kaul (CSU): Wir reden noch einmal darüber!)

Lassen Sie mich zum Forschungsreaktor in Garching zurückkommen. Herr Staatsminister, es hat mich ein bißchen verblüfft, daß Sie zu diesem Thema kein Wort gesagt haben. Ich sehe soeben, daß Herr Staatsminister Zehetmair ganz nervös wird. Auch er hat sicherlich dieses Thema vermißt. Unsere Position hierzu ist bekannt. Ich möchte den wichtigsten Gesichtspunkt noch einmal in Erinnerung rufen.

Zunächst einmal handelt es sich nicht, wie von der Staatsregierung immer wieder betont wird, um die Erneuerung einer Hochflußneutronenquelle zur Forschung, sondern um eine neue Dimension der Neutronenerzeugung. Wie bereits wiederholt von uns dargelegt wurde, würde der Einsatz von hoch angereichertem Uran den weltweiten Bemühungen um eine Nichtweiterverbreitung von waffenfähigem Material zuwiderlaufen.

(Hofmann (CSU): Das ist längst widerlegt!) – Kaul (CSU): Schreiben Sie Ihr Manuskript um!)

Die bei einer sofortigen Umrüstung auf niedrig angereichertes Uran hinzunehmende Nutzungsminderung in einer Größenordnung von etwa 15 bis 30% könnte sicherlich durch entsprechend längere Meßzeiten kompensiert werden.

(Hofmann (CSU): Das stimmt nicht!)

In dem Versuch, bestimmte Verkehrsprojekte wie den Bau der A 71 und A 73 in das LEP aufzunehmen, sehen wir einen eklatanten Verstoß gegen übergeordnete Ziele des noch geltenden Landesentwicklungsprogramms aus dem Jahr 1994.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort heißt es zum Beispiel:

Bei Konflikten zwischen Raumordnungsansprüchen und ökologischer Belastbarkeit ist den ökologischen Belangen Vorrang einzuräumen, wenn eine wesentliche und langfristige Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen droht.

Herr Präsident, ich bin sofort fertig. Gestatten Sie bitte noch zwei bis drei Sätze.

An anderer Stelle heißt es:

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll der Verkehrsträger Schiene nachhaltig gestärkt werden mit dem Ziel, Verkehr soweit möglich auf die Schiene zu verlagern.

Dieses Ziel wird mit der Teilfortschreibung nicht mehr erreicht. Wir fordern deshalb anstelle der Aufnahme neuer problematischer Straßenbauprojekte die zügige Realisierung der schon 1994 als vorrangig eingestuften Schienenverkehrsprojekte wie beispielsweise Schwein-

furt – Ebenhausen – Erfurt oder Regensburg – Marktredwitz – Amberg – Furth im Wald.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Schweder das Wort.

Frau Schweder (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor einer knappen Viertelstunde ging eine zweistündige Debatte zu Ende, die sich damit beschäftigt hat, was der Staat tun kann, um den Wirtschaftsstandort Bayern attraktiv zu erhalten bzw. seine Attraktivität nach Möglichkeit noch zu stärken, um damit Arbeitsplätze in Bayern zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Kaul (CSU): Sehr gut. Das gehört nämlich auch zur Landesentwicklung!)

Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hat nichts anderes zum Ziel, als besonders wichtige Projekte in Bayern noch vor der generellen Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zu sichern. Ich meine, die Tatsache, daß man die Projekte sichern muß, ist an sich schon traurig. Bisher konnte man sich darauf verlassen, daß Zusagen des Bundes eingehalten werden und in Bayern geplante Projekte umgesetzt werden.

(Lachen bei der SPD)

Ich bedauere, daß das nicht mehr der Fall ist. Aus diesem Grund wollen wir bestimmte Projekte planerisch sichern. Zu den wichtigen Voraussetzungen für einen guten Wirtschaftsstandort zählt nun einmal ein leistungsfähiges Transportnetz bezüglich Schiene und Straße.

(Frau Biedefeld (SPD): Warum haben Sie das nicht längst verwirklicht?)

– Frau Biedefeld, Sie waren schon dran. Ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen. Vorhin haben Sie dazu aufgefordert, gemeinsam für den Wirtschaftsstandort zu kämpfen. Jetzt machen Sie alles lächerlich und untergraben Ihre eigenen guten Absichten. Ihre Aussagen sind sehr kurzlebig.

Wir wollen die transeuropäischen Straßen, die durch unser Land von Wirtschaftsräumen in Wirtschaftsräume führen, unbedingt sichern, um den Anforderungen in der Zukunft im Hinblick auf die prognostizierte Entwicklung des Verkehrs auf der Straße – der Verkehr soll sich verdoppeln –, aber auch auf der Schiene gerecht zu werden. Gerade Sie fordern doch immer, daß die Schiene mehr Bedeutung erhalten und attraktiver werden soll, und zwar nicht nur für den Personenverkehr, sondern auch für den Güterverkehr.

Wenn Sie so denken, können Sie doch das Teilstück zwischen Berlin und Nürnberg, das zu einer Strecke gehört, die bis in den italienischen Industrieraum hineinreicht, nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Wir wollen dieses Teilstück auf jeden Fall gesichert wissen, und zwar

im Hinblick auf die gerade von Ihnen forcierte Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten.

(Frau Biedefeld (SPD): Schaufensteraktion!)

Wir sind der Auffassung, daß sich nicht nur die beitragswilligen Länder für die erweiterte Union fit machen müssen, sondern daß auch wir dafür sorgen müssen, daß wir den Veränderungen, die auf uns zukommen, gewachsen sind.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tun Sie das mit zukunftsfähigen Projekten!)

Aus diesem Grund machen wir uns für die Sicherung dieser nicht nur für Bayern, sondern für ganz Europa wichtigen Verkehrsverbindungen stark. Zum „Fitmachen“ und zur Steigerung der Attraktivität unseren Standorts gehört auch die Erneuerung der Neutronenquelle in Garching. Von der bisherigen Quelle haben wir in der Vergangenheit profitiert. Die neue Quelle wird gerade für die neuen Technologien eine besondere Bedeutung haben. Ich denke dabei an die Medizintechnik und die Materialtechnik, aber auch an den Bereich der Energie. Um hier voranzukommen, gehört die Errichtung der Neutronenquelle in die jetzt vorgenommene Teilfortschreibung des LEP. Natürlich sind wir dabei flexibel. Im Kapitel, das sich mit der Standortsicherung von Kraftwerken beschäftigt, reagieren wir auf die veränderte Entwicklung auf dem Sektor der Energie.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin gesagt, daß der Staat hinsichtlich der Erhaltung der wirtschaftlichen Attraktivität des Standorts nicht nur reagieren soll, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern daß man rechtzeitig Rahmenbedingungen setzen muß. Eine entsprechende Schwerpunktsetzung wollen wir mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes vornehmen. Im übrigen darf ich Ihnen sagen, wir Abgeordnete sind in Bayern gewählt und deshalb den bayerischen Wählern gegenüber verantwortlich. Ich fordere Sie auf, Ihrer Verpflichtung gegenüber den Wählern in diesem Land nachzukommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2 b

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über die Forstrechte (Drucksache. 14/2152)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird von der seiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Dann ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, geändert durch die Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997

(Bayerisches UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz – BayUVPRLUG)

(Drucksache 14/994)

– Zweite Lesung –

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Hartenstein, Paulig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache. 14/1225)

12 Änderungsanträge der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Boutter, Biedefeld und anderer und Fraktion (SPD) (Drucksachen 14/1279 bis 14/1290)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt 30 Minuten pro Fraktion. Gibt es Wortmeldungen? – Herr Kollege Boutter, Sie haben das Wort.

Boutter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn unserer Diskussion über den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie hat der zuständige Minister, der der CSU angehört, gesagt, bei aller Kritik dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß die UVP auch einen positiven Aspekt hat. Der Vorsitzende des federführenden Ausschusses, der ebenfalls der CSU angehört, meinte, daß dies ein wichtiges Gesetz für den Umweltschutz in Bayern sei. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich tatsächlich noch die Hoffnung, daß wir gemeinsam mit der Mehrheitsfraktion Verbesserungen erreichen können.

Die Diskussion in den Ausschüssen hat aber dann unter dem bekannten Motto der CSU gestanden: „Unsere Meinung steht fest; verwirren Sie uns bitte nicht mit Tatsachen“. Deshalb macht es auch keinen Sinn, die einzelnen Anträge, die aufgerufen sind, noch einmal im Detail abzuhandeln. Ich kann es Ihnen aber nicht ersparen, sich noch einmal einige Tatsachen anzuhören, auch wenn dies nicht fruchten wird.

Ich habe in den Beratungen im Ausschuß schon einmal gesagt, hier gilt wohl der Satz Albert Einsteins: „Es ist schwieriger, eine vorgefaßte Meinung zu zertrümmern,

als ein Atom.“ Fakt ist jedenfalls, Bayern hat es versäumt, die EU-Richtlinie von 1985 umzusetzen. Seit damals besteht dringender Handlungsbedarf. Bereits 1995 hat das Bundesverwaltungsgericht Bayern ermahnt, endlich tätig zu werden. In die Phase, in der Sie endlich tätig werden sollten, fiel 1997 die Änderung der EU-Richtlinie mit der Forderung, diese bis März 1999 umzusetzen. Nur deshalb, weil Bayern gerade dabei war, die Richtlinie von 1985 umzusetzen, befand sich der Freistaat Bayern plötzlich an der Spitze der Bewegung. Dies hat also absolut nichts damit zu tun, daß die Staatsregierung, wie sie es uns glauben machen will, Vorreiter oder Musterknabe sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon begrüßen wir als SPD-Fraktion es durchaus, daß die EU-Richtlinie einschließlich ihrer Änderung endlich umgesetzt werden soll. Wie gesagt, wir waren auch bereit, dabei konstruktiv mitzuarbeiten. Leider hat die Staatsregierung die Chance nicht erkannt und schon gar nicht genutzt, wirklich vorausschauende umweltschützende Signale zu geben.

Allerdings ist das nicht verwunderlich, weil die Staatsregierung bekanntermaßen seit jeher die UVP abgelehnt und zu verhindern versucht hat.

Enttäuschend ist für uns jedoch schon, daß die CSU-Fraktion entgegen der Ankündigung bei der ersten Lesung nicht in der Lage war, die Vorurteile aufzugeben. Im federführenden Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen konnte sich die CSU-Fraktion gerade mal zu einem einzigen eigenen Änderungsantrag durchringen,

(Frau Biedefeld (SPD): Die Staatsregierung war das, nicht die CSU!)

nämlich den für die bayerischen Landschaftsverhältnisse skandalös hoch angesetzten Schwellenwert der Abgrabungen von 25 Hektar auf 10 Hektar zu reduzieren. Die Formulierungshilfe kam im Ausschuß von den Vertretern der Staatsregierung. Der Antrag war nicht einmal schriftlich vorformuliert, wie das von der Opposition verlangt wird.

(Frau Biedefeld (SPD): Weil die CSU das aufnimmt, was die Staatsregierung vorgibt! – Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Noch komischer ist allerdings, daß dieser Änderungsantrag im mitbehandelnden Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Technologie in Frage gestellt wurde und zurückgedreht werden soll. Alle Änderungsanträge der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die darauf abzielten, das Schlimmste zu verhindern und im Konsens mit den anerkannten Naturschutzverbänden, im Konsens mit den Landschaftsarchitekten und im Konsens mit dem Städtetag, den Gesetzentwurf der Staatsregierung nachzubessern, wurde hingegen von der CSU abgelehnt. So leid es mir tut: Aber unsere Feststellung zu Beginn der Diskussion „CSU-Staatsregierung hebt UVP aus“ gilt deshalb ganz eindeutig jetzt auch für die CSU-Fraktion. Auch wenn Sie uns das wieder unterstel-

len werden, so sehen wir doch in der UVP kein Allheilmittel und auch kein Zaubermittel – allerdings auch kein Teufelszeug, wie manche von Ihnen. Die UVP oder, wie es der Minister genannt hat, „Umweltfolgeabschätzung“ ist für uns nicht mehr als eine Entscheidungshilfe, aber auch nicht weniger. Sie soll umweltrelevante Informationen für die entsprechenden Entscheidungsgremien zusammengefaßt zur Verfügung stellen, und hierfür ist sie hervorragend geeignet. Was, bitte schön, wäre daran verkehrt, wenn sich ein Antragsteller schon zu Beginn seiner Überlegungen Gedanken über die Folgen für die Umwelt machen muß? Was, bitte schön, wäre daran verkehrt?

Die UVP dient als ökologische Selbstkontrolle, als Frühwarnsystem. Sie kann Defizite aufdecken und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen. Die UVP kann die Akzeptanz in der Bevölkerung durch Beteiligung, durch Herstellen von Öffentlichkeit erhöhen und so Planungsverfahren beschleunigen, weil Klagen minimiert werden können. Die UVP ist ganz eindeutig ein wichtiges und vor allem geeignetes Instrument der Umweltvorsorge, mit dem Ziel, die Umwelt zu erhalten, ihre Qualität zu verbessern und die menschliche Gesundheit zu schützen. Hier ist, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die blanke Deregulierung, die Sie betreiben, absolut kontraproduktiv. Vorbeugen ist allemal besser als heilen. Das haben Sie in sehr vielen Diskussionen der letzten Zeit so geäußert. Vorsorgen, nicht Nachbessern, ist angesagt.

(Hofmann (CSU): Das sage ich sogar zu meinen Enkelkindern!)

Denken Sie, Herr Kollege Hofmann, an Ihre eigenen Beteuerungen in den Diskussionen nach den Murenabgängen, nach den Lawinenkatastrophen und nach den Hochwässern. Sie selbst haben gesagt, die CSU hätte in der Vergangenheit Fehler gemacht; in Zukunft müsse das anders gehandhabt werden. Denken Sie auch daran, daß die meisten Fehler ihren Ursprung in der Planungsphase haben und dort am leichtesten und am billigsten verhindert werden können.

Alle Erfahrungen – wir haben Ihnen das belegt – belegen international gesehen, daß Vorhaben durch die UVP nicht verzögert oder behindert werden, sondern die Qualität der Planungen verbessert und Beschlüsse auf der Basis von Zahlen, Daten und Fakten sicherer gefaßt werden können. Und, meine Kolleginnen und Kollegen, für den Fall, daß durch ein Projekt die Umwelt so gravierend nachteilig beeinflusst wird, ist es allemal am besten, solche Vorhaben von vornherein zu verhindern und nach Alternativen zu suchen, statt später zu jammern und nachzubessern.

Genau zu dieser unserer Einschätzung wären auch Sie gekommen, wenn Sie die Beweggründe der EU-Regelung endlich akzeptiert hätten und nicht durch die Hintertür aushebeln wollten. Zu dieser Einschätzung wären Sie auch gekommen, wenn Sie Ihren Überlegungen den Artikel 3 der Bayerischen Verfassung – BV – zugrunde gelegt hätten. Dort heißt es als Grundsatz: „Der Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen ...“

Sie wären auch zu dieser Einschätzung gekommen, wenn Sie Artikel 141 BV beachtet hätten; denn dort wird der Schutz der Umwelt und die Verantwortung für kommende Generationen betont. Dort ist der schonende und sparsame Umgang mit den Naturgütern festgeschrieben, und dies sogar, falls erforderlich, durch Einschränkung des Eigentumsrechts. Das interessiert Sie offensichtlich nicht. Sie interessiert auch nicht – zumindest nicht im ausreichenden Maße –, daß im Artikel 20 a des Grundgesetzes der Umweltschutz als Staatsziel festgeschrieben ist.

Sie beschränken sich darauf, uns vorzuwerfen, wir wollten lediglich die Bürokratie ausweiten. Sie können aber andererseits nicht entkräften, daß mögliche Umweltschäden hinterher nur mit einem sehr viel größeren Aufwand wieder geheilt werden könnten – wenn überhaupt. Sie tun so, als ob eine UVP begrüßenswerte Projekte verhindern könnte und wissen genau, daß dies weder zutrifft noch belegt werden kann, noch von einem der Befürworter verfolgt wird. Sie beklagen andererseits, daß durch die UVP keine Umweltstandards festgeschrieben werden, und wissen ganz genau, daß dies im Verfahrensrecht – und die EU-Regelung zur UVP ist reines Verfahrensrecht – weder möglich noch gewollt ist. Sie wollen damit vom eigentlichen Thema ablenken und verschleiern, daß Sie mit Ihrer Gesetzesvorlage sogar deutlich hinter Ihre eigenen langjährigen Empfehlungen zurückfallen.

Ich habe Ihnen dies exemplarisch am Beispiel der Beschneigungsanlagen nachgewiesen. Mindestens bis zum August dieses Jahres – also noch nach der Ersten Lesung des Gesetzes hier im Hause – und während der Verhandlung in den Ausschüssen, hatten Sie als Staatsregierung in Ihrem modernsten Mitteilungsmedium, nämlich im Internet, Ausführungen gemacht, wonach das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen bereits 1993 grundsätzliche Aspekte zur Genehmigung von Beschneigungsanlagen veröffentlicht, welche die Landratsämter als Entscheidungshilfe heranziehen könnten. Seit 1993! Dann sind zehn Einzelpunkte aufgeführt, von denen ich nur zwei exemplarisch nennen möchte. Ein Punkt davon lautet:

Beschneigungsanlagen sind unzulässig, wenn mit ihrer Hilfe erst Voraussetzungen für den Wintersport geschaffen oder die Skisaison verlängert werden soll.

Ein zweiter Punkt führt auf, um welche Gebiete es geht. Es heißt:

Folgende Gebiete eignen sich nicht als Standort für Beschneigungsanlagen: Naturschutzgebiete und deren Pufferzonen, ökologisch besonders wertvolle Flächen, 6-d-Flächen des Bayerischen Naturschutzgesetzes, Biotope der Biotopkartierung, Schwerpunktgebiete für störfähige Tierarten, Ruhezone für Wild, Bereiche mit lückiger Vegetation und Erosionsgefährdung, vernäßte Bereiche, Flächen oberhalb der Baumgrenze.

Das ist die Aufzählung der dort als unzulässig oder nicht geeignet bezeichneten Standorte.

(Frau Biedefeld (SPD): Soviel zur Glaubwürdigkeit der Politik der CSU!)

Soweit die zwei Beispiele. Das Wichtige kommt aber jetzt. Nach der Aufzählung aller zehn Punkte heißt es im Internet wortwörtlich, zusätzlich und zusammenfassend:

Über diese Handlungsempfehlungen hinaus sollte sinnvollerweise in jedem Fall eine begleitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Das war seit 1993 die offizielle Aussage der Staatsregierung. Jetzt, Kolleginnen und Kollegen, wird das aber nicht im Gesetz übernommen, sondern das Gegenteil wird gemacht. Erst ab 15 Hektar Beschneigungsfläche soll eine UVP durchgeführt werden. Danach wäre nach den heute vorliegenden Zahlen gerade mal eine einzige der im Allgäu in den letzten Jahren genehmigten Anlagen UVP-pflichtig gewesen. An diesem Beispiel ist ganz klar abzulesen, daß der vorbeugende Umweltschutz durch Sie und Ihre Vorlage ausgehebelt werden soll.

Ich wette darauf, daß von seiten der Staatsregierung und der CSU versucht wird, unsere Bemühungen um den vorbeugenden Umweltschutz madig zu machen und Sie uns vorwerfen werden, wir wollten nur mehr Bürokratie, weil wir beispielsweise die von Ihnen seit 1993 geltenden Empfehlungen im Gesetz wiederfinden wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich wette, daß Sie erzählen werden, die UVP sei eine formelle Regelung, die dem Umweltschutz nicht diene, obwohl Sie sie – siehe das Beispiel Beschneigungsanlagen – seit Jahren empfehlen.

Bei der Ersten Lesung haben Sie erklärt, Sie würden gern mit uns über Schwellenwerte diskutieren.

(Frau Biedefeld (SPD): Das gilt nur für Herrn Kollegen Göppel!)

Ich hatte damals die Hoffnung, daß Sie tatsächlich zu Nachbesserungen bereit wären. Das war offensichtlich ein Irrtum. Sie waren nur bereit, einen einzigen Schwellenwert zu reduzieren. Dieser Schwellenwert wurde jedoch schon in der nächsten Sitzung des mitberatenden Ausschusses wieder in Frage gestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich kann Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen: Sie tun so, als wäre die UVP ein Verhinderungsinstrument und als ob ein Antragsteller, der eine UVP durchführen solle, etwas Schlechtes vorhabe. Mit einer solch verkrampten und unbegründeten negativen Grundeinstellung konnte natürlich kein gutes Ergebnis herauskommen. Das ist schade. Ich meine, hier wurde ein Chance für den Umweltschutz unnötig vertan.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorgelegte Gesetzentwurf genügt vielleicht gerade einmal der formalen Umsetzung in nationales Recht. Er beschränkt sich, wenn überhaupt, auf das absolut Notwendigste. Sie betreiben eine pure Deregulierung verbunden mit dem

Abbau von Bürgerbeteiligung. Ich habe bei der Ersten Lesung die Stellungnahme einiger anerkannter Naturschutzverbände zitiert. Diese sagen, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Festlegung der Schwellenwerte durch die Staatsregierung so erfolgt sei, daß möglichst kein Wirtschaftsunternehmen bei Eingriffen in die Natur behindert werde. Die Verbände vertreten die Auffassung, das Gesetz erfülle in der jetzigen Form nicht seinen Zweck als Instrument der Zukunftsvorsorge. In dieser Form sei das Gesetz nicht ausreichend auf Nachhaltigkeit angelegt. Nachbesserungen seien unerlässlich. Der Landtag müsse bei dem UVP-Gesetz noch erheblich korrigieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD war dazu bereit. Wir sind Ihnen entgegengekommen und haben keine Einzelfallprüfung verlangt. Wir haben begrüßt, daß kein Unterschied zwischen EU- und Nicht-EU-Ländern gemacht wurde. Wir haben es auch mitgetragen, daß kein eigenständiges UVP-Gesetz gemacht wurde, sondern die Umsetzung in den Fachgesetzen erfolgt. Wir haben eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie waren leider nicht zu Korrekturen bereit. Sie waren nicht in der Lage, den ausgetrampelten Pfad des vorausstolpernden Gehorsams zu verlassen. Sie erlassen mit Ihrer mehrheitlichen Zustimmung ein UVP-Verhinderungsgesetz. Sie werden die UVP mit Ihrer Mehrheit zu einem stumpfen Instrument machen. Damit werden Sie zum Totengräber des Umweltschutzes. Diesen Vorwurf muß ich Ihnen leider machen.

(Kaul (CSU): Lieber Herr Boutter, jetzt übertreiben Sie aber!)

Die SPD-Fraktion kann dem Gesetzentwurf in der zur Abstimmung vorliegenden Form nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Der nächste Redner ist Herr Kollege Hartenstein.

Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Umweltverträglichkeitsprüfungen dienen dazu, erhebliche Auswirkungen geplanter Vorhaben auf die Umwelt festzustellen. Sie fungieren folglich als Entscheidungshilfe in der Frage, ob die Umsetzung einer Planung unterlassen werden muß, bei entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen genehmigt werden kann oder gänzlich als unproblematisch einzustufen ist. Nach der EU-Richtlinie müssen dabei bestimmte Projekte stets einer UVP unterzogen werden. Für andere der im Anhang aufgelisteten Klassen können die Mitgliedstaaten dagegen selbst Kriterien und/oder Schwellenwerte aufstellen, aus denen sich gegebenenfalls eine UVP-Pflicht ableiten läßt.

Im Bayerischen UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz sind hierzu gesetzliche Schwellenwerte an Stelle von Einzelfallprüfungen festgelegt. Nach eingehender Begutachtung des vorliegenden Gesetzentwurfs und der Beratung im Umweltausschuß kommen die GRÜNEN zu folgenden Ergebnissen:

Infolge der Einführung hoher Schwellenwerte konterkariert das Bayerische UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz den Grundgedanken und die Bedeutung der Umweltverträglichkeitsprüfung. Für viele Projekte wird künftig keine Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend vorgeschrieben sein. Ökonomische Gesichtspunkte überwiegen wieder einmal ökologische. So sind beispielsweise neue geplante Skipisten erst ab einer Fläche von 10 Hektar aufwärts UVP-pflichtig. Bei Beschneidungsanlagen wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung ab einer beschneiten Fläche von 15 Hektar gefordert. Die Seilbahnbetreiber in der Schweiz haben sich dagegen selbst im April dieses Jahres für einen Schwellenwert von 5 Hektar ausgesprochen.

(Frau Biedefeld (SPD): Mal sehen, was die CSU dazu sagt!)

In den wenigen Fällen, bei denen doch noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muß, greifen die von der Staatsregierung festgelegten Instrumente „Abbau der Bürgerbeteiligung“, „Deregulierung“ und „Verfahrensbeschleunigung“. So fallen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung in bestimmten Fällen zum Beispiel die Erörterungsmöglichkeiten weg. Man könnte sich in diesem Zusammenhang fragen, ist unser bayerischer Umweltminister wirklich so kritiklos und läßt derartige Gesetzespassagen unkorrigiert über die Bühne gehen, oder wird er vielleicht von den Vorhabensträgern und den Wirtschaftsverbänden ausgebremsst? Die Antwort darauf ist eigentlich unerheblich. Allein das Einverständnis mit den geplanten Verfahrensweisen zählt. Dies läßt leider kein scharfes umweltpolitisches Profil erkennen.

Wer die Hoffnung auf die CSU-Fraktion setzte, mußte ebenfalls bitter enttäuscht sein. Nahezu alle Schwellenwerte, von zwei Ausnahmen im Bereich des Bayerischen Abtragungsgesetzes abgesehen, blieben unbeanstandet. Die zahlreichen Anträge der SPD-Fraktion und der GRÜNEN wurden dagegen kompromißlos abgelehnt. Etwas mehr Kritikfähigkeit gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung und Aufgeschlossenheit gegenüber den konstruktiven Vorschlägen aus der Opposition hätten Ihnen wirklich gut angestanden. Offensichtlich müssen wir aber froh sein, daß es nicht noch schlimmer gekommen ist. So haben sich drei Franken, die allesamt im Umweltausschuß sitzen, nach Beendigung der Beratungen erdreistet, einen Antrag nachzuschieben, dessen Brisanz nur bei genauem Hinsehen auffallen konnte. Das ohnehin schon schwammig formulierte UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz sollte im wahrsten Sinne des Wortes noch weiter verwässert werden. In dem Antrag wurde nämlich gefordert, zwei Ausnahmetatbestände einzuführen. Der eine hätte den bisher geltenden Schutz der Lebensstätten ausgehebelt. Mit dem zweiten Ausnahmetatbestand wäre der Einsatz von Grabenfräsen ermöglicht worden, ohne daß der Naturschutz ein Veto-recht gehabt hätte.

(Kaul (CSU): Das ist doch Schnee von vorgestern!)

Ich weiß nicht, ob die Einsicht, die Erleuchtung oder der Druck meiner Kollegin Christine Stahl im Rechts- und

Verfassungsausschuß eine Änderung Ihrer Einstellung bewirkte.

(Kaul (CSU): Das ist doch lächerlich!)

Faktum ist, daß dieser Antrag zurückgezogen wurde. Das ist gut so. Deshalb möchte ich keine weiteren Worte mehr darüber verlieren.

Unsere parlamentarischen Möglichkeiten sind erfolglos ausgeschöpft. Was bleibt ist die Hoffnung auf ein aktuelles Urteil der Fünften Kammer des Europäischen Gerichtshofs. In diesem wird im Zusammenhang mit bestimmten Projekten festgestellt, daß Schwellenwerte wegen ihres absoluten Charakters nicht gewährleisten könnten, daß jedes Projekt, bei dem mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen sei, auch wirklich einer Verträglichkeitsprüfung unterworfen werde.

Weiter heißt es, daß gemäß EU-Richtlinie nicht nur Größe und Kapazität eines Projektes, sondern zum Beispiel auch seine Art und der Standort zu den Merkmalen gehörten, die der Entscheidung, ob Umweltverträglichkeitsprüfung ja oder nein, zugrunde gelegt werden müßten. Darüber hinaus könnten auch Projekte, die die festgesetzten Schwellenwerte nicht überschritten, besonders anfällige und wertvolle Standorte schädigen.

Zweitens berücksichtigten die Rechtsnormen nicht die kumulative Wirkung von Projekten. So könnten verschiedene Einzelvorhaben, von denen keines den festgesetzten Schwellenwert überschreite und damit keine Verträglichkeitsprüfung erfordere, zusammen dennoch erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Folglich ist es nicht auszuschließen, daß die von uns wiederholt erhobene Forderung, entsprechende Schwellenwerte abzusenken, auf dem juristischen Weg doch noch eine Bestätigung erfahren wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Bevor ich Herrn Kollegen Meißner das Wort erteile, weise ich darauf hin, daß die Schlußabstimmung über Gesetzesvorlagen namentlich ist. In diesen Fällen bedarf es auch keiner Wartezeit. Ich habe nicht die Absicht, dem Plenum vorzuschlagen, über den Gesetzentwurf in einfacher Form abzustimmen. Das heißt, daß im Anschluß an die Beratung zu diesem Gesetzentwurf eine namentliche Abstimmung stattfindet.

Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Meißner das Wort.

Meißner (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 3. März 1977 gibt es also die Richtlinie 97/11/EG des Rates zur Änderung der UVP-Richtlinie aus dem Jahr 1985. Bis 14. März 1999 war die Richtlinie 97/11/EG des Rates umzusetzen. Das ist richtig, Herr Boutter. Der vorliegende Gesetzentwurf dient auch der Umsetzung dieser Richtlinie in bayerisches Landesrecht im Rahmen unserer Gesetzgebungskompetenz. Es trifft zwar zu, Herr Kollege Boutter, daß die Umset-

zung verspätet erfolgt. Der Ehrlichkeit halber hätten Sie aber darauf hinweisen müssen, daß die Richtlinie vom Bund umzusetzen ist und bis zum heutigen Tage aber kein Gesetzentwurf auf Bundesebene vorliegt. Wir diskutieren hingegen den Gesetzentwurf der Staatsregierung bereits in Zweiter Lesung. Das ist die nüchterne Darstellung der Ausgangslage für die Diskussion über den Gesetzentwurf der Staatsregierung.

Ich gebe Ihnen recht, daß es nicht sinnvoll ist, über einzelne Änderungsanträge zu diskutieren. Damit würden wir nämlich all diejenigen, die sich nicht ausführlich damit befaßt haben, nur sehr langweilen. Ich halte mich deshalb allgemeiner und stelle für die CSU-Fraktion zunächst fest, daß wir über diesen Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht sehr erfreut sind.

(Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

– Ja, Herr Kollege Hartenstein, aber wir sind nicht aus demselben Grund enttäuscht wie Sie. Das können Sie sich sicherlich vorstellen. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist nämlich unseres Erachtens an sich positiv zu bewerten. Nicht erfreut sind wir aber darüber, daß mit diesem Gesetzentwurf einmal mehr Bürokratie Marke Brüssel bei uns in Bayern eingeführt werden muß,

(Beifall bei der CSU)

während wir uns in den letzten Jahren intensiv um Entbürokratisierung und Deregulierung bemüht haben und damit erste Erfolge auch zum Wohle des Wirtschaftsstandorts Bayern erzielt haben.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf Kosten der Umwelt!)

– Lassen Sie mich doch einmal reden. Ich bin erst auf der zweiten Seite. Wir nehmen den Gedanken der Entbürokratisierung Europas ernst.

(Fortgesetzte Zurufe der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Hören Sie doch einmal zu. Für uns – –

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Auch Kollege Meißner hat das Recht, in Ruhe zu reden. Es sei aber auch der Hinweis erlaubt, daß man in diesem Hohen Hause grundsätzlich frei redet. So steht es jedenfalls in der Geschäftsordnung.

(Ach (CSU): Wer macht denn das, Herr Präsident?
– Weitere Zurufe von der CSU)

Meißner (CSU): Herr Präsident, ich gebe Ihnen meine Stichpunkte gern zur Kenntnis. Sie können diese dann mit der protokollierten Fassung vergleichen.

Ich bleibe dabei, wir nehmen Entbürokratisierung ernst. Für uns ist das im Gegensatz zu Ihnen nicht nur ein Versatzstück für irgendwelche Sonntagsreden. Trotz Widerstandes nicht nur aus Bayern gegen diese Eurokratisierung aus Brüssel bringt uns die Kommission immer wie-

der neue bürokratische Regelungen, um die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren eurokratischen Vorstellungen zu unterwerfen. Aus Brüssel kommen ständig neue bürokratische Hemmnisse.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man könnte auch Vorschriften erlassen – darüber würden wir uns sehr freuen –, um das unterschiedliche Niveau des Umweltschutzes in Europa anzugleichen. Die UVP-Richtlinie trägt jedoch mit Sicherheit nicht zur Vereinheitlichung des Umweltschutzes in Europa bei. Dazu möchte ich Ihnen einige Beispiele nennen:

In Frankreich sind erst ab einer bestimmten Investitionssumme alle Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Wer also entsprechend plant, kann sein Vorhaben verwirklichen, ohne daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig wird. Dabei wird dann unter anderem an teuren Umweltschutzmaßnahmen für das Projekt gespart. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird damit entbehrlich, und zwar gleichgültig, wie schädlich das Projekt tatsächlich für die Umwelt ist.

Nehmen wir ein Beispiel aus Griechenland. In Athen wird der Bau eines Kraftwerkes genehmigt. Sie kennen die bekannt gute Luft in Athen. Durch das Kraftwerk steigt die Stickoxid-Belastung in Athen um 25%. Vorher wurde natürlich eine UVP durchgeführt. Das kann aber doch nicht der Sinn dieser Richtlinie sein.

(Boutter (SPD): Aber wir sind hier in Bayern!)

– Wir reden aber über die Umsetzung europäischen Rechtes, Herr Kollege.

In Spanien wird munter eine Autobahn durch ein Naturschutzgebiet von europäischem Rang gebaut. Vorher wird natürlich eine UVP durchgeführt und das Projekt dann auch noch mit EU-Mitteln gefördert.

Es gibt aber noch die weitaus klügere Variante, bei der in Städten wie Brüssel, Mailand und Turin gar keine Kläranlage gebaut wird; damit wird dann auch keine UVP notwendig.

Wenn wir über diesen Aspekt nachdenken, dann kann es doch nicht der Sinn des gemeinsamen europäischen Hauses sein, daß wir alles im einzelnen tüchtig umsetzen und gewissermaßen im Keller die Fundamente legen, während alle anderen auf der luftigen Dachterasse sitzen und sich kaputt lachen. Das ist nicht der Sinn europäischen Umweltschutzes, wie wir ihn gerne hätten.

(Beifall bei der CSU)

Wer sind denn die Leidtragenden dieser Art europäischer Umweltpolitik? Das ist zum einen logischerweise die Umwelt selbst und zum anderen die Wirtschaft sowohl bei uns in Bayern als auch in Deutschland. Unsere Wirtschaft muß nämlich die anerkannt strengen qualitativen Umweltschutzanforderungen erfüllen. Die ausländische Konkurrenz freut sich, weil sie diese Anforderungen nicht erfüllen muß.

Die UVP besteht in einer bloßen Abschätzung sämtlicher Umweltauswirkungen. Tausende von bedruckten Seiten sind dabei letztlich irrelevant. Das wurde heute noch nicht erwähnt. Schließlich werden sämtliche denkbaren Auswirkungen geprüft und mittels eines Zulassungstrichters, den letztlich unsere Fachgesetze bilden, wird dann entschieden, ob ein Projekt vor dem Hintergrund der Anforderungen des Umweltschutzes verwirklicht werden kann oder nicht. Dabei kommen nur diejenigen Kriterien in Betracht, die bereits in Fachgesetzen festgelegt sind.

Unseres Erachtens wäre es ein großer Fortschritt, wenn wenigstens Einigkeit dahin gehend erzielt würde, daß wir die zunehmende Bürokratie und die wachsende Zahl von Richtlinien aus Brüssel nicht wollen. Diese tragen nämlich nicht dazu bei, europäischen Umweltschutz auf gleichem Niveau zu verwirklichen. Die UVP-Richtlinie gibt dies zwar vor. Ich denke aber, meine Beispiele haben gezeigt, daß Sie dieses Versprechen nicht einlöst. Damit hat sie ihren Zweck zunächst einmal verfehlt.

Meiner Forderung zum Abbau der Brüsseler Bürokratie müßten Sie doch eigentlich zustimmen, wenn Sie daran denken – diese Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen –, daß Ihre Bundesgesundheitsministerin in Sachen britisches Rindfleisch gerade ihre Erfahrungen mit der Brüsseler Bürokratie macht. Das sollte Ihnen eine Warnung sein.

Meine Damen und Herren, trotz aller Kritik an der UVP-Richtlinie kommen wir an ihr nicht vorbei. Wir teilen deshalb die Auffassung der Staatsregierung, daß sie umgesetzt werden muß. Aufgrund der durch die UVP-Änderungs-Richtlinie geschaffenen neuen Rechtslage sind zukünftig nicht nur in Bayern, sondern in allen deutschen Ländern landesgesetzliche Regelungen über die Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Einige in der Richtlinie aufgeführten Vorhaben unterliegen der ausschließlichen Landesgesetzgebung. Ich nenne nur die Straßen, die nicht Bundesfernstraßen sind, oder die Bergbahnen. Andere Vorhaben unterliegen der konkurrierenden Gesetzgebung; daneben müssen auch Rahmenvorschriften des Bundes, wie z. B. das Wasserhaushaltsgesetz, ausgefüllt werden.

Wir von der CSU begrüßen es ausdrücklich, daß die Staatsregierung im Gegensatz zum Bund in dieser Frage gehandelt hat. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die UVP-Richtlinie in Bayern umgesetzt werden, ohne daß über das vom Europarecht Gebotene hinausgegangen wird. Eine Richtlinie umzusetzen heißt nicht, kreativ zu sein, sondern nur sie umzusetzen. Dabei soll es aber auch bleiben, und wir haben uns auch bemüht, nur das zu tun.

(Frau Biedefeld (SPD): Das tun Sie eben nicht!)

Die einzelnen Schritte der Umweltverträglichkeitsprüfung sind im Verwaltungsverfahrensgesetz geregelt, während die einzelnen Maßnahmen in den Fachgesetzen erwähnt werden. Deswegen haben wir ein eigenes UVP-Gesetz vermieden.

Letztlich wird die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durch gesetzliche Schwellenwerte anstelle aufwen-

diger Einzelfallprüfungen festgelegt. Ökologisch besonders empfindliche Gebiete werden dabei natürlich entsprechend berücksichtigt. Die Staatsregierung spricht in diesem Zusammenhang von einer schlanken Umsetzung anstelle ausufernder Verfahrensvorschriften.

Die Änderungsanträge, die ich nicht im einzelnen erwähnen möchte, haben eine ganz klare Tendenz. Die SPD fordert mit ihren Änderungsanträgen niedrigere und noch niedrigere Schwellenwerte, was politisch natürlich konsequent ist. Die BÜNDNIS/GRÜNEN gehen noch einen winzigen Schritt weiter und lassen auch noch die Schamgrenze weg. Sie wollen gleich grundsätzlich und im Einzelfall eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Dieser Vorschlag ist nicht nur europarechtlich bedenklich, er ist auch nicht besonders gut differenziert.

(Beifall bei der CSU)

Eine schlanke Umsetzung der Richtlinie – dieses Stichwort habe ich bereits genannt – ist der richtige Ansatz. Allerdings sind auch wir der Meinung, daß eine schlanke Lösung nicht so dünn ausfallen darf, daß möglicherweise europarechtliche Zweifel aufkommen könnten. Deswegen haben wir für eine Absenkung fragwürdiger Schwellenwerte plädiert und dafür gesorgt, daß bei allen erfaßten Projekten in gleichem Maße ökologisch empfindliche Gebiete berücksichtigt werden. Bis auf den Wirtschaftsausschuß sind dankenswerterweise alle Ausschüsse dem Votum des federführenden Umweltausschusses gefolgt. Das gilt insbesondere für die Senkung des Schwellenwertes bei Abgrabungen von 25 auf 10 Hektar, zu der wir nach wie vor stehen.

Ich komme zu einem Lieblingskind von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Es ist der Erörterungstermin. Dabei geht – dies gefällt mir besonders gut – der Gesetzentwurf der Staatsregierung neue Wege. In Übereinstimmung mit der UVP-Richtlinie, die wir umzusetzen haben, schreibt die Staatsregierung den Erörterungstermin im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nur vor, wenn ihn das Fachrecht ebenfalls vorsieht. Das findet natürlich nicht Ihren Beifall, wie ich es mir vorstellen kann. Denn dieses völlig anders gedachte Verfahrensinstrument des Erörterungstermins haben Sie über viele Jahre hinweg zu dem gemacht, was es heute leider ist: nichts anderes als eine Bühne für politische Auseinandersetzungen und für medienwirksame Auftritte von Anwälten und Verfahrensgegnern. Das haben Sie aus dem Instrument des Erörterungstermins gemacht.

Wir sind froh darüber, daß die Staatsregierung mit ihrem Gesetzentwurf wieder etwas mehr differenziert. Politische Auseinandersetzungen gehören nach unserer Auffassung zu allererst in die Parlamente. Hier können wir politisch über Gesetze streiten. Wenn Gesetze dann aber von der Verwaltung vollzogen werden, ist es nicht mehr der richtige Zeitpunkt, für politische Grundsatzdiskussionen.

(Unruhe)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Darf ich Sie darum bitten, ein bißchen ruhiger zu sein?

(Frau Radermacher (SPD): Der Beitrag sollte auch nicht so langweilig sein!)

Meißner (CSU): Frau Präsidentin, das hat schon der Herr Präsident nicht geschafft.

(Allgemeine Heiterkeit – Frau Biedefeld (SPD): Macho! – Schläger (SPD): Frauenpower!)

– Das war aber nicht gegen Sie gemeint.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes ist notwendig und sie liegt auch im Interesse Bayerns. Wir werden diesem Gesetzentwurf auch zustimmen, und zwar nach Maßgabe der Änderungen durch den Umweltausschuß und der Ergänzungen durch den Rechts- und Verfassungsausschuß.

Hauptkritikpunkt bei den Ausschlußberatungen über diesen Gesetzentwurf war, daß zu wenige Vorhaben aufgrund zu hoher Schwellenwerte der UVP-Pflicht unterworfen wären. Schon die Wortwahl alleine spricht für sich. Ich sage Ihnen, weshalb wir Ihre Kritik nicht teilen. Wir sind der Meinung – und mit dieser Auffassung müssen Sie sich auch anfreunden! –

(Frau Biedefeld (SPD): Da bin ich anderer Meinung!)

daß die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht der Königsweg in der Umweltpolitik ist. Wir haben Ihre Änderungsanträge abgelehnt, weil wir nicht Ihrem Irrglauben anhängen, daß mehr Umweltverträglichkeitsprüfungen mehr Umweltschutz bedeuten. Diese Gleichung, nach der Sie gerne leben möchten, ist in Wirklichkeit eine Lebenslüge.

(Frau Biedefeld (SPD): Siehe Beschneigungsanlagen!)

Sie wollen doch die Umweltverträglichkeitsprüfung als ein ökofundamentalistisches Mittel einsetzen, um Investitionsvorhaben auszuhebeln, die Ihnen nicht in den Kram passen. Das verstehen wir aber nicht unter Umweltpolitik.

(Frau Biedefeld (SPD): Ihr Ziel ist es, den Umweltschutz auszuhebeln, und das ist Ihnen gelungen!)

Daß das Aushebeln von Investitionsvorhaben Ihr Ziel ist, ist spätestens mit Ihrem Entwurf für ein eigenes bayerisches UVP-Gesetz aus dem Jahr 1993 bekanntgeworden. An Ihrer Meinung hat sich in den letzten sechs Jahren auch nichts geändert.

Sie haben uns dagegen vorgeworfen, daß wir mit der Umweltverträglichkeitsprüfung den Umweltschutz aushebeln wollen.

(Frau Biedefeld (SPD): Genau das machen Sie!)

Nein, wir wollen sicherstellen, daß Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden, aber nur dann, wenn sie zu verwertbaren Erkenntnissen führen. Sie hebeln doch aus. Sie verstehen es mittlerweile bis zur Perfektion, unter dem Deckmäntelchen des Umweltschutzes irgendwelche Investitionsvorhaben zu verzögern, zu erschweren oder zu behindern. Diese Verfahrensweise wird bei Ihnen zur Methode, und das nicht nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Frau Biedefeld (SPD): Und was hat das Ministerium zum Beispiel zu Beschneigungsanlagen geschrieben?)

Lassen Sie unserem Freistaat Bayern die Luft zum Atmen und hören Sie endlich damit auf, mit sämtlichen Hebeln immer nur den Bremser zu spielen. Mit Umweltschutz hat das nicht das geringste zu tun. Wir von der CSU wollen eine konsequente Umweltpolitik im Konsens mit den Betroffenen. Wir wollen nicht halb Bayern unter Naturschutz stellen und wir wollen auch nicht allein mit Schildern mit der Aufschrift „Betreten verboten“ Umweltpolitik machen.

(Frau Biedefeld (SPD): Das wollen wir auch nicht!)

Sie wollen dagegen Unternehmer, Landwirte und Autofahrer auf ihren „Zurück-zur-Natur-Kurs“ bringen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Deswegen macht die CSU eine Umweltpolitik für die Natur und mit den Menschen, die schließlich auch leben müssen. Sie sollten sich schließlich merken, daß man von einem neuen Biotop nicht satt wird. Deswegen brauchen wir in der Umweltpolitik einen Konsens.

(Lachen bei der SPD – Dr. Albert Schmid (SPD): Was haben Sie für ein erstes Examen geschrieben? – Dr. Hahnzog (SPD): Sie wollten doch nur zusammenfassen!)

– Wenn ich Ihnen damit einen Gefallen tun kann, kürze ich meinen Beitrag gerne ab. Ich denke, daß ich meine Meinung hinübergebracht habe.

Letztlich liegt das Geheimnis der bayerischen Umweltpolitik in einem Glaubenssatz, den sogar ich als Franke noch mittragen kann, nämlich im Glaubenssatz von „Leben und leben lassen“. Wir wollen eben, daß die Bürger ein Recht darauf haben, die Natur zu beanspruchen und zu benutzen. Dieses Recht findet dort seine Grenze, wo es um das Lebenlassen in der Natur geht. Schauen Sie sich die Erfolge der bayerischen Umweltpolitik und Ihre Wahlergebnisse an. Beide bestätigen uns in unserer Konsenspolitik und in der maßvollen Umsetzung der UVP-Richtlinie. Ich bin mir ganz besonders darüber sicher, daß die große Mehrzahl der Menschen in Bayern ihre Art von Umweltschutz satt hat. Ich bitte um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf in dem Sinne, wie ich es vorhin schon erwähnt habe.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatsminister Schnappauf hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat einige ganz bemerkenswerte Einsichten in den Ausführungen des Kollegen Boutter erbracht. Herr Abgeordneter Boutter hat am Pult gesagt, daß der Entwurf, wie vorgelegt, der europäischen Richtlinie entspricht, und weiter ausgeführt, daß es sich bei der Umweltverträglichkeitsprüfung um reines Verfahrensrecht handelt. Wenn dem so ist, dann verstehe ich die ganze Aufregung auf seiten der Opposition nicht; denn wenn der Entwurf der Richtlinie entspricht und reines Verfahrensrecht ist, dann ist genau das, was der vorliegende Entwurf bezwecken will, erreicht.

Ich will ganz deutlich machen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, daß es sich bei der Umweltverträglichkeitsprüfung um eine der wohl am meisten überschätzten europäischen Regelungen handelt. Kollege Meißner hat völlig zu Recht, im übrigen auch übereinstimmend mit dem Abgeordneten Boutter, von der Umweltfolgenabschätzung gesprochen, nicht mehr und nicht weniger. Das strenge deutsche Umweltrecht regelt mit und ohne UVP die materiellen Anforderungen. Unsere naturschutzrechtliche Eingriffsregelung gilt mit und ohne UVP. Die TA Luft gilt mit und ohne UVP. Ob wir eine UVP haben oder nicht: Kein Gewässer wird dadurch sauberer, die Luft nicht reiner und der Lebensraum nicht besser geschützt. Wir machen das, weil wir es machen müssen und weil wir rechtstreu sind, weil wir Rechtssicherheit haben wollen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, geben Sie doch einmal Ihren Regierungsfreunden in Berlin den Hinweis auf den bayerischen Vorschlag. Bundesumweltminister Trittin ist bis heute nicht in die Gänge gekommen. Er erschöpft sich allein mit dem Atomausstieg. Das UGB hat er anscheinend begraben, und auch zum Artikelgesetz hat er bis heute keinen Entwurf vorgelegt. Ich denke, daß wir in Bayern mit dem vorgelegten Entwurf auch eine Vorlage für Berlin liefern, an der sich die Bundesregierung ein gutes Beispiel nehmen kann.

Lassen Sie mich schon zum Schluß kommen: Ich denke, es muß uns gemeinsam um Umweltqualität gehen, nicht um Umweltbürokratie. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem vorgelegten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

(Unruhe – Glocke der Frau Präsidentin)

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 14/994, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/1225 und 14/1279 bis 14/1290 sowie die Beschlußempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen auf der Drucksache 14/2122 zugrunde.

Die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/1225 und 14/1279 bis 14/1290 wurden vom federführenden Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen zur Ablehnung empfohlen. Von seiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde Einzelabstimmung zum Änderungsantrag auf der Drucksache 14/1225 beantragt. Ich lasse deshalb zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer entgegen der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Eine. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Besteht damit Einverständnis, daß ich über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/1279 bis 14/1290 nicht einzeln, sondern im Paket abstimmen lasse? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann stelle ich diese ebenfalls zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge insgesamt zur Abstimmung.

Wer entgegen der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen den zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Diesmal keine. Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses zu, allerdings mit der Maßgabe weiterer Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 14/2122.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Mehrere Stimmenthaltungen aus der CSU-Fraktion. Dann ist das mit den Stimmen der CSU-Fraktion so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Diese soll, wie in § 135 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form erfolgen. Abgestimmt wird über den Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion, die Nein-Urne ist auf der Oppositionsseite im Bereich der Eingangstüren aufgestellt. Die Enthaltung-Urne befindet sich auf dem Stenogra-

phentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden; hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.18 bis 18.23 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekanntgegeben. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Paulig, Kellner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Aufhebung des Gesetzes über die Rechtsstellung des Bayerischen Roten Kreuzes (Gesetz zur Entstaatlichung des Bayerischen Roten Kreuzes) (Drucksache 14/1385)

– Zweite Lesung –

Tagesordnungspunkt 5

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung des Bayerischen Roten Kreuzes (Drucksache 14/1451)

– Zweite Lesung –

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt 30 Minuten. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heinz Köhler das Wort.

Dr. Heinz Köhler (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Beratung steht der Gesetzentwurf der Staatsregierung, der die Rechtsstellung des Bayerischen Roten Kreuzes neu definiert. Der Entwurf ist ein Kompromiß, mit dem wir einverstanden sind. Er beinhaltet einerseits die Verpflichtung des Staates, über eine Körperschaft des öffentlichen Rechts Rechtsaufsicht auszuüben und räumt andererseits dem Roten Kreuz als Wohlfahrtsverband einen gewissen Raum ein, den es braucht, um seine Arbeit im Dienste der Allgemeinheit wahrnehmen zu können.

Das Rote Kreuz ist in die nationale und internationale Zusammenarbeit eingebunden, das heißt, in Konfliktfällen wie im Kosovo stellt sich für die Organisation die Frage, wo Hilfe nötig ist und wo von einer nationalen Hilfsorganisation um Hilfe gebeten wird. Von daher gesehen ist die Unabhängigkeit des Roten Kreuzes von großer Bedeutung. Diesem Sonderstatus hat der Gesetzgeber im Rahmen seiner Überlegungen Rechnung zu tragen. Das gilt nicht nur im formalrechtlichen Sinn, sondern auch bei Anwendung und Umsetzung des Gesetzes insgesamt. Hier ist auch in Zukunft besondere Sensibilität notwendig.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung – ich danke insbesondere Herrn Staatssekretär Regensburger – ist ein Kompromiß in Abstimmung mit dem Deutschen Roten Kreuz und dem Internationalen Roten Kreuz. Die ersten Entwürfe des Innenministeriums waren für uns nicht akzeptabel. Denn sie wollten dem Roten Kreuz sozusagen die Kommunalaufsicht als Rechtsaufsicht überstülpen. Ich bedanke mich bei all denen, die dagegen parteiübergreifend Widerstand geleistet und dies verhindert haben.

Bei einer Tochter des Bayerischen Roten Kreuzes, dem Blutspendedienst, ist Skandalöses geschehen. Der schließlich gefundene rechtliche Kompromiß ist aber insofern hochmodern, als die Rechtsaufsicht in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrags realisiert wird. Damit wurde ein Vorschlag des künftigen Verfassungsrichters Prof. Dr. Di Fabio realisiert, den ich als kooperative Rechtsaufsicht bezeichnen möchte und der die zeitgemäße Antwort auf das Erfordernis einer Rechtsaufsicht über eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in formellem, nicht im materiellen Sinn ist.

Das Rote Kreuz hätte den vorliegenden Gesetzentwurf nicht gebraucht, was keineswegs heißen soll, daß es sich der Rechtsaufsicht entziehen wollte, nur: Was passiert ist, war wirklich schlimm.

Entscheidend aber ist – und ich denke, das muß man immer wieder sagen –: Es kommt letztlich darauf an, daß jede Organisation selbst den Rahmen findet, um sich selbst zu organisieren und auch selbst zu überwachen. Ich denke, das zeigen Beispiele in Staat und Wirtschaft.

Aber noch wichtiger ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß jede Organisation Maßnahmen ergreifen muß, um Unregelmäßigkeiten zu verhindern. Ich kann für das Rote Kreuz sagen, daß wir das in einer Art und Weise tun, wie das kaum eine andere Organisation in diesem Land in solcher Transparenz und Offenheit im Augenblick macht. Wir tun es im Gesamtverband, und wir haben mit Hilfe externer Berater ein Zukunftsprojekt erarbeitet, das wir am kommenden Samstag auf der Landesversammlung zur Entscheidung stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen versichern, daß das, was an Controlling, an Effizienz, aber auch als Freiraum für die Ehrenamtlichen vorhanden ist, genau das ist, was wir brauchen.

Das gilt auch für unsere Töchter. Wir haben in unseren Gesellschaften – ich denke hierbei an den Blutspendedienst – neue Satzungen, neue Geschäftsordnungen, neue Revisionsverfahren, neue Controllingmaßnahmen. Auch hier ist Verlaß. Ich denke, Sie können sich auf das verlassen, was das Bayerische Rote Kreuz aus eigener Kraft im Augenblick zur Regelung seiner Angelegenheiten tut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wenn ich sage, daß jeder Organisation sich ihren eigenen Rahmen geben muß, dann sage ich das eigentlich über unsere Organisation als Rotes Kreuz hinaus. Es gibt kein Patentrezept. Jede Organisation braucht für sich selber ihren eigenen Rahmen. Die Übernahme

staatlicher Prüfungsmechanismen paßt nicht für eine im Prinzip ehrenamtliche Struktur.

Die ehrenamtlichen Strukturen – das zeigen alle Organisationen – weisen Stärken und Schwächen auf. Die Stärken bestehen darin, daß in unserem Ehrenamt kreative Ideen geboren werden, daß die Bereitschaft vorhanden ist, sich zu organisieren, etwas für die Allgemeinheit tun zu wollen. Das ist genau das, was wir als Politiker von der Gesellschaft, von unseren Mitbürgern letztlich erwarten.

Das hat natürlich auch zur Folge – das ist ein Spagat –, daß für eine Organisation, in der Menschen von sich aus helfen wollen, Vorschriften und Bürokratie eigentlich Gift sind. Das ist ein Spagat, vor dem jede Organisation steht. Wir haben versucht, diesen Spagat aus Freiraum auf der einen Seite und Vorschriften auf der anderen Seite mit unserem Zukunftsprojekt, von dem ich vorhin gesprochen habe, zu meistern.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich kann für uns, für das Rote Kreuz, sagen, daß wir, die wir mit diesem Zukunftsprojekt einen neuen Weg gehen, überzeugt sind, daß wir die Probleme, die wir in der Vergangenheit hatten, für die Zukunft für unsere Organisation und für die Menschen gelöst haben werden. Lassen Sie mich ganz zum Schluß einen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der beiden großen Fraktionen sagen für ihre Sachkenntnis, für das Engagement, und für die Unterstützung, die sie dem Bayerischen Roten Kreuz in einer für das Rote Kreuz schwierigen Zeit gewährt haben. Und wenn ich Ihnen sage, daß der Rechnungshof in seinem ersten Teilbericht geschrieben hat, daß das Bayerische Rote Kreuz jährlich 200 Millionen Mark an ehrenamtlichen Dienstleistungen für die Gemeinschaft erbringt, dann ist das doch etwas. Ich denke, es tut unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ob ehrenamtlich oder hauptamtlich, es tut dem Bayerischen Roten Kreuz gut, wenn es seine so breite Unterstützung auch hier im Landtag bei den Fraktionen findet. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Ettengruber.

Ettengruber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle heute eine bemerkenswerte Sachlichkeit bei Herrn Dr. Köhler fest. Ich freue mich darüber, weil das im Zuge der Beratungen nicht immer so war.

(Zuruf von der SPD)

In der heutigen Schlußberatung befinden wir uns nun weitgehend in Übereinstimmung. Ich finde, das ist auch gut so, weil damit der Organisation insgesamt gedient wird und weil wir damit auch die Voraussetzungen schaffen, daß es hier wieder vernünftig weitergeht.

Meine Damen und Herren, das moderne Samaritertum, wie es von einem Verband wie dem Roten Kreuz verkörpert wird, hat sicherlich viele Gesichter, und eine moderne Wohlfahrtsorganisation steht ja auf vielen

Füßen, auf vielen Beinen, weil sie sich natürlich den ständig wachsenden, sich verändernden Bedürfnissen der Gesellschaft anpassen muß, und eine solche Organisation ist sicherlich auch ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor, der auch einige tausend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Ich sage damit eigentlich nichts Neues, aber man muß das immer wieder betonen, weil das Rote Kreuz landesweit über Bayern vertreten ist und weil hier Arbeitsplätze vorgehalten werden, was vor Ort gar nicht so bekannt ist, weil man das Rote Kreuz in der Öffentlichkeit in erster Linie mit dem Ehrenamt verbindet. Das Wesen und die Seele des Roten Kreuzes besteht nach wie vor aus dem Ehrenamt, und deswegen ist es um so wichtiger, daß die hauptamtliche Führung korrekt arbeitet und ihrer Verantwortung gerecht wird.

Durch die Vorfälle der letzten Monate ist zweifellos ein ungeheurer Schaden entstanden, der im ehrenamtlichen Bereich Einbrüche nach sich gezogen hat, der aber auch dem Ansehen des Roten Kreuzes in der Bevölkerung geschadet hat.

Der Schaden wäre sicherlich noch sehr viel größer, wenn das Rote Kreuz nicht durch seine ehrenamtliche Tätigkeit eine breite Verankerung in der Bevölkerung hätte. In den Bereichen, wo die Rot-Kreuz-Arbeit Teil des öffentlichen Gemeinschaftslebens ist und wo die Arbeit der Ehrenamtlichen geschätzt wird, können Straftaten, Fehler und Unregelmäßigkeiten einzelner Verantwortlicher das Vertrauen in das Rote Kreuz nicht so leicht und nicht so nachhaltig zerstören.

Das Rote Kreuz muß sich jetzt von innen heraus erneuern. Diese Diskussion ist in vollem Gange. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. Diese Diskussion darf aber nicht dazu führen, daß die Basis geschwächt wird und daß das Ehrenamt zu kurz kommt.

Das Rote Kreuz muß sich auf seine Stärken besinnen, auf die Arbeit für die Menschen, auf die Arbeit in der Gemeinschaft, für die Gemeinschaft. Dem muß auch die neue Führungsstruktur Rechnung tragen, und ich bin sicher, daß die laufende Diskussion hier ein gutes Ergebnis bringt, weil es auch der Politik nicht gleichgültig sein kann, wenn das Ehrenamt in unserer Gesellschaft nicht mehr vorhanden wäre. Daneben muß natürlich auch die Rechtsaufsicht als eine zweite Säule gestärkt und verbessert werden. Ich brauche das nicht mehr im einzelnen auszuführen. Wir haben darüber intensiv gesprochen.

Wovon ich nichts halte, ist der Antrag der GRÜNEN mit dem eine Änderung der Rechtsform herbeigeführt werden soll. Die Rechtsform des Roten Kreuzes als einer öffentlichen Körperschaft ist historisch gewachsen und hat sich auch bewährt. Eine Umwandlung in eine andere Rechtsform würde Kosten in zweistelliger Millionenhöhe verursachen und würde gerade dadurch wieder den ehrenamtlichen Bereich schwächen. Eine Umwandlung in einen Verein des bürgerlichen Rechts würde nichts von dem bewirken, worum es hier eigentlich geht, nämlich um Transparenz und um Klarheit, weil die Rechtsform allein weder eine innere Erneuerung bringt noch bessere Rechtsaufsichtsmechanismen ins Leben ruft. Auch in den Verbänden, die als bürgerlich-rechtliche

Vereine organisiert sind, kommen Unregelmäßigkeiten vor. In den Medien kann man darüber lesen.

Deswegen, meine ich, müssen wir diesem Gesetz zustimmen, weil es eine Basis für die weitere Arbeit des Roten Kreuzes bildet, und zwar aus all den Gründen, die hier bereits genannt worden sind. Die Verhältnismäßigkeit ist gewahrt. Die Unabhängigkeit des Roten Kreuzes wird nicht angetastet, die sachliche und fachliche Handlungsfähigkeit ist gewahrt, und auch die Einbindung in den internationalen Verband des Roten Kreuzes wird nicht in Frage gestellt. Deswegen bitte ich Sie, diesem Gesetz zuzustimmen. Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Herr Kollege. Das Wort hat Frau Stahl.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Seit der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs ist schon sehr viel Zeit vergangen, und nachdem eben hier ein einvernehmliches Geplauder war, möchte ich doch noch einmal ein bißchen auf die Vergangenheit eingehen und darlegen, weshalb es sinnvoll ist, einen anderen Gesetzentwurf als den vorliegenden vorzustellen.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß kurz nach der Wiederwahl von Ministerpräsident Stoiber der langjährige Landesgeschäftsführer des BRK und der Hauptgeschäftsführer des Blutspendedienstes über Jahre hinweg überkauft wurde. Die Produkte gekauft haben sollen und beide nun von der Staatsanwaltschaft wegen Untreue und Bestechlichkeit überprüft werden. Es kommen sukzessive neue Vorwürfe ans Tageslicht. Am 11.11. stand in der Presse, daß angeblich Bestechungsgelder in Form von Provisionszahlungen aus Darlehen angenommen worden seien. Der Schaden beläuft sich auf zirka 17 Millionen DM. Dabei ist der weitere Schaden, nämlich die eventuelle Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Zeit von 1988 bis 1997 und die folgenden Jahre überhaupt noch nicht eingerechnet.

Wir sind der Auffassung, daß das Ganze nicht nur eine strafrechtlich-kriminelle Dimension hat, sondern sehr wohl auch politische Brisanz besitzt, gehörten doch die Verwicklungen der CSU, von Landtagsabgeordneten der CSU und die Verwicklung des damaligen BRK-Präsidenten Albert Schmid dazu.

(Sackmann (CSU): Das ist unglaublich!)

– Herr Sackmann, Sie werden noch Ausführungen zum § 153 a hören. Sie möchten sich heute abend profilieren, weil Sie kandidieren werden. Ich bitte Sie um etwas mehr Zurückhaltung. Wir beide werden noch erfahren, was die Staatsanwaltschaft in diesen Fällen noch ans Tageslicht bringt. Lassen Sie mir bitte das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Verfahren gegen Herrn Albert Schmid ist zwar nach § 153 a StPO gegen Zahlung einer Geldbuße von 17 000 DM eingestellt worden.

(Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

– Herr Sackmann, schauen Sie sich den § 153 a StPO an. Dann kennen Sie die Voraussetzungen des § 153 a. Sie sollten ganz leise sein und abwarten, was die weiteren Untersuchungen noch bringen werden. Das Verfahren ist vorläufig eingestellt, und zwar gegen Auflagen und Weisungen. Es liegt keine Einstellung vor, weil von einer Strafe in diesem Fall abgesehen werden könnte. Ich bitte darum, sich das einmal auf der Zunge zergehen zu lassen. Das Verfahren kann jederzeit wieder aufgenommen werden. Das ist ein Faktum.

Eine weitere Voraussetzung des § 153 a ist jedoch nicht erfüllt, nämlich die Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen, wenn diese Auflagen und Weisungen geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen. Ich frage mich, wer entschieden hat, daß dieses öffentliche Interesse durch die Zahlung von 17 000 DM tatsächlich beseitigt worden wäre. Bei einem Schaden von mindestens 17 Millionen DM können 17 000 DM eigentlich nicht ausreichend sein.

(Zurufe von der CSU)

Die Staatsanwaltschaft wollte Anklage erheben. Die Ausführungen können jederzeit nachgelesen werden. Herr Sauter hat die Staatsanwaltschaft gebeten, noch einmal zu erwägen, ob die Anklageerhebung in diesem Fall zwingend notwendig sei. Ich frage mich, warum er das angeregt hat. Woher kamen eigentlich diese Interessen? Das müssen auch Sie sich fragen lassen.

Ein weiterer Skandal folgte im September auf dem Fuße. Eine Prüfung durch den ORH hatte ergeben, daß in 25 BRK-Präsidiumsheimen 118 Planstellen nicht besetzt wurden.

(Dr. Heinz Köhler (SPD): Das ist die Unwahrheit. Nehmen Sie das zurück!)

– Ich nehme gar nichts zurück. Es war eine Prüfung durch den ORH. Stellen Sie gegebenenfalls meine Aussage später richtig, und lassen Sie mich jetzt zu Ende sprechen. Ich verstehe im übrigen Ihre Aufgeregtheit nicht. Es wird ermittelt, und wir wissen schlicht und einfach noch nicht, was am Ende der Ermittlungen stehen wird.

(Dr. Heinz Köhler (SPD): Unverschämt! – Zurufe von der CSU)

– Jetzt beruhigen Sie sich doch.

Über den BRK-Rettungsdienst und die Diskussionen, ob die Bestimmungen mit dem EU-Recht übereinstimmen und die Privilegierung gerechtfertigt ist, das ist heute noch nicht das Thema. Darüber müssen wir zu einem andern Zeitpunkt reden. Warum bin ich auf diese Vorgeschichte so ausführlich eingegangen? Der Grund ist sicher nicht, hier im Plenum die Straftaten im einzelnen

darzulegen, sondern aufzuzeigen, wie sich die parteipolitischen Verflechtungen gestalten und beispielhaft zu verdeutlichen, daß die angebliche Lösung der Staatsregierung in Form des Gesetzentwurfes sicherlich keine Lösung ist.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Den Verknüpfungen, die es in diesem Fall gab, sind doch nicht nur durch aufsichtliche Maßnahmen zu begegnen. Diese waren bisher schon möglich, wenn auch in eingeschränkterem Umfang, und außerdem setzt die Möglichkeit zur Durchführung aufsichtlicher Maßnahmen auch voraus, daß man diese Maßnahmen tatsächlich will.

In einem Punkt, meine Damen und Herren, sind wir uns unter Umständen einig. Wenn einzelne betrügen, sich bereichern und schädigen wollen, dann tun diese das unabhängig von der Rechtsform und finden ihren Weg. Zahlen lassen sich immer frisieren. Natürlich kann man überlegen, ob eine Rechtsform kriminelles Verhalten eher begünstigt als verhindert. Aber auch in dieser Frage gibt der Gesetzentwurf der Staatsregierung weder im Positiven noch im Negativen viel her. Man wollte, nachdem eigene Parteileute von Vorwürfen betroffen waren, zeigen, daß man zur Saubermanntruppe gehört und hat aus rein aktionistischen Gründen nach mehr Kontrolle gerufen, um diejenigen zu übertönen, die nachfragten, wieso keine echte Kontrolle in der Vergangenheit erfolgt ist. So scheint auf den ersten Blick die Forderung nach mehr Kontrolle logisch. Aber wie sieht diese Kontrolle aus? Es soll zusätzliche rechtsaufsichtliche Befugnisnormen geben, zum Beispiel Informations- und Beanstandungsrechte, aber nur soweit diese Rechtsaufsicht mit dem Bedürfnis des BRK nach Unabhängigkeit konform geht. Deshalb ermächtigt der Gesetzentwurf der Staatsregierung zusätzlich, Vereinbarungen über den Umfang der Rechtsaufsicht zu treffen.

Das Beanstandungsrecht setzt natürlich umfassende und richtige Informationen voraus. Wir fragen uns, ob diese Informationen hundertprozentig stimmen können. Ich habe soeben dargelegt, daß man Informationen immer wieder frisieren kann. Eine Überprüfung ist sehr schwierig, wie auch das Beispiel LWS zeigt. Es sitzen nicht immer ausgebuffte Fachleute in den entsprechenden Aufsichtsgremien. Wenn falsche Zahlen genannt werden, dann sind auch die Aufsichtsgremien machtlos.

Es ist weiterhin fraglich, ob Parteifreunde die Informationen wirklich prüfen oder nicht die Vertrauensseligkeit eine große Rolle spielt. Es ist ferner schlichtweg ein Witz, den Kontrollumfang mit dem zu Kontrollierenden auszuhandeln. Ich frage mich, was dabei herauskommt, wenn Parteifreunde miteinander verhandeln. Das ist geschichtlich ein einmaliger Vorgang und belegt die Hilflosigkeit der Staatsregierung in ihren Versuchen, für das BRK einen Neuanfang zu formulieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang mag der Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf den ersten Blick irritierend wirken. Zu einem Zeitpunkt, in dem alle nach

mehr Kontrolle rufen, wagen wir es, die Aufhebung des Gesetzes über die Rechtsstellung des BRK zu fordern. Das heißt, wir fordern die gemeinnützige privatrechtliche Form der Organisation. Wir sind der Auffassung, daß eine konsequente Entzerrung von Staat, Partei und gemeinnütziger Organisation und die Entflechtung gegenseitiger Rücksichtnahmen ein Neuanfang sein kann und stellen deshalb dem BRK konsequent eine neue Grundlage zur Verfügung.

Erstens. Die Kontrolle krimineller Machenschaften ist in jeder Rechtsform nur beschränkt möglich. Für diese unsichere und vage Hoffnung opfert man gleichzeitig aber Grundsätze rechtsaufsichtlich staatlichen Handelns, indem man Rechtsaufsicht zur Verhandlungsmasse erklärt. Ich sage bewußt Verhandlungsmasse, da Regelungen im Gesetzentwurf der Staatsregierung absolut ungenau sind.

Zweitens. Unser Gesetzentwurf beachtet klar die Unabhängigkeit des BRK. Auch das ist Ihnen ein wichtiges Anliegen. Freiheit hat unter Umständen Nachteile und bedingt zusätzliche Pflichten, aber das sollte es dem BRK wert sein. Man kann sich nicht nur die Rosinen herauspicken.

Drittens. Es ist nicht einsichtig, daß das BRK den Sonderstatus behalten soll. Das verstößt ganz klar gegen Gleichbehandlungsgebote. Sämtliche andere Wohlfahrtsverbände in Bayern sind privatrechtlich organisiert, ob es sich um die Caritas, das Diakonische Werk oder die Arbeiterwohlfahrt handelt. Uns ist diese Privilegierung des BRK nicht einsichtig. Warum soll eine finanzielle Haftung und Gewährträgerschaft für das BRK von der Staatsregierung und vom Landtag getragen werden? Man kann in dieser Beziehung durchaus anderer Auffassung sein.

Ich habe in der Ersten Lesung festgestellt – Herr Staatsminister Dr. Beckstein hat sich mindestens ebenso wie Sie echauffiert –, daß die Staatsregierung unseren Ansatz nicht verstanden hat. Vielleicht ist unsere Haltung nach den heutigen Erläuterungen deutlicher geworden. Sie sollten sich nicht so sehr davon irritieren lassen, daß es kriminelle Machenschaften – –

(Sackmann (CSU): Das hat nichts damit zu tun!)

– Es gab kriminelle Machenschaften, und das hat etwas damit zu tun. Es gab Verflechtungen, die es in Zukunft nicht mehr geben soll. Mit unserem Gesetzentwurf wird diesen Verflechtungen vorgebeugt.

Am 27. November wird sich die Landesdelegiertenversammlung in Nürnberg ein neues Präsidium geben. Das Zukunftsprogramm eines Unternehmensberaters wird diskutiert. Wir sind der Auffassung, daß das BRK nach einem notwendigen Selbstreinigungsprozeß so selbstbewußt sein kann, sich aus Staats- und Parteiumarmungen zu lösen und sich selbständig und ohne Proporzverpflichtungen neu zu organisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Um das Wort hat Herr Staatssekretär Regensburger gebeten. Bitte, Herr Staatssekretär.

(Strehle (CSU): Abstimmen!)

Staatssekretär Regensburger (Innenministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß Sie abstimmen wollen, aber man kann bestimmte Dinge nicht im Raum stehen lassen. Ich möchte mich zunächst für die Übereinstimmung der beiden großen Fraktionen bei den Abstimmungen in den Ausschüssen bedanken. Ich verhehle nicht, daß es ein schwieriger Vorbereitungs- und Entscheidungsprozeß gewesen ist. Aber schließlich hat man sich zusammengeäußert; ich glaube, so kann man das sagen. Auch der Senat hat letztlich zugestimmt. Der BRK-Landesvorstand hat zugestimmt. Es gibt auch keine Einwände des Deutschen Roten Kreuzes und des Internationalen Roten Kreuzes. Ich meine deshalb, es ist ein guter Gesetzentwurf, der hier zur Abstimmung vorgelegt wird.

Die Rechtsaufsicht ist jetzt eindeutig geregelt. Bisher war umstritten, in welchem Umfang Rechtsaufsicht stattfinden kann. Im Gesetzentwurf ist eindeutig festgelegt, daß das Innenministerium Informationsrechte und Beanstandungsrechte hat. Gleichzeitig ist der Schutz des besonderen Status des BRK durch die ausdrückliche Bindung an die Einhaltung des internationalen Rotkreuzgrundsatzes der Unabhängigkeit vom Staat gewährleistet. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Rechtsaufsicht keine Befugnis zur Ersatzvornahme eingeräumt bekommt. Der Gesetzentwurf erlaubt vielmehr den Abschluß einer Vereinbarung über die Ausübung der Rechtsaufsicht zwischen dem Innenministerium und dem Roten Kreuz. Dadurch wird die Unabhängigkeit des Roten Kreuzes zusätzlich gesichert, aber gleichzeitig das Funktionieren der Rechtsaufsicht in der Praxis sichergestellt.

Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschreitet aus unserer Sicht mit seinem Gesetzentwurf den falschen Weg. Natürlich hat der Skandal beim Blutspendedienst 1998 Handlungsbedarf aufgezeigt, aber es bedarf deswegen keiner Bestrafung des Bayerischen Roten Kreuzes.

(Beifall bei der CSU)

Es bedarf auch nicht des Entzugs des bereits 1945 verliehenen und 1986 gesetzlich bestätigten Körperschaftsstatus. Gegen den Willen des BRK wäre dies sicher eine unverhältnismäßige Bestrafungsaktion gewesen. Wie Sie, Frau Stahl, darauf kommen, daß wegen des Körperschaftsstatus eine finanzielle Gewährträgerschaft und Haftung des Freistaates Bayern gegeben sei, müssen Sie mir erst einmal erklären. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Der Staat übernimmt hier keinerlei Haftung.

Es ist bedauerlich, daß die GRÜNEN nicht wie die beiden großen Fraktionen mithelfen, daß das Bayerische Rote Kreuz in ruhiges Fahrwasser kommt und die vielen anständigen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter wieder ungestört ihrer Arbeit nachgehen können.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den Vorfälle beim Bayerischen Roten Kreuz sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um vergleichbare Mißstände in der Zukunft – soweit dies menschenmöglich ist – zu verhindern. Natürlich ist hier das Bayerische Rote Kreuz zunächst selbst gefordert. Das Innenministerium hat bereits vor längerer Zeit darauf hingewiesen und konkrete Maßnahmen empfohlen.

Die Aufarbeitung der erkennbar gewordenen Probleme durch den Obersten Rechnungshof und externe Gutachter ist zum Teil bereits abgeschlossen, zum Teil noch im Gange. Auch die Aufarbeitung der mutmaßlichen Straftaten einzelner durch die Justiz schreitet voran. Das BRK hat mit externer Unterstützung einen umfassenden Reformprozeß eingeleitet, mit dem der Bedarf an Veränderungen in der Organisationsstruktur, im internen Controlling und in der Arbeit der Tochtergesellschaften angegangen werden soll. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts hat das BRK einen besonderen Status, mit dem ein besonders Vertrauen, das von der Bevölkerung erwartet wird, verbunden ist. Damit geht selbstverständlich eine besondere Verantwortung einher.

Zweifel an der rechtmäßigen und seriösen Aufgabewahrnehmung müssen durch geeignete Maßnahmen ausgeschlossen werden. Das große Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des Roten Kreuzes muß bewahrt, gerechtfertigt und, soweit es verlorengegangen ist, wieder hergestellt werden. Das BRK hat sich dazu in den vergangenen Monaten viel vorgenommen und schon vieles auf den Weg gebracht. Alle, die in seinen Reihen Verantwortung tragen, stehen nun vor der schwierigen Aufgabe, das BRK aus den negativen Schlagzeilen herauszuholen.

Die Vorfälle beim BRK haben zweierlei gezeigt: Die Öffentlichkeit erwartet bei einer Körperschaft eine effiziente staatliche Aufsicht. Diese kann jedoch nur gewährleistet werden, wenn eindeutig feststeht, welche Aufsichtsbefugnisse bestehen und welche Verpflichtungen für die betroffene Körperschaft daraus erwachsen. Die im Gesetzentwurf der Staatsregierung vorgesehenen Aufsichtsbefugnisse können sicherlich auch in Zukunft kriminelles Handeln einzelner nicht mit absoluter Sicherheit verhindern. Sie können aber, was sehr wichtig ist, das BRK bei seinen Aufgaben und bei der vollständigen Wiederherstellung seines Ansehens unterstützen und bei der Schaffung von Strukturen helfen, die künftig nach menschlichem Ermessen verhindern sollen, daß Verfehlungen einzelner Personen die ganze Organisation in Schwierigkeiten bringen.

Der vorliegende Gesetzentwurf und die darüber mit dem BRK erzielte Einigung sind nach unserer Überzeugung eine gute Grundlage dafür, daß das BRK aus den negativen Schlagzeilen herauskommt, daß Rechtsverstöße wirksam vermieden werden, daß dem vom BRK eingeleiteten Modernisierungsprozeß Unterstützung zukommt und daß die wertvolle Tätigkeit der vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter auch für die Zukunft gesichert wird. Deshalb bitten wir Sie um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Diskussion zu diesem Gesetzentwurf heute zu Ende führen und morgen früh um 9.00. Uhr in namentlicher Form abstimmen. Herr Kollege Wahnschaffe, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Wahnschaffe (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe Ihre Unruhe. Wir hätten es wohl alle lieber gehabt, wenn wir heute noch hätten abstimmen können. Aber bei einem so wichtigen Thema wie dem BRK sollten wir uns die Zeit nehmen, die Probleme auszudiskutieren. Gerade der Beitrag der Kollegin vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gezeigt, daß es in der Sache sehr unterschiedliche Auffassungen gibt.

Ich glaube, wir müssen uns alle die Frage stellen, ob wir – wie es Herr Staatssekretär Regensburger ausgedrückt hat – alles Menschenmögliche getan haben, um Vorgänge, wie sie in der Vergangenheit im Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes – also an der Spitze und nicht etwa an der Basis – vorgekommen sind, in Zukunft zu verhindern.

Man sollte dabei nicht verschweigen, daß die Staatsregierung ursprünglich das Kind mit dem Bade ausschütten wollte, indem sie nämlich einen Gesetzentwurf erarbeitet hat, der das Rote Kreuz mehr oder weniger unter Kuratel gestellt hätte. Der Vorschlag hat einen Aufschrei der Entrüstung hervorgerufen, und zwar nicht nur beim BRK, sondern praktisch bei allen, die das BRK unvoreingenommen sehen. Man muß sich klarmachen, daß hinter dem BRK nicht nur eine Organisation steht, sondern daß für das BRK fast eine Million Menschen haupt- oder ehrenamtlich arbeiten. Diese Menschen haben es nicht verdient, daß man ihnen zu nahe tritt, indem man sagt, sie könnten nur unter staatlicher Aufsicht tätig werden. Die Mitarbeiter haben bisher gute Arbeit geleistet.

Das Tragische an der Sache ist doch gerade, daß das Rote Kreuz – nicht nur das Bayerische Rote Kreuz, aber auch dieses – sich über viele Jahrzehnte einen Ruf erarbeitet hat, wie ihn nur wenige Organisationen, die im humanitären Bereich tätig sind, vorweisen können. Das BRK hat von jeher Menschen in Notsituationen tatkräftig Hilfe geleistet. Wir haben es dieser Tage bei Erdbeben und anderen Katastrophen wieder erlebt. Menschen, die so etwas tun, verdienen die Unterstützung des gesamten Landtags.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist aber, ist dieser Gesetzentwurf, so wie er vorliegt, das richtige Instrument. Wir haben das sorgfältig geprüft und sind zu der Auffassung gekommen, daß damit die Möglichkeiten des Staates erweitert werden, die Rechtsaufsicht wahrzunehmen, ohne damit entscheidend in die Autonomie dieser Organisation einzugreifen. Das ist der Spagat, Frau Kollegin Stahl, der auszuhalten ist. Dieser Spagat muß so ausgehalten werden, damit das Rote Kreuz auch in Zukunft im Netz der inter-

nationalen Verpflichtungen arbeiten kann und daß Vertrauen geschaffen und nicht zerstört wird.

Meine Damen und Herren, uns bewegt alle die Frage, ob das, was wir in das Gesetz schreiben, auch zukunftsfähig sein wird. Wird das Bayerische Staatsministerium des Inneren die Kontroll- und Überwachungsfunktion, die es eingeräumt bekommt, auch wahrnehmen? Ich möchte an dieser Stelle sagen, daß wir erwarten, Herr Staatssekretär, daß das nicht nur in das Gesetz geschrieben wird, sondern daß das Innenministerium die Verpflichtung im Interesse des Bayerischen Roten Kreuzes und der Öffentlichkeit wahrnimmt.

Das Rote Kreuz hat durch den Gesetzentwurf die Chance, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, indem es die inneren Reformen, die angekündigt und die zum Teil schon auf den Weg gebracht worden sind, nicht nur ankündigt, sondern auch umsetzt. Sie werden einen schweren Weg gehen müssen, denn Sie wissen noch nicht, ob alle Versäumnisse, Fehler und Unwägbarkeiten der Vergangenheit schon offenkundig sind oder ob nicht noch – um es drastisch auszudrücken – „ein paar Leichen im Keller liegen“. Wir wollen hoffen, daß das nicht der Fall ist und daß Sie jetzt die Katharsis so weit beendet haben, daß Sie getrost am 27.11.1999 einen Neuanfang wagen können. Dazu wünschen wir dem Roten Kreuz alles Gute. Wir möchten dies konstruktiv und positiv begleiten. Wir sagen aber mit aller Deutlichkeit: Wir haben als Abgeordnete die Unabhängigkeit und Verpflichtung, dann, wenn das Rote Kreuz das Vertrauen nicht rechtfertigt, uns zu überlegen, ob wir gezwungen sind, andere Wege zu gehen.

Damit bin ich beim Gesetzentwurf der GRÜNEN, den ich nicht ganz verstehe. Wenn Sie wollen, daß das Rote Kreuz die Schatten der Vergangenheit los wird, bedeutet dies letzten Endes, daß man ihm auf dem Weg hilft. Sie wollen das jetzige Gesetz, das zugegebenermaßen nur sehr eingeschränkte Kontrollmechanismen erlaubt hat, ersatzlos streichen und damit das Rote Kreuz sich selbst überlassen, eine neue Rechtsform zu finden, obwohl Sie die Schwierigkeiten kennen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit sind auch die Möglichkeiten, dem Roten Kreuz über die Rechtsaufsicht beizukommen, nicht mehr gegeben. Deswegen sehen wir dies als den falschen Weg an. Wir glauben, daß in Übereinstimmung mit dem Roten Kreuz ein moderater Weg gefunden ist. Ich glaube, diese Basis wird sowohl dem Roten Kreuz helfen, aber auch denen, die das Rote Kreuz ideell und materiell unterstützen und die damit die humanitären Werke, die das Rote Kreuz umsetzt, unterstützen helfen. Ich glaube, das sind wir alle diesen Menschen schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Dr. Köhler hat um das Wort gebeten.

Dr. Heinz Köhler (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu den für mich nicht nachvollziehbaren Ausführungen von Frau Kollegin Stahl keine weiteren Ausführungen machen. Frau Stahl, Sie haben behauptet, der Oberste Rechnungshof habe festgestellt, daß das Bayerische Rote Kreuz 118 Stellen in den Heimen abgerechnet habe, die nicht besetzt waren. Das ist die Unwahrheit. Ich fordere Sie auf, dies zurückzunehmen, oder ich werde Sie weiterhin als Verleumdlerin bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Damit ist die Aussprache zum Gesetzentwurf geschlossen. Ich gebe noch einmal bekannt, daß morgen früh um 9 Uhr die Plenarsitzung mit einer namentlichen Abstimmung über das Gesetz begonnen wird.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3, Drucksache 14/994, bekannt. Mit Ja stimmten 87, mit Nein 64 Abge-

ordnete, 8 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Das Gesetz hat den Titel: „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, geändert durch die Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 (Bayerisches UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz – Bay-UVPRLUG).“

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluß: 19.06 Uhr)

Abstimmungsliste

Ergebnis zur namentlichen Abstimmung (Schlußabstimmung) zu Tagesordnungspunkt 3: Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, geändert durch die Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 (Bayerisches UVP-Richtlinie Umsetzungsgesetz – Bay UVPRLUG) (Drs. 14/994)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X			Guckert Helmut	X		
Dr. Baumann Dorle		X		Güller Harald		X	
Beck Adolf	X			Guttenberger Petra	X		
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim	X		
Berg Irmilind		X		Dr. Hahnzog Klaus		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hartenstein Volker		X	
Biedefeld Susann		X		Hartmann Gerhard		X	
Blöchl Josef			X	Hausmann Heinz			
Bocklet Reinhold				Hecht Inge		X	
Böhm Johann	X			Heckel Dieter	X		
Boutter Rainer		X		Hecker Annemarie	X		
Brandl Max		X		Heike Jürgen W.	X		
Breitschwert Klaus Dieter			X	Heinrich Horst			
Brosch Franz	X			Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Hirschmann Anne		X	
Christ Manfred	X			Hoderlein Wolfgang		X	
Deml Marianne				Hölzl Manfred			
Dingreiter Adolf			X	Hofmann Walter	X		
Dodell Renate	X			Hohlmeier Monika			
Donhauser Heinz	X			Huber Erwin			
Dr. Dürr Josef		X		Hufe Peter		X	
Eck Gerhard	X			Irlinger Eberhard		X	
Eckstein Kurt	X			Jetz Stefan	X		
Egleder Udo				Dr. Jung Thomas		X	
Eppeneder Josef				Dr. Kaiser Heinz		X	
Ettengruber Herbert	X			Kaul Henning	X		
Dr. Eykmann Walter	X			Kellner Emma		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Dr. Kempfler Herbert	X		
Dr. Fickler Ingrid	X			Kiesel Robert	X		
Fischer Herbert	X			Klinger Rudolf	X		
Franzke Dietmar		X		Knauer Christian	X		
Freller Karl				Kobler Konrad			
Gabsteiger Günter	X			Köhler Elisabeth		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Dr. Köhler Heinz		X	
Gartzke Wolfgang		X		König Alexander	X		
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd	X		
Geiger Hermann				Kreidl Jakob	X		
Glück Alois	X			Kreuzer Thomas			
Göppel Josef	X			Dr. Kronawitter Hildegard		X	
Görlitz Erika				Kuchenbaur Sebastian			X
Goertz Christine		X		Kupka Engelbert	X		
Dr. Götz Franz				Leeb Hermann			
Dr. Goppel Thomas				Leichtle Wilhelm			
Gote Ulrike		X		Lochner-Fischer Monica		X	
Grabner Georg	X			Lode Arnulf			
Dr. Gröber Klaus	X			Loscher-Frühwald Friedrich	X		
				Lück Heidi		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz		X	
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann		X	
Dr. Merkel Gerhard	X		
Meyer Franz	X		
Miller Josef			
Mirbeth Herbert	X		
Möstl Fritz			
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			
Müller Willi	X		
Münzel Petra		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel		X	
Nentwig Armin		X	
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann		X	
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich		X	
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Pienßel Franz	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin		X	
Ranner Sepp	X		
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut		X	
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard			X
Rubenbauer Herbert	X		
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sackmann Markus	X		
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Marianne			
Schieder Werner			
Schindler Franz			
Schläger Albrecht		X	
Dr. Schmid Albert		X	
Schmid Albert	X		
Schmid Berta	X		
Schmid Georg	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud		X	
Schmitt Helga		X	
Schneider Erwin	X		
Schneider Siegfried			
Dr. Scholz Manfred		X	
Schopper Theresa		X	
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred		X	
Schultz Heiko		X	
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi			
Stahl Christine		X	
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav		X	
Steiger Christa		X	
Steinmaßl Hermann	X		
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Straßer Johannes		X	
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich			X
von Truchseß Ruth		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang		X	
Voget Anne		X	
Volkmann Rainer			
Wahnschaffe Joachim		X	
Dr. Waschler Gerhard	X		
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg			X
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus		X	
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			X
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	87	84	8